Donnerstag, 20. Dezember 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 298 - 51. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schlesier-Treffen: Die geplante Teilnahme Kohls am 21. Deutschland-Treffen der Schlesier im Juni ist in Frage gestellt, da das Motto der Veranstaltung „Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" im Kanzleramt Bedenken ausgelöst hat. (S. 8)

Verhaftung: Der Bürgermeister der hessischen Stadt Arolsen, Ernst Hubert von Michaelis (CDU), ist Mitte Dezember in der „DDR" verhaftet worden. Von Michaelis, der eine Schülergruppe über Helmstedt nach Berlin begleiten wollte, wird Beteiligung an einem vor sieben Jahren gescheiterten Fluchthilfeunternehmen vorgeworfen.

Privat-Fernsehen: „Bunt, aber sehr politisch" soll das Informationsprogramm der Gesellschaft Aktuell Presse-Fernsehen sein, das vom 1. Januar an über Satellit ausgestrahlt wird. (S. 3 u. 4)

Moskau-Besuch: In seiner Funktion als Bundesratspräsident wird Ministerpräsident Späth auf Einladung Moskaus im März die Sowjetunion besuchen.

Gesetzesflut: Mit einer Gesetzesnovelle will Bonn „die Flut von Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht" eindämmmen. Unter anderem soll eine Unterliegensgebühr von bis zu 1000 Mark eingeführt werden. (S. 4)

Mißtrauens-Votum: Die im spanischen Baskenland regierende Baskische Nationalistische Partei zwang Regierungschef Garaicoechea durch ein Mißtrauensvotum (33 zu 14 Stimmen) zum Rücktritt. Er hatte Parteibeschlüssen nicht folgen wollen.

Freilassung gefordert: Lech Walesa fordert von den Behörden die Freilassung des früheren stellvertretenden „Solidaritäts"-Vorsitzenden Gwiazda, der im Zusammenhang mit einer Demonstration in Danzig zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Politischer Gefangener: Aufgrund mangelnder medizinischer Hilfe in Straflagern der UdSSR schwebt der wegen „antisowjetischer Agitation" zu zwölf Jahren Haft verurteilte ukrainische Dichter Badsio in Lebensgefahr. Er soll an offener TB leiden.

Pressefreiheit: Nach Meinung des Internationalen Presseinstituts ist die freie Meinungsäußerung ein „sterbendes Recht". (S. 5)

Griechenland: Der neue Verteidigungsplan Athens beweist, daß die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands eine Fiktion ist, meint Ankara. Man beginne, die von Athen selbst erfundene türkische Bedrohung zu fürchten. (S. 5)

Heute: Sitzung des Bundesrates

ZITAT DES TAGES



»Am Ziel der Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit zu rütteln hieße, die Fundamente der Bundesrepublik Deutschland als Staat und politisches Gemeinwesen in Frage zu stellen«

Der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer in der italienischen Zeitschrift „Trenta Giorni" (S. 8) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

US-Zinsen: Nach der Manufacturers Hanover Trust in New York senkten weitere US-Banken ihre Prime Rate um 0,5 auf 10,75 Prozent. (S. 9)

Entwicklungshilfe: Das Deutsche Institut für Wirtschaftshilfe fordert eine Aufstockung der Entwicklungshilfe. Das Pro-Kopf-Einkommen in Ländern der Dritten Welt sinke und mit einer Besserung sei nicht zu rechnen. (S. 9)

Stinnes: Trotz eines im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent auf 16,7 Milliarden DM gesunkenen Umsatzes rechnet die Stinnes AG mit einem höheren Gewinn als 1983. Über Zahlen schwieg sich Vorstandsmitglied Winkelmann aber aus. (S. 10)

Prognose: Das Ifo-Institut prognostiziert für 1985 ein wirtschaftliches Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland von zwei bis 2,5 Prozent. Die Prämissen für einen anhaltenden Aufwärtstrend seien günstig. (S. 10)

Börse: Die Aktienkurse zogen weiter an. WELT-Aktienindex 160,0 (158,1). Auch der Rentenmarkt war freundlich. BHF-Rentenindex 102,882 (102,867), Performance-Index 112,446 (112,397). Dollar-Mittelkurs 3,0900 (3,0944) Mark. Goldpreis je Feinunze 308,75 (309,00) Dollar.

KULTUR

„Musik der Zukunft": Der funktionellen Musik, die nur Mittel zum Zweck ist und etwa therapeutisch für oft aussichtslose Fälle der Psychiatrie angewendet wird, widmete sich das von Manfred Reichert organisierte diesjährige Karlsruher Festival „Musik auf dem 49ten". (S. 15)

Bach-Choräle: Bisher 33 unbekannte Choräle von Johann Sebastian Bach entdeckte ein Forscher in der Bibliothek der Yale-Universität in New Haven. Die Werke wurden in einem Originalmanuskript entdeckt, das der „Beinicke Rare Book and Manuscript Library" der Universität gehört. (S. 15)

SPORT

Motorsport: Die Austragung der Rallye Paris–Dakar ist gefährdet. Regierungsmitglieder in Algerien wollen eine Fahrt durch ihr Land verbieten. (S. 7).

Fußball: Das italienische Fernsehen lehnte es ab, eine Dokumentation über das Skandalspiel bei der Weltmeisterschaft 1982 zwischen Italien und Kamerun zu senden.

AUS ALLER WELT

Erdöl: Als Ausgleich für die sinkende Produktion aus dem Ölfeld Ekofisk vor der Küste Norwegens bemüht sich Oslo, Engpässe durch die Erschließung des Ölfeldes Statfjord und des Gasfeldes „Troll" nördlich von Bergen zu vermeiden. In diesem Gebiet vermuten Experten 1,6 bis 2 Billionen Kubikmeter Gas. (S. 16)

Aufgetaucht: Auf eine Spur des unter Mordverdacht stehenden Augsburger Regierungsrates Hartmut Görs stießen Polizisten in Südtirol. Für vier Tage wohnte er in einem Hotel in Kurzras nahe Meran. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen. Um sieben Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Rebmann: RAF-Terroristen bauen eine neue Front auf

Mit Gewalttaten wird gerechnet / Unfriedliche Weihnachten?

WERNER KAHL, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann verfügt über Hinweise auf mögliche neue Anschläge und Überfälle der terroristischen „Rote Armee Fraktion" in der Weihnachtszeit. Den wichtigsten Anhaltspunkt dafür sieht die Generalbundesanwaltschaft darin, daß sich die RAF personell und logistisch erneuert hat. Der Generalbundesanwalt verwies bei der Vorlage seiner Halbjahresbilanz auf den von amerikanischen Wachposten am Dienstag vereitelten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. „Alle Umstände deuten darauf hin, daß die RAF mit dem Anschlag den kollektiven Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und die damit verbundene Forderung auf Zusammenlegung in den Haftanstalten sowie die ‚Schaffung einer Front' unterstützen wollte", erklärte Rebmann in Karlsruhe.

Nach „neuesten Erkenntnissen" der Sicherheitsbehörden hat die Terrororganisation die beträchtlichen Verluste durch Festnahmen im Sommer dieses Jahres inzwischen „vollständig ausgeglichen", betonte Rebmann. Das Potential des RAF-Untergrundkommandos bestehe derzeit aus mindestens 15 Personen. Diese Gruppierung und ihr militantes Umfeld seien also weiterhin personell und von der materiellen Ausstattung her in der Lage, „Symbolfiguren und Einrichtungen unseres Staates, der NATO und der US-Streitkräfte" anzugreifen.

Der versuchte Anschlag auf die NATO-Schule in Oberbayern war offensichtlich von RAF-Mitgliedern vorbereitet worden. Das geht aus einem im Juli dieses Jahres in einer Wohnung des Untergrundkommandos in der Bergerstraße 344 in Frankfurt entdeckten Ausspähungspapier hervor. Dort wurden auch Hinweise auf die Angriffe gegen die NATO-Pipeline in Belgien gefunden. „Ich fürchte, daß wir – was den RAF-Terrorismus betrifft – unfriedliche Wochen, vielleicht sogar schon unfriedliche Weihnachten haben werden", meinte Rebmann. Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen seien jedoch getroffen worden. Rebmann appellierte an die RAF, „endlich von ihren Gewalttaten abzulassen". Mit ihren Anschlägen könnten sie den Staat nicht erschüttern, riskierten aber langjährige Freiheitsstrafen.

Die fortdauernde Bedrohung der inneren Sicherheit durch Terrorismus von links und rechts veranlaßte den Generalbundesanwalt zu einer Empfehlung an die im Bundestag vertretenen Parteien. Es wäre nicht vertretbar, wie es ein Gesetzentwurf der Grünen vorsieht, die Paragraphen 129 und 129 a, die kriminelle und terroristische Vereinigungen unter Strafe stellen, ersatzlos zu streichen, sagte Rebmann.

Für nicht akzeptabel halte er auch den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Änderung der Strafvorschrift des Paragraphen 129 a. Nach diesem Gesetzentwurf soll das strafbedrohte „Werben" für eine terroristische Vereinigung in Zukunft nicht mehr strafbar sein. Gerade das von der Rechtsprechung übrigens sehr restriktiv ausgelegte Verbot der Mitglieder- und Sympathiewerbung sei nach seinen Erfahrungen ein wichtiges und unverzichtbares Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus jedweder Provenienz.

„DDR" treibt Häftlinge zum Selbstmord

Willkür bei Ausreisepraxis führt zu Verzweiflungstaten / Schlägertrupps im Einsatz

BERND HUMMEL, Eschwege

In den „DDR"-Haftanstalten für politische Gefangene steigt die Selbstmordrate. Dies geht aus Befragungen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) unter ehemaligen „DDR"-Häftlingen hervor, die von der Bundesregierung „freigekauft" wurden. Die Gründe für solche Verzweiflungstaten sind nach Darstellung von jetzt in die Bundesrepublik Deutschland entlassenen „DDR"-Häftlingen eindeutig die in jüngster Zeit verschärften Haftbedingungen, aber auch – so die IGFM – „die zunehmende Kriminalisierung der Verurteilten".

Eine Auswertung der Aussagen „Freigekaufter" ergab, daß in den 70er Jahren Selbstmorde in „DDR"-Gefängnissen selten waren. Seit einigen Jahren jedoch hat die Selbstmordrate ständig zugenommen. Als einer der Gründe wird die Willkür genannt, mit der die „DDR" die Listen für die Ausreise in den Westen zusammenstellt. Häftlinge von drüben sagen: „Bei gleicher Tat zu nahezu gleicher Zeit mußte der eine voll abbrummen, der andere kam nach kurzer Zeit frei, weil er auf der Liste zur Ausreise stand."

Eine, die nicht auf dieser Liste stand, war Ulla Kempe, 36 Jahre alt, als sie sich am 18. November dieses Jahres in der Strafanstalt Hoheneck das Leben nahm. Sie und ihr Ehemann, der vermutlich in der Strafanstalt Cottbus einsitzt, waren zu jeweils vier Jahren Haft als „Politische" verurteilt worden, wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme". Das kinderlose Ehepaar hatte einen Ausreise-Antrag gestellt. Ulla Kempe, die in Hoheneck dem Arbeitskommando „Planet II" (Bettwäsche) angehörte, hatte nach zweijähriger Haft damit gerechnet, auf die Liste der „Freigekauften" zu kommen. Als der erste Transport ohne sie zusammengestellt wurde, machte sie ihrem Leben ein Ende: Sie erstickte sich unter einem über den Kopf gestülpten und am Hals zugebundenen Plastikbeutel in ihrer Zelle.

Sommer 1984: In der Strafanstalt Cottbus setzt der Häftling Peter Marx – der Haftgrund ist unbekannt – seinem Leben ein Ende. Aus der „DDR" in die Bundesrepublik entlassene ehemalige Häftlinge berichten, Marx habe sich mit Bohnerwachs eingerieben und sich dann selbst in Brand gesteckt. Mithäftlinge hätten versucht, die Flammen mit Wolldecken zu ersticken – jede Hilfe sei jedoch zu spät gekommen.

Sowohl bei der IGFM als auch bei der Organisation „Hilferufe von drüben" gibt es Unterlagen über Selbstmorde im vergangenen Jahr: In der Haftanstalt Cottbus schnitt sich Peter Schröder, Vater von zwei Kindern, die Pulsadern auf. Er war ebenso wie

● Fortsetzung Seite 8

China versichert Vertragstreue

DW. Peking

Chinas Regierungschef Zhao Ziyang und die britische Premierministerin Margaret Thatcher haben gestern in Peking das Vertragswerk unterzeichnet, das eine Rückgabe der britischen Kronkolonie Hongkong 1997 an China vorsieht. Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialsystem Hongkongs soll nach diesem Zeitpunkt noch für 50 Jahre beibehalten werden. Zhao versicherte der britischen Regierungschefin, daß China das Hongkong-Abkommen „in jeder Hinsicht" in die Tat umsetzen werde. Der Kurs „Ein Land – Zwei Systeme" sei kein bloßes Mittel zum Zweck.

Frau Thatcher bezeichnete das Abkommen als „Meilenstein" in der Geschichte der Diplomatie. Der chinesische Premier wird im Juni kommenden Jahres Großbritannien besuchen. Königin Elizabeth II. hat eine Einladung zu einem Staatsbesuch in China für 1986 angenommen.

Khadhafi trifft Felipe Gonzalez

Gö., Madrid

Der libysche Revolutionsführer Oberst Khadhafi wird in den nächsten Tagen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez in Spanien zusammentreffen. Khadhafi landete gestern zu einem privaten Besuch auf dem Militärflughafen San Juan bei Palma de Mallorca.

Als weitere Gesprächspartner erwartet Khadhafi den PLO-Chef Yassir Arafat und den österreichischen Exbundeskanzler Bruno Kreisky, der als erster europäischer Regierungschef offiziell den libyschen Revolutionsführer empfangen hatte. Bei dem Treffen mit Khadhafi dürfte den spanischen Regierungschef vor allem das jüngste Abkommen über eine Union Libyens mit Marokko interessieren, vor allem die Frage, ob und wie das Abkommen Spanien selbst betrifft. An der marokkanischen Mittelmeerküste besitzt Spanien die Enklaven Ceuta und Melilla.

Medien-Vertrag ist gescheitert

p. p. Bonn

Die Verhandlungen über einen einheitlichen Rundfunk-Staatsvertrag sind gestern gescheitert. Die Ministerpräsidenten konnten sich in rund vierstündiger Sitzung nicht über den möglichen Umfang von Werbezeit für den Westdeutschen Rundfunk einigen. Wie die Regierungschefs der Union anschließend betonten, sei es dabei im Prinzip darum gegangen, ob man den privaten Rundfunkveranstaltern „die gleichen Chancen wie den öffentlich-rechtlichen anbieten oder sie nur dulden will bei Vorrang für die öffentlich-rechtlichen" (Bernhard Vogel).

Alle Regierungschefs betonten ihren Willen, noch zu einer Einigung zu kommen. Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi bekräftigte den SPD-Standpunkt: „Es wird keine Nutzung direktstrahlender Satelliten ohne eine Vereinbarung geben."

Seite 8: Alleingang der Union?

Export treibt die Konjunktur voran

Bundesbank bleibt optimistisch / Auch am Arbeitsmarkt Anzeichen für Klimaverbesserung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbank strahlt weiter Konjunkturoptimismus aus. Der Wirtschaftsaufschwung habe zuletzt in wichtigen Bereichen weiter an Dynamik gewonnen, schreibt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht.

Die entscheidenden konjunkturellen Anstöße kamen von der Auslandsnachfrage und den gewerblichen Investitionen; das Nachholen von streikbedingten Produktionsausfällen spiele jetzt keine große Rolle mehr. Im Export, der vom hohen Dollarkurs begünstigt wurde, sieht die Bundesbank die wichtigste Treibkraft. Die gewerbliche Wirtschaft verbuchte von August bis Oktober 15 Prozent mehr Auslandsaufträge als vor einem Jahr. Mehr als die Hälfte des Zuwachses des gesamten Güterabsatzes ging im dritten Quartal in die Ausfuhr.

Für noch wichtiger hält es die Bundesbank unter längerfristigen Aspekten, daß sich in den letzten Monaten auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiter belebt hat. Das dreizehnprozentige Auftragsplus in der Investitionsgüterindustrie spricht nach dem Urteil der Bundesbank für eine günstige Investitionskonjunktur auch im nächsten Jahr. Damit reagierten die Unternehmen auf die bessere Absatzlage vor allem im Export sowie auf die günstige Ertragsentwicklung.

Weniger gut sieht es in Branchen aus, die nicht von der wachsenden Auslandsnachfrage profitieren. Als Schwachpunkt erscheint vor allem die Bauwirtschaft; die wachsende Nachfrage nach gewerblichen und öffentlichen Bauten kann die nachlassende Wohnungsbaunachfrage noch nicht kompensieren. Die Stabilisierung der Nachfrage nach Wohnungsbauhypotheken läßt die Bundesbank allerdings hoffen, daß die abwärtsgerichtete Tendenz im Wohnungsbau bald auslaufen wird.

Trotz kräftiger Steigerungen der Einkommen privater Haushalte zeigten die privaten Verbraucherausgaben nur wenig Dynamik. Die zusätzlich verfügbaren Mittel werden, so die Bundesbank, zuerst zur Auffüllung der während der Arbeitskämpfe angegriffenen finanziellen Reserven verwandt. Die Bundesbank glaubt aber, daß sich das Konsumklima bessern wird, wenn im Zuge des Aufschwungs mit zunehmender Beschäftigung die Einkommen etwas stärker steigen und die Sorgen um den Arbeitsplatz nachlassen.

Gewisse Anzeichen für eine Klimaverbesserung am Arbeitsplatz registriert die Bundesbank bereits jetzt; bei den Arbeitsämtern seien mehr offene Stellen gemeldet, und am unregulierten Stellenmarkt, dessen Tendenz sich in den Stellenanzeigen der Tageszeitungen spiegelt, sei das Angebot an Arbeitsplätzen weiter gewachsen.

Die bis in den Sommer hinein ausgesprochen ruhige Preisentwicklung hat sich in letzter Zeit wegen des kräftigen Anstiegs des Dollarkurses trotz sinkender Rohstoffpreise verschlechtert. Der Kostenschub bei importierten Rohstoffen und Vorprodukten veranlaßte die Unternehmen zu teilweise deutlichen Preiserhöhungen, vor allem für Exportgüter. Auch die Verbraucherpreise zogen etwas an; in den letzten sechs Monaten stiegen sie saisonbereinigt und auf Jahresrate hochgerechnet um 2,7 Prozent.

Seite 10: Stürmische Entwicklung

DER KOMMENTAR

Peinliche Mission

HERBERT KREMP

Heute früh wird Außenminister Genscher die 70 Flüchtlinge in der deutschen Botschaft zu Prag besuchen und sie beschwören, in die „DDR" zurückzukehren. Wie Staatssekretär Rehlinger, der erneut nach Prag geeilt ist, um dem Minister zu assistieren, wird er sie über die internen Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin unterrichten, die zu einem unklaren Ergebnis geführt haben: Den Flüchtlingen wurde im Falle der Rückkehr zwar Straffreiheit zugesichert, doch wurden sie über die Möglichkeit der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland bewußt im unklaren gelassen. Sie werden sich in der langen Schlange der Antragsteller wieder hinten anstellen müssen.

Genschers Reise in die Goldene Stadt erreicht damit ihren prekären Punkt. Der Minister bewegt sich in vermintem Gelände. Im Bundeskanzleramt hatte man von vornherein ein sicheres Gespür dafür, daß es eigentlich nicht Sache des deutschen Außenministers sein könne, deutschen Landsleuten, die in die Freiheit streben, dringend nahezulegen, wieder in die Ummauerung des Regimes zurückzukehren, von dem sie sich aus vielen guten Gründen abgewandt haben – unter Hinterlassung von Hab und Gut und Heimat. Der Minister des freien deutschen Staates muß ihnen, einmal in Prag, die Argumente des unfreien Staates nahebringen. Somit gerät er, den Flüchtlingen konfrontiert, in das falsche Licht, das Geheiß der „anderen Agentur" zu verbreiten und anzumahnen. Mußte das wirklich sein?

In Wirklichkeit ist nämlich kein Zweifel daran erlaubt, daß die Bundesregierung alles in Macht und Recht Stehende unternimmt, um Ausreisewilligen in der „DDR" den Weg in die ersehnte Freiheit zu erleichtern. Dies geschieht zum Teil unter unsäglich schwierigen Umständen und unter Aufwand großer Summen.

Die Regie liegt in den Händen des Bundeskanzleramtes und des innerdeutschen Ministeriums. Das Auswärtige Amt ist aus wohlerwogenen Gründen in die innerdeutschen Kontakte nicht eingeschaltet; denn Deutschland ist Deutschland und nicht Ausland. Der Außenminister wiederum konnte bei seinem Prag-Besuch, über dessen Zeitpunkt und Ergebnis es mehr Fragen als Antworten gibt, keinen Bogen um die deutsche Botschaft und ihre Insassen aus dem anderen Teil Deutschlands schlagen. So begab er sich in eine Lage, für die das Wort peinlich noch der vorsichtigste Ausdruck ist.

Gorbatschow fehlte am Grab von Karl Marx

DW. London

Mit Staunen haben die Briten gestern registriert, daß der sowjetische Spitzenpolitiker Michail Gorbatschow fehlte, als die sowjetische Delegation einen Kranz am Grab von Karl Marx niederlegte. Leonid Samjatin, seit 1978 Chef der Abteilung Internationale Information des Zentralkomitees der KPdSU, legte den Kranz aus roten Nelken auf dem Friedhof Highgate im Norden Londons nieder. Auf der Schleife stand auf russisch und englisch: „Dem großen Karl Marx, Gründer des wissenschaftlichen Kommunismus, von den Delegierten des Obersten Sowjet, Dezember 1984." Samjatin begründete anschließend Gorbatschows Abwesenheit damit, daß dieser Termin nicht auf dessen Programm gestanden habe. Westliche Diplomaten meinten, der sowjetische Delegationsleiter habe sich nicht erneut Demonstrationen wie schon am Vortag aussetzen wollen. Andere vermuteten, die starke Publizität, die Gorbatschow und seine Frau Raissa in diesen Tagen in London erfahren hätten, sei für den immer häufiger als „Kreml-Kronprinz" bezeichneten Gorbatschow nicht zuträglich.

Der sowjetische Politiker war gestern mit führenden Vertretern der britischen Opposition zusammengetroffen. Zunächst führte er einen längeren Meinungsaustausch mit Labour-Chef Neil Kinnock. Anschließend traf er sich mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokraten (SDP), David Owen, und dem Führer der Liberalen, David Steel.

Keine neuen Hoffnungen für die Flüchtlinge

Co. Bonn

„Wir stehen am Rand unserer Möglichkeiten", sagte der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, gestern zur Lage der 68 „DDR"-Bewohner, die sich noch in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Außenminister Hans-Dietrich Genscher werde den Flüchtlingen heute auch nicht mehr sagen können als Staatssekretär Ludwig Rehlinger dies schon getan habe: Die „DDR" sei bereit, ihnen auch für andere Delikte Straffreiheit zu gewähren und ihre Anträge auf Ausreise zu bearbeiten. „Aber das ist die Grenze, die wir nicht überschreiten können."

Rehlinger, der bereits mehrfach in Prag war und auch in Ost-Berlin über das Schicksal der in die Botschaft geflüchteten „DDR"-Einwohner verhandelt hat, ist gestern in die CSSR geflogen, um Genscher beim Gespräch im Botschaftsgebäude zur Seite zu stehen. Die Prager Regierung hat während des Genscher-Besuchs drei Deutsche aus Gefängnissen entlassen. Eine wegen Fluchthilfe zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Düsseldorferin kam nach mehr als elfmonatiger Haft frei. Ein ebenfalls wegen Fluchthilfe zu zwei Jahren Haft Verurteilter wurde entlassen, genauso wie ein Deutscher, der versucht hatte, ein Kopiergerät in die CSSR zu schmuggeln. Außer in Prag halten sich nach Bonner Angaben auch in den Botschaften der Bundesrepublik in Budapest und Warschau noch „DDR"-Flüchtlinge auf. In Bukarest habe sich das Problem erledigt.

Seite 8: „Sinnvolle Kooperation"

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Jahrestag

Von Enno v. Loewenstern

Willy Brandt bleibt dabei, daß das „offizielle Deutschland" sich am 8. Mai 1985 in der Form einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages zu Worte melden sollte; der Bundespräsident sollte „für alle etwas sagen", der Inhalt solle etwas mit Lehren aus der Vergangenheit und „muß wohl etwas mit 'nie wieder' zu tun haben."

Warum eigentlich „muß" das so sein, warum genügt nicht ein Gedenken in der Kirche, wie der Bundeskanzler es zu halten beabsichtigt?

Das Penetrante an dem jäh aufgeflammten Interesse für einen durchaus nicht klassisch „runden" Jahrestag, den vierzigsten, ist das sowjetische Copyright. Moskau möchte einmal in seinem Herrschaftsgebiet als „Befreier" gefeiert werden und die Russen selber wieder in patriotischen Schwung und Siegeserinnerungen versetzen; zum anderen sollen die Deutschen, soweit sie im westlichen Lager stehen, als alte Feinde und nach wie vor unzuverlässig diffamiert werden.

Unter diesen Umständen sind allerdings Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen – beginnend mit dem Hinweis darauf, daß erst der einvernehmliche Pakt zweier Diktaturen den Überfall auf Polen und damit den Zweiten Weltkrieg möglich machte. Und daß erst eine dieser Diktaturen (in einem Teil des Landes) von einer Demokratie abgelöst wurde; wenn heute die Frage nach Kriegsgefahr und „nie wieder" auftaucht, so denkt nun wirklich kein Mensch mehr im Ernst an die Deutschen. Woraus schließlich die Lehre *folgen sollte, daß Diktaturen zu* widerstehen ist, gleichviel, ob sie braun oder sonstwie gefärbt sind, statt daß man auf ihre Parolen hereinfällt.

In Nürnberg will die SPD zum 8. Mai 1945 ein Forum mit Vertretern von zerstörten Städten des Zweiten Weltkriegs veranstalten. Genannt wurden bisher Oradour, Lidice, Coventry, Minsk – und Dresden sowie Köln. Da finden wir also eine Art Anklagebank der Kriegsverbrecher mit Hitler, Churchill und Roosevelt einträchtig versammelt, und Stalin qua Minsk als Ankläger. In Nürnberg 1947 kam wenigstens noch Katyn zur Sprache; Nürnberg 1985 wird ein Lehr-Stück – oder Leer-Stück – eigener Art.

Papandreous Feindsuche

Von Evangelos Antonaros

Es wird immer schwieriger, mit Papandreous außenpolitischen Eskapaden Schritt zu halten und ihre Hintergründe zu verstehen. Anfang des Monats blockierte er die Süderweiterung der Gemeinschaft, als er den EG-Partnern in Dublin eine kaum erfüllbare Mammutforderung auf den Tisch legte. Während einer internationalen Friedenskonferenz letzte Woche in Athen verkündete er stolz, daß sich Athen „von der Politik der einseitigen Bindung an einen besonderen Block befreit" habe. Nun hat er bisher nicht näher definierte „Verteidigungsgrundsätze" für die griechischen Streitkräfte in Aussicht gestellt.

Diese neue Doktrin wird in der Sache nicht viel ändern, denn die von Papandreou angekündigte Neugruppierung der griechischen Streitkräfte hat längst stattgefunden: Seit dem Zypern-Konflikt im Sommer 1974, der mit der Teilung der Mittelmeerinsel endete, ist tatsächlich mehr als die Hälfte aller griechischen Einheiten mit Blick auf den Erzfeind und NATO-Partner Türkei stationiert.

Daß Papandreou nun auf die antitürkische Pauke zum Nachteil auch der anderen NATO-Partner haut und nationalistische Töne verbreitet, hängt mit der innenpolitischen Lage zusammen: 1985 finden Parlamentswahlen statt. Der Sozialist Papandreou, der viel versprochen – Austritt aus der NATO, Sonderstatus in der EG, Schließung der US-Basen –, aber wenig davon gehalten hat, bauscht die türkische Gefahr und baut neue Feindbilder auf, um so von seinen Mißerfolgen abzulenken. Er suggeriert seinem Volk, ohne ihn würde Griechenland seinen Feinden ausgeliefert.

Die Verbündeten mögen zufrieden sein, wenn Papandreou links redet und rechts handelt, solange er in der Allianz bleibt. Aber seine antiwestlichen Äußerungen sind in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzen: sie haben in Griechenland eine Stimmung entstehen lassen, die auch im Falle einer Wahlniederlage Papandreous nicht von heute auf morgen zu ändern sein wird. Das zumindest befürchtet die liberal-konservative Opposition. Nur schwer wird der Durchschnittsgrieche „umlernen" können, daß der Westen nicht der Feind, sondern ein Freund Griechenlands ist.

Duell auf bolivianisch

Von Günter Friedländer

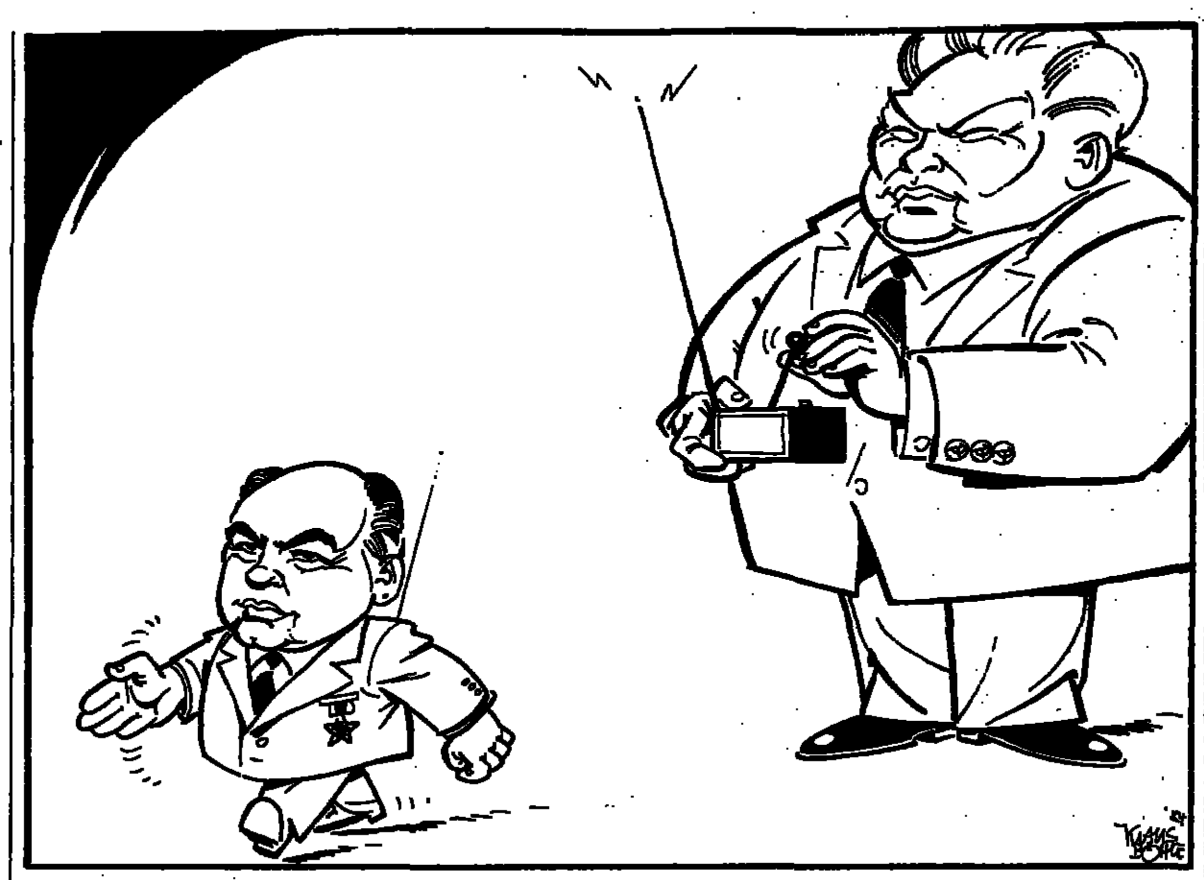
Ein Gewerkschafter, der dem Präsidenten Siles Zuazo treu ist, hat den seit mehr als drei Jahrzehnten herrschenden Führer der Bergwerksarbeiter und der bolivianischen Gewerkschaftszentrale (COB), Juan Lechin, zu einem „Duell mit Waffen" herausgefordert. Begründung: Lechin habe die Präsidenten Paz Estenssoro, General Torres, Guevara, Frau Gueiler und nun auch Siles Zuazo gestürzt; er sei dabei, Boliviens Demokratie zu begraben.

Zu diesem absurden Duell wird es kaum kommen. Nachdem Siles Zuazo sich gezwungen sah, seine Amtszeit um ein Jahr zu verkürzen und Neuwahlen für den 16. Juni 1985 auszuschreiben, hat der Wahlkampf begonnen. Nun wird mit Spannung erwartet, ob Juan Lechin selbst als Kandidat auftritt.

Viele Faktoren trugen zu Siles Zuazos Schwierigkeiten bei. Aber es war die Disziplinlosigkeit der von Lechin geführten COB, die ihm schließlich das Regieren unmöglich machte. Angesichts eines Generalstreiks und der Warnung des Heeres, die Konsequenzen des Versagens der Regierung zu „untersuchen", blieb Siles Zuazo nur noch der Verzicht.

Die Fronten sind klar gezeichnet. Auf der Rechten steht der Ex-Präsident General Hugo Banzer Suarez an der Spitze der „Demokratischen Nationalistischen Aktion". Auf der Linken steht Siles Zuazos Vizepräsident Jaime Paz Zamora, der seine Kandidatur für die „Bewegung der Revolutionären Linken" anmeldete. In der Mitte wird Victor Paz Estenssoro, der große alte Mann der „Nationalistischen Revolutionären Bewegung" zum letzten Mal die Rückkehr an die Macht versuchen, aus der ein Staatsstreich ihn vor zwanzig Jahren verdrängte.

Wird Juan Lechin abermals seine Getreuen einem der Kandidaten zuführen, um ihn dann beherrschen zu können und wiederum das Regieren unmöglich zu machen? Oder werden seine Gegner ihn zu einem Duell an den Urnen herausfordern und ihn dazu zwingen, zum ersten Mal selbst den Griff zur Macht zu versuchen? Er hätte dabei wenig zu gewinnen, aber viel zu verlieren. Ein Wahlsieg kann ihm kaum gelingen. Eine Niederlage aber würde den Mythos seiner Macht zerstören, dem er seine Rolle in Boliviens Politik verdankt.



Er funktioniert! KLAUS BÖHLE

Solide, aber kein Wurf

Von Peter Gillies

Friedrich der Große umriß seine Steuerpolitik mit preußischer Schlichtheit: „Ich will meinen Unterthanen etwas übrig lassen." Diese Klarstellung mag etwas gönnerhaft klingen, war aber damals offenbar nötig. Ihr eifern wir auch heute nach. Wer die Abrechnung seines Weihnachtsgeldes studiert, käme schwerlich auf den Gedanken, ihm als „Unterthanen" lasse man genügend übrig, damit er bei Laune bleibe und seine Arbeitsfreude nicht verliere.

Jede Regierung, die etwas auf sich hält, befaßt sich mit einem Projekt, deren Ziele ehrgeizig, dessen Durchführung zäh und dessen Ergebnis mager ist: einer Steuerreform. Ihre Antriebskraft beziehen die Regierungen einmal aus einer irgendwie definierten Verteilungsgerechtigkeit, die es zu ändern gelte; ein andermal meint man, dem Wirtschaftswachstum aufhelfen zu müssen; schließlich erweist sich auch der Steuertarif von Zeit zu Zeit als korrekturbedürftig.

Die ersten beiden Motive sind ehrenwert, aber das dritte hat allemal den Handlungszwang der Politiker beflügelt. Der deutsche Lohn- und Einkommensteuertarif birgt einen Geburtsfehler. Er liegt nicht darin, daß man steigende Einkommen auch steigenden Steuersätzen unterwirft, sondern er liegt in der Fiktion, daß Mark gleich Mark sei. Weil aber das Finanzamt jede Gehaltserhöhung so besteuert, als entspreche sie real ihrer nominalen Kaufkraft (obgleich sie doch oft nur die Inflationsrate ausgleicht und insofern dem Steuerbürger keinen Einkommenszuwachs beschert), führt der Steuertarif zu riesigen Steuererhöhungen, die man die heimlichen nennt.

Dieser Zugriff des Staates führt die steuer-(und staats-)tragende Schicht der Normal- und Mittelverdiener in eine steile Progression, in den Großverdiener-Tarif, der einst den Reichen vorbehalten war. Die wie Reiche Besteuerten sind aber keineswegs alle reich, vielmehr gelten manche von ihnen dem Sozialstaat noch als bedürftig. Der mißliche Nebeneffekt dieser heimlichen Steuererhöhungen ist aber nicht nur die in allen Kreisen blühende Schattenwirtschaft, sondern auch die Verdrossenheit derjenigen, von denen wir Mehrleistung erwarten, damit es weitere Arbeitsplätze gibt. Der immanente Zwang, die fiskalische Garotte von Zeit zu Zeit zu lockern, wird auch von dieser Regierung mit Verteilungsargumenten unterfüttert. Das ist sachlich wie politisch geboten. Die Bundesregierung drückt dieser Reform den Stempel ihrer Familienpolitik auf. Im Steuerrecht ist die – vermutete – Kinderfeindlichkeit der Deutschen verankert: Wer Kinder hat, riskiert den wirtschaftlichen Abstieg, und zwar als aktiver Arbeitnehmer wie als Rentner. Eine Politik, die den Mut und die Zukunft wenden will, muß den Mut zum Kind einschließen, ohne daß sie auf das Mittel schierer Gebärprämien herabsinkt.

Wer jedoch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als entscheidende Herausforderung der Innenpolitik begreift, für den können Verteilungsmaßnahmen nur Rankenwerk sein. Eine Familie, deren Alleinverdiener arbeitslos ist, ist nicht damit zu trösten, daß immerhin das Kindergeld erhöht wird. Umverteilung bringt keine Wachstumschancen für neue Jobs, bremst sie sogar. Zwar klettert in der ersten Phase wirtschaftlicher Blüte das Ungleichgewicht der Verteilung, aber mit dem dann erreichtem höheren Wohlstand ebnet es sich auch wieder ein. Damit der zweite Effekt eines höheren Wohlstandes für alle bei verringerten Verteilungsungerechtigkeiten eintritt, ist auch das Steuerrecht nützlich.

Die Steuerentlastung 1986/88 soll gut zwanzig Milliarden Mark ausmachen. Sie stellt ohne Zweifel einen politischen Kraftakt dar. Indes gehen die heimlichen Steuererhöhungen bis dahin munter weiter. Nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes summieren sie sich 1986 und 1987 auf gut vierzig Milliarden Mark. Nur die Zuwachsraten werden etwas abgebremst.



Den Unterthanen etwas lassen: Friedrich der Große FOTO: RÖHNERT

Das Paket ist gerecht, weil es die besonders belasteten Gruppen bevorzugt, aber berücksichtigt, daß vor allem jene, die voll von der steilen Progression erfaßt sind, der Entlastung bedürfen. Freilich müssen sie etwas länger – bis 1988 – warten. Allen bisherigen Steuerreformen mangelte es an breiter Wahrnehmbarkeit, weil sich die Politik bei der Rückgabe verzettelte, zeitlich wie sachlich. Ob es diesmal klug ist, die zwanzig Milliarden in zwei Stufen zurückzugeben, wird von vielen auch im Koalitionslager bezweifelt. Der Gegensatz von Klotzen und Kleckern ist, wie man weiß, psychologisch nutzbar.

Den Spielraum für die Entlastung hat die Politik eines Mannes eröffnet: Gerhard Stoltenberg. Die vertrauensbildende Wirkung seiner Konsolidierung wird nicht einmal mehr von der SPD angezweifelt. Und wenn auch nicht bestritten werden kann, daß die Neuverschuldung noch immer beängstigend hoch und durch den verführerischen Bundesbankgewinn geschönt ist, täte doch ein wenig mehr Zutrauen in die eigene Wirtschaftspolitik auch einer Steuerreform gut. Eine kräftige Steuersenkung kurbelt Leistung und Wachstum und damit letztlich mehr Arbeitsplätze und wieder mehr Steuern an. Und eine grundsolide Finanzpolitik hätte es sich auch erlauben können, für dieses Ziel sogar die Verschuldungsgrenzen zu erproben.

So ist die Steuerreform nicht zum großen Wurf geraten. Sie kommt über den Dienstweg daher, kreuzbrav und solid. Ihre Schöpfer scheuen vor dem Risiko zurück, das Stimulans kräftig gesenkter Steuern zu erproben. Über diesen und andere Makel mag jedoch hinwegtrösten, daß schon manche Steuerreform im Hermelin eines Jahrhundertwerks anmarschierte, um darunter einen Flickenteppich zu enthüllen.

IM GESPRÄCH Peter Zadek

Axt, feiner geschliffen

Von Günter Zehm



Einfluß der Music Halls: Neuer Hamburger Intendant Zadek FOTO: DPA

Nun hat er es *also* geschafft. Im Sommer 1979, beim Gerangel um die Nagel-Nachfolge, ließen ihn die Hamburger noch links liegen, gaben dem immer beleidigten Hölderlinchen Niels-Peter Rudolph den Vorzug. Jetzt wird Peter Zadek Nachfolger von eben diesem Rudolph als Intendant des frisch renovierten Hamburger Schauspielhauses.

Kaum jemand hat noch etwas dagegen. Denn erstens hat sich das allgemeine Interesse am Theater mittlerweile so abgeschwächt, daß die Meinung vorherrscht: Ob dieser oder jener, wen interessiert das noch? Und zweitens ist auch Peter Zadek ein anderer geworden. Zwar gilt er nach wie vor als die Axt im Walde des deutschen Theaterbetriebs, aber auch seine Gegner müssen zugeben, daß die Schneide mittlerweile feiner geschliffen ist als früher.

Zadeks Inszenierung von Ibsens „Baumeister Solness" in München, kürzlich auch im Fernsehen anzuschauen, war ein Kabinettstück an psychologischer Raffinesse. Und auch im Umgang mit Politikern und Regisseur-Kollegen scheint der Mann versierter, staatsmännischer geworden zu sein. Den Hinweis von Journalisten unmittelbar nach seiner Inthronisierung, daß Hamburgs Erster Bürgermeister von Dohnanyi schon wieder „sauer" auf ihn sei, konterte er gelassen mit den Worten: „Das ist genau die Basis für eine weitere gute Zusammenarbeit."

Freilich, den gewissen Grobianismus in seinem Auftreten und in seinem Inszenierungsstil wird er sich nicht mehr abgewöhnen können, will das auch gar nicht. Dazu steht der Berliner Kaufmannssohn vom Jahrgang 1926, dessen Eltern 1933 nach London emigrieren mußten und der von Anfang an Schauspieler und nichts als Schauspieler werden wollte, viel zu fest in der Tradition des britischen Vaudeville, in dem er sich gleichsam von der Pike auf hochgedient hat.

Sein Ur-Metier waren die rauchgeschwängerten Music Halls der englischen Provinz, in denen routinierte Unterhalter ein deftiges Publikum mit Couplets und faulen Witzen amüsieren. Von daher stammt Zadeks unbezähmbare und manchmal an die Geschmacksgrenze gehende Lust an der Revue und an der Show, der er auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1958 immer wieder gefrönt hat, als vielbeschäftigter freier Regisseur, als Film- und Fernsehproduzent, als Bochumer Schauspielhausintendant in den Jahren 1972 bis 1977.

Nach Bochum trat Zadek in seine dezidiert anti-bürgerliche Phase ein. „Ich will kein subtiles Theater, ich will scharfe Kontraste und Schocks", dekretierte er und begann mit der Umfunktionierung Shakespeares durch Vergröberung und grelle Sexualisierung der berühmten Textvorlagen. Der Gag und die provozierend zur Schau gestellte Nacktheit regierten nun die Zadek-Inszenierungen, und die Meute der Regie-Epigonen folgte ihm darin nur allzu gern.

Zadek selbst weiß inzwischen, daß die Zeit des Schock-Theaters vorbei ist. So darf man gespannt sein, wie er es *in Hamburg angehen lassen wird*. Eines jedenfalls hat er vielen seiner Kollegen voraus: Publikumsverachtung und Oberlehrerei sind ihm fremd. Er kann sich wirklich im selben Takt wie sein Publikum freuen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt schreibt über das Karlsruher Urteil:

Der Karlsruher Spruch sollte zunächst gar keine militärische oder territorial-rechtliche, sondern eine simple republikanisch-demokratische Frage beantworten: wie steht es um die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik? So selbstverständlich, wie die Gewaltenteilung bei uns zu gelten scheint, ist sie längst nicht mehr. Im Bundestag sitzen zunehmend Mandatsträger der Exekutive, die in der Legislative ihr eigenes Interesse wahrnehmen. Denn ein Freiberufler kann es sich heute nicht mehr leisten, für ein Mandat zu kandidieren, das zunehmend „Berufspolitikern" zufällt. Im vorliegenden Rechtsstreit, der tatsächlich keiner war, sondern eine Fortsetzung der Antiraketenkampagne, wurde weithin übersehen, daß der Bundestag am 22. November 1983 der Nachrüstung zugestimmt hat.

Neue Zürcher Zeitung

Sie stellt Überlegungen zur Gewaltenteilung in der Bundesrepublik an:

Mit weitreichender innenpolitischer Wirkung hat das Verfassungsgericht eine Konzentration politischer Macht in den Händen des Parlaments abgelehnt. Insoweit stützt sich das Urteil weitgehend auf historische Überlegungen, auf die klassische Teilung der Gewalten, wie sie der Artikel 20 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes übernommen hat, sowie auf die Zuständigkeit der Exekutive für die Außenpolitik. Das Urteil wendet sich gegen „einen aus dem Demokratieprinzip fälschlich abgeleiteten Gewaltmonismus in Form eines allumfassenden Parlamentsvorbehalts". Damit tritt das Verfassungsgericht einem verbreiteten Demokratieverständnis in oppositionellen Gruppen der Bundesrepublik entgegen.

Lübecker Nachrichten

Sie meinen zur Steuerreform:

Zwanzig Milliarden Mark Steuerentlastung insgesamt – das hört sich gut an. Für den einzelnen wird es in vielen Fällen dennoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Die Steuerreform 1986/88 darf daher nur ein erster Schritt werden. Sie enthebt diese und die nächste Bundesregierung nicht der Pflicht, langfristig die drückende Steuerprogression, die den Facharbeiter mehr quält als die Unternehmen mit Millionenumsätzen, in vernünftige Bahnen zu lenken.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung kommentiert die Lage der FDP:

Bangemann, geh du voran, soll im neuen Jahr die freidemokratische Devise sein. Zeit wird es damit in der Tat. Die vergangenen Monate vermittelten nicht eben den Eindruck, daß der designierte FDP-Bundesvorsitzende *entscheidenden Einfluß auf* den politischen Kurs der Liberalen gehabt hätte. Es genscherte mehr denn je bei der Pünktchen-Partei. Wenn der FDP etwas ganz gewiß nicht bekommt, dann der Eindruck, in ihr redete außer einem Ehrenvorsitzenden Scheel noch ein Übervorsitzender Genscher mit.

Der Auwald wurde zum Dschungel für die Wiener Politik

Hainburgs Fronten gehen quer durch die Parteien / Von Carl Gustaf Ströhm

Als der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz vor einigen Tagen in Bremen bei einer populären deutschen Fernseh-Show auftrat, verfolgte ihn das „Problem Hainburg" bis in norddeutsche Breiten: Plötzlich brachten vor laufenden Fernsehkameras einige deutsche Sympathisanten der österreichischen Kraftwerksgegner und Umweltschützer die Sendung durcheinander.

Inzwischen hat in der Hainburger Au an der Donau östlich von Wien eine Polizeiaktion begonnen, um das zu schützen, was Umweltschützer die „größte Naturzerstörung der österreichischen Geschichte", Regierung und Gewerkschaften aber eine wirtschaftliche Notwendigkeit nennen: die Rodung des Auwaldes und der Bau des Donau-Kraftwerks Hainburg. Insgesamt achthundert Polizeibeamte begannen mit der Räumung einiger tausend Demonstranten, die sich hier in Zelten und Schlafsäcken bei großer Kälte niedergelassen hatten. Ein Volksbegehren wurde gegen die Zerstörung des „letzten Auwaldes in Europa" eingeleitet, das den Namen des greisen Verhaltensforschers Konrad Lorenz trägt.

Das im Ausland als gemütlich geltende Österreich hat im Auwald von Hainburg jeden Charme verloren. Die Fronten gehen quer durch die Parteien. In der Sozialistischen Partei sind linke Intellektuelle vehemente Gegner des Kraftwerks. Der Gewerkschaftsflügel der Partei und damit der gesamte ÖGB mit seinem mächtigen Präsidenten Benya sind ebenso vehement für den Kraftwerkbau. Mit Not und Mühe konnte Sinowatz verhindern, daß Tausende von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären in die Hainburger Au zu einer „Gegendemonstration" gegen die Umweltschützer zogen. Bei einer Betriebsrätekonferenz der am Bau beteiligten Belegschaften fielen von seiten eines prominenten SPÖ-Funktionärs die Worte: „Wir nehmen nicht zur Kenntnis, daß in diesem Land Studenten tun können, was sie wollen. Studenten, für die ihr arbeitet, damit sie studieren können. Damit sie dann in die Au fahren können, um gegen die Vernunft und gegen Österreich zu demonstrieren." Man hörte auch: Wenn die Regierung sich nicht durchsetzen könne, würden „die sozialdemokratischen Arbeiter selber in die Au gehen".

Die Wiener Regierung ihrerseits sprach von Gewalttätern und Extremisten, die sich unter die Hainburg-Demonstranten gemischt hätten – von Links- und Rechtsradikalen. Sinowatz erklärte, die Demonstranten seien Rechtsbrecher und im übrigen hätten sie einen „Kinderkreuzzug" gegen die Polizei beschlossen.

Dabei ist *festzuhalten*, daß die Au-Demonstranten zum großen Teil keine Extremisten und wahrscheinlich auch keine Linken sind. Die Studenten der Wiener Universität, die mit Hilfe der studentischen Selbstverwaltung die Autobusse zur Demonstration organisierten, stehen, wenn überhaupt, dann eher der Volkspartei nahe. Eine Koalition von sozialistischen, kommunistischen – und rechtskonservativen Studenten forderte inzwischen den Rückzug aus dem Volksbegehren. Der Vorsitzende der mikroskopisch kleinen, aber stets moskautreuen KP Österreichs attackierte die „Technikfeindlichkeit" der Kraftwerks-Gegner und verdächtigte das Volksbegehren, ein Spielball in den Händen „rechter Kräfte" zu sein.

In Österreich ist also manches anders. Der Wiener Vizebürgermeister Busek von der ÖVP protestierte gegen das Kraftwerksprojekt, weil es das Trinkwasser der Hauptstadt gefährde. Seine industrienahen Parteifreunde ebenso wie die christlichen Gewerkschafter forderten den unverzüglichen Baubeginn. Der sozialistische Wiener Bürgermeister Zilk, ein Parteifreund des Kanzlers, weigerte sich, überhaupt zum Kraftwerk Stellung zu nehmen, weil es nicht in seinen Amtsbereich falle. Zugleich aber warnte Zilk vor der Inbetriebnahme des Wärmekraftwerks Dürnrohr westlich von Wien, weil durch dessen Schadstoffemissionen der gesamte Wiener Wald gefährdet werden könne.

Das Umwelt-Problem hat also nicht nur zu einer tiefen Spaltung zwischen den Generationen geführt, sondern völlig neue Interessenlagen geschaffen. Bei der Gewerkschaft und der SPÖ, aber auch in der Wirtschaft spielt die Sorge vor der Krise in der Baubranche und der drohenden Arbeitslosigkeit eine Rolle. Dazu gehört die Tatsache, daß Österreich besonders gute Turbinen für Flußkraftwerke produziert – und die Frage, was aus den Turbinenbauern wird, wenn das letzte Kraftwerk an der Donau gebaut wurde und Exportaufträge sich als schwierig erweisen sollten.

Manche meinen, das Problem der sauberen Energie wäre besser durch das stillgelegte österreichische Atomkraftwerk Zwentendorf zu lösen als durch einen naturzerstörenden Kraftwerksbau an der Donau. Aber hier haben sich mit Ausnahme der Sozialisten alle Parteien auf einen Anti-Atomkurs festgelegt, aus – damals, als die Volksabstimmung über Zwentendorf zustandekam – tagespolitischen Gründen. Und dadurch ist für Österreich offenbar ein Dilemma entstanden, aus dem ebenfalls aus tagespolitischen Gründen kein Ausweg sichtbar ist.



In mehr als 70 Ländern läuft die Serie „Love Boat" bereits. Ab 2. Januar 1985 auch bei „SAT 1". „Love Boat" ist noch vor „Dallas" und „Denver" eine der erfolgreichsten Fernsehserien. In jeder Folge sind drei Episoden ineinander verwoben, und jedesmal erscheinen neben der Stamm-Crew (Gavin McLeod als Captain Merrill Stubing, Bernie Koppell als Schiffsarzt Bricker, Fred Grandy als Chefsteward Gopher, Ted Lange als Barkeeper Washington und Jill Whelan als Vicki) weltbekannte Stars. Insgesamt 100 „Love-Boat"-Folgen wird „SAT 1" ausstrahlen.

Jetzt tritt das andere Fernsehen an

Die privaten Veranstalter starten mit dem neuen Jahr in ein neues Fernseh-Zeitalter. Zwar hatte das Kabel-TV bereits Premiere, aber der wirkliche Aufbruch in neue Medien-Zeiten steht erst kurz bevor.

Von ERICH VOGT

Am Vorabend des 1. Advent, einen Monat vor Sendebeginn *des ersten privaten Satelliten*-Fernsehvollprogramms, nahm ein übernationaler Fernsehsender seinen Dienst auf. Just am 1. Dezember starteten das ZDF mit der Schweizerischen *Rundfunkgesellschaft* SRG und dem österreichischen Rundfunk ORF ihr 3SAT-Kabel- und Satellitenfernsehen. Nicht „Private" kamen dem SAT-1-Konsortium zuvor, sondern drei öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten.

Wie viele Haushalte „3SAT" sehen können, kann niemand genau sagen. Die Angaben über die Zahl der verkabelten Haushalte differieren zum Teil beträchtlich. Die technischen Aufgaben hat der Mainzer Sender im Griff. Die Schaltzentrale für das zweite Programm *des ZDF ist in Mainz*. Von dort geht das Fernsehsignal per Richtfunk zur Erdefunkstelle Usingen bei Frankfurt, dann auf den Fernmelde-Satelliten ECS, von diesem zurück auf die Erde in die Kabelfernseh-Empfangsstation und schließlich über Breitbandverteilnetze in die Haushalte.

Eingespeist in die Kabelnetze werden *zeitversetzte*, gelegentlich auch zeitgleiche Angebote von Sendungen aus den jeweiligen nationalen Programmen der beteiligten Anstalten. Eigens für „3SAT" produzierte Beiträge wird es nicht geben. Auch auf Werbung wird (vorerst) verzichtet.

Programmpolitisch ist das Kooperationsabkommen ein Schachzug des *Mainzer* Senders. ZDF-Intendant Dieter Stolte hat in den vergangenen Jahren wiederholt erklärt, daß der Sender nur dann eine Zukunft haben werde, wenn er ein eigenes zweites Programm ausstrahlen könne. Mit „3SAT" hat das ZDF nun einen Fuß in der Tür.

Nun tritt „SAT 1" an, die „Privaten". Eine „1" ziert bereits ihr stilisiertes Signet. Hinter „SAT 1" steht eine Gruppe deutscher Verlage und Unternehmen, die am Neujahrstag als neue Fernsehprogramm-Veranstalter erstmals ein privates Fernsehprogramm über das von der Bundespost errichtete Kabel- und Satellitennetz anbieten werden. Unter ihnen Springer, Burda, von Holtzbrink, Bauer – klangvolle Namen des deutschen Verlagswesens.

Als der Berliner Verleger Axel Springer seinen Entschluß, ins private Kabel- und Satellitenfernsehen einzusteigen, bekanntgab, machte unter Kritikern der Spruch: „Jetzt kommt das Springer-Fernsehen" die Runde. Da klangen noch einmal alte Ressentiments durch, und Springer selbst wehrte ab. Ihm ging es nicht um das TV-Geschäft an sich. Er dachte vielmehr über den Bildschirmrand hinaus und daran, *daß die „Neuen Medien* eine Gefahr für das gedruckte Wort sind". Er befürchtete, daß die Zeitungen dem Fernsehen im Kampf um das Anzeigen- und Werbegeschäft unterlegen seien und daß das Fernsehen der Presse immer mehr Werbegelder wegnehmen werde. Die durch die Neuen Medien drohenden Einbußen sollen durch eigene Betätigungen in Hörfunk und Fernsehen so niedrig wie möglich gehalten werden.



Man will mit Spitzenprodukten auf dem Fernsehmarkt für sich und das SAT-1-Programm werben.

In Hamburg laufen die Vorbereitungen bereits seit Monaten auf Hochtouren. Dort wird das Medium Fernsehen „trainiert". Als „Trainer" hat der Springer-Verlag den Fernsehprofi Henri Regnier engagiert, der den jungen dynamischen Redakteuren aus den Schreibstuben des Springer-Hauses das Fernsehmachen beibringen soll. Aber auch Redakteure von der großen öffentlich-rechtlichen Konkurrenz und freie TV-Journalisten haben inzwischen angeheuert. Wolfgang Müller, im Hause verantwortlich für „Neue Medien", spricht nicht ungern darüber, daß viele mal auf einen Sprung vorbeigekommen seien, um ihre Visitenkarte abzugeben.

Vom 1. Januar an, an jedem Mittwoch von 18.45 Uhr bis 21.30 Uhr, werden die Springer-*Redakteure* zeigen, was sie in der hektischen Vorbereitungszeit schon auf die Beine gestellt haben. Von Interesse ist, was sie an bunten Sport- und Unterhaltungsprogrammen in die Kabelhaushalte schicken. Soviel sei jetzt schon verraten: „Aufmachen" wird der „Mittwoch" jeweils mit einem 20minütigen Konzentrations- und Entspannungsspiel. Danach gibt es Sport, eine Unterhaltungsshow und die beliebte amerikanische Familienserie „Love Boat".

Danach folgt die Nachrichten-Sendung „Blick" aus der „Aktuell Presse-Fernsehen"-Sendezentrale am Hamburger Mexiko-Ring, einer Gesellschaft, die von 165 Zeitungen getragen wird. Das Sendeschema von „Tagesschau" und „heute" wird nicht übernommen. Anders als die Konkur*renz von* ARD *und* ZDF will „Blick" auch über „das Schöne vom Tage"

Die NEUEN Medien

informieren. „Blick"-Chefredakteur Armin Halle denkt hier insbesondere an Beiträge zum Thema Mode, Auto, Gesundheit, Vermischtes und Kultur.

„Flagge zeigen" wollen auch andere. Das Verlagshaus Burda wird vom 1. 1. 1985 an wöchentlich etwa 210 Fernsehminuten über den ECS-Kanal abstrahlen. Klaus-Peter Lorenz, im Hause Burda der Mann für die Neuen Medien, weiß, daß der Verlag beim Privatfernsehen dabei sein muß, auch um die Position der Verlage sichtbar zu machen und um zu verhindern, daß weitere Werbegelder an branchenfremde Unternehmen fließen.

Der Verlag ist gerüstet. Immerhin gehen Burdas TV-Aktivitäten bis ins Jahr 1981 zurück. Mit der firmen-eigenen PAN-TV *wurden in den letzten* Jahren regelmäßig Auftragsproduktionen für ARD und ZDF gemacht. Unter der Regie von Dr. Dieter Pröttel entstanden unter anderem Joachim Fuchsbergers „Auf los geht's los", Dieter Thomas Hecks „Pyramide" und Michael Schanzes „Hätten Sie heut' Zeit für mich?".

Während Pröttel sich um die Produktionen des Burda-Fernsehens kümmert, deckt Lorenz den kaufmännischen Teil des Geschäfts ab. Man will – und kann – nicht alle Sendeminuten ausschließlich mit Eigenproduktionen füllen. Fernsehmachen ist teuer. Deshalb wird Burdas Beitrag zum SAT-1-Program aus einer „gesunden Mischung" von Eigenpro*duktionen und reproduzierten* Serien und Filmen bestehen.

Selbst produzieren will man neben den beiden Journalen „Dein Geld" und „Deine Gesundheit" auch drei Live-Sendungen. Ideen und Impulse haben sich die Programm-Macher aus den hauseigenen Zeitschriften-Redaktionen geholt. Telegerecht umgesetzt werden die Ergebnisse dieses hausinternen „brainstormings" in angemieteten TV-Studios.

Gedreht und geschnitten werden zur Zeit Beiträge über Männer, Mädchen, Autos, Abenteuer und Freizeit. Und immer präsent sein werden interessante Interview-Partner und Studiogäste.

Programmchef Pröttel, der viele Jahre bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten ein- und ausging, ist davon überzeugt, daß sich die „Privaten" *nach* einer *gewissen Anlaufzeit* gegen ARD und ZDF durchsetzen werden, da sie schneller reagieren, weil ihre Strukturen noch nicht verkrustet sind. Häufig hat er es erlebt, daß gute Leute mit guten Ideen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern ins Leere gelaufen sind. Am Geld ist die Umsetzung fast nie gescheitert, aber fast immer an der Flexibilität.

Flexibel sein will man auch im Bauer-Verlag. Dort gibt man sich sehr gelassen beim Thema „Neue Medien". Das Verlagshaus hat sich bisher *eher zurückhaltend dem medienpoli*tischen Neuland genähert. Doch wollte man nun dabei sein, „wenn der Zug den Bahnhof verläßt".

Der Bauer-Verlag („Bravo", „Quick", „Playboy", „TV Hören und Sehen") wollte eigentlich mehr ein begleitendes Auge auf das elektronische Mediengeschäft werfen. Denn er gehört nicht zu denen, die den Keller voller Filmkonserven haben.

Richtig aktiv wurde der Verlag erst Ende '83. Unter der Federführung von Wolfgang Heilemann („Bravo") wurde zuerst einmal die konzeptionelle Entwicklung der hauseigenen Fernseh-Aktivitäten koordiniert. Inzwischen wurde darauf ein Programmrahmen gezimmert, der die Er*fahrungen auf dem Zeitschriften*markt in ein attraktives Fernsehprogramm umsetzen soll. Das Bauer-Programm wird Schwerpunkte setzen, aber auch Themen aufgreifen, die Jugendliche und Junggebliebene interessieren. Dazu das Neueste von der Musikszene, und einmal im Monat ein bunter Programmreigen für und über die moderne Frau.

Billig wird das Unternehmen nicht werden. Bleibt es bei den 135 Sendeminuten, dürfte Bauer das erste Jahr Privatfernsehen über zehn Millionen Mark kosten. Aber beim Thema Privatfernsehen gucken die Kaufleute vom Verlag über den Tellerrand hinaus. Eine Beteiligung bei den Neuen Medien ist, so läßt man wissen, eine Investition in die Zukunft.

Morgen in der WELT:
Die bunte Palette der privaten Programm-Macher

Mit kleinen Schritten, das große Ziel im Auge

Erlesen war der Kreis der Teilnehmer, traditionsreich der *Ort, den sich der „Bergedorfer* Gesprächskreis" ausgesucht hatte, um über das Thema „Ist die Spaltung Europas das letzte Wort?" zu diskutieren.

Von HERBERT SCHÜTTE

Campo Santo Teutonico – hier an der Mauer des Petersdoms ist alter deutscher Boden. Gemäuer aus der Karolingerzeit, als Karl der Große hier eine Pfalz errichtete, stützt das Gebäude, in dem zwei Tage lang die Trümmer besichtigt, geordnet und aufgeräumt wurden, die von dem alten Europa als ehemals bestimmender politischer Faktor übriggeblieben sind.

Auf dem kleinen Friedhof liest man fast nur deutsche Schriften, finden sich Namen wie Hans Stengel und Stefan Andres, entziffert man Erinnerungen an deutsche Maler, Bildhauer, Geistliche und Generäle. Zwischen Marienbildern und Vitrinen mit Amuletten und Elfenbeinkreuzen saßen Politiker und Kardinäle, Wissenschaftler und Theologen hinter verschlossenen Türen, den Zuspruch *des Papstes im Ohr, daß „die Kirche* Europa helfen will, seine Seele und Identität wiederzufinden".

Als einer der „Architekten einer neuen gesamteuropäischen Diplomatie der Päpste", wie Kurt A. Körber, der Gründer des Kreises und Initiator dieses Aufbruchs nach Rom ihn nannte, stellte der Wiener Kardinal König in seinem *Referat fest*: „Europa war eine geistige Einheit, aber es gab auch immer ein Europa der Gegensätze." König setzte sich vor allem für eine Rücksichtnahme gegenüber den kleineren Staaten Europas ein. Er warf die Frage auf, warum man nicht statt oder neben einer Hohen Behörde eine gesamteuropäische Universität gegründet habe, das wäre für Ost *und West von großer symbolischer* Bedeutung gewesen.

Referent Helmut Schmidt – Mitbegründer des Kreises und vom Papst als „Herr Bundeskanzler" herzlich begrüßt – machte aus seiner tiefen Sorge keinen Hehl, ob Europa tatsächlich noch zu sich selbst finden werde. „Reichen Hoffnung und Treue zur Selbstbewahrung aus?" fragte er, um sogleich daran zu erinnern, daß es in der Geschichte dafür nur wenige Beispiele gegeben habe. Eines sei die Treue des Judentums gewesen. In seinem Referat stieß er über das europäische Thema weit vor bis zu dem Problem der häufig aufgetretenen amerikanischen Verständnislosigkeit und Ungeschicklichkeit in europäischen Fragen und zur Bedrohung durch den russischen Expansionismus. Der Altbundeskanzler hält eine Antwort auf die deutsche Frage nur für möglich innerhalb eines erfolgreichen Prozesses des Wiederzusammenwachsens von ganz Europa.

Überraschend für die meisten Teilnehmer nahm Schmidt plötzlich die Friedensbewegung ins Visier – sie gerate in Gefahr, so sagte er, einem bedrohlichen Mißverständnis zu erliegen, daß nämlich eine einseitige Teilabrüstung die Sowjetunion veranlassen werde, dasselbe zu tun oder ihren machtpolitischen Griff zu lockern. Schmidt warnte, „einseitige Zugeständnisse werden nicht honoriert". Er sei von dem ungebremsten Imperialismus dieser Seite überzeugt, einem Imperialismus, den er weniger als einen kommunistischen, sondern vielmehr als einen großrussischen Expansionsdrang betrachte.

Die angekündigten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf begrüßte der frühere Regierungschef zwar als einen „neuen Anfang mit großen Chancen für Europa", er wies aber auch auf die Gefahren für die europäischen Mächte hin, daß die Großmächte Europa auf den dritten *Rang verweisen und eine stillschwei*gende Aufteilung der Welt in Interessensphären vornehmen könnten. „Beide Verhandlungspartner würden das zu Hause als Riesenerfolg verbuchen", fügte Schmidt hinzu. Dem entgegenzusteuern sei eine europäische Führung gefordert, „doch dazu fällt mir kein Name ein", sagte Schmidt. Er sehe vor allem Bedarf an einer starken französischen Rolle.

Staatsminister Alois Mertes fragte: „Wie können wir die Sowjets dazu gewinnen, zu einer neuen Einschätzung ihrer Interessenlage gegenüber den Völkern westlich Rußlands zu kommen?" Er machte ein „politisches Unterlegenheitsbewußtsein" Moskaus aus. Als der Bonner Publi*zist Rüdiger Altmann die Frage* weiter auf die Formulierung zuspitzte: „Wie bekomme ich eine gnädige Sowjetunion?", spann Mertes den Faden weiter: „Die deutsche Frage ist solange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist."

Richard von Weizsäcker machte in Rom zwar als Bundespräsident einen Besuch bei Johannes Paul II. und Präsident Sandro Pertini, doch hier im Campo Santo war er Privatmann, Diskussionsteilnehmer ohne Anspruch auf Amtsanrede. Weizsäcker ging auf die innere Einstellung der Westeuropäer, vor allem der Deutschen ein. „Es gibt eine gewaltige Vitalität im privaten und lokalen Leben. Sie ist oft davon geprägt, daß wir unsere Besitzstände absichern und gegeneinander verteidigen", beklagte er. Daraus schloß er: „Wir müssen uns stärker bemühen, die privatisierte Identität auf die Ebene der Allgemeinheit zu heben." Das werde helfen, auch die Frage nach der europäischen Identität besser zu beantworten.

Die politische Dimension dieser Einsicht kam in Weizsäckers Folgerung zum Ausdruck: „Zu den Hoffnungen der Menschen in Osteuropa gehört auch unsere Vitalität in Westeuropa", zumal – wie der Erlanger Historiker Michael Stürmer einwarf – die Sowjetunion in Osteuropa zwar militärisch, aber nicht geistig präsent sei. Sie biete „keine Lösungen für Modelle der Zukunft". Peter Hermes, deutscher Botschafter beim Heiligen Stuhl, forderte vehement: „Wenn wir über die Überwindung der Spaltung Europas sprechen, gehören die Amerikaner auf jeden Fall mit hinein."

Für Helmut Schmidt war das Stichwort USA wiederholt ein Anlaß, „Ignorance of power" bei früheren Präsidenten zu diagnostizieren. Ronald Reagan würdigte er als einen Politiker, der als „Friedenspräsident in die Geschichte eingehen" wolle. „Was *können die Westeuropäer tun?*" fragte der Diskussionsredner Schmidt. Militärisch befürwortete er eine Verstärkung der konventionellen Rüstung, wobei einer engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten eine besondere Rolle zukommt. Wirtschaftlich und organisatorisch forderte er eine Entnationalisierung der staatlichen Stellen bei allen Beschaffungsfragen und die breite Einführung technischer Standards.

Mit Sorge bilanzierte er: „Wir haben heute in Westeuropa weniger Gemeinsamen Markt als vor zehn Jahren, der Gemeinsame Markt schrumpft." Notwendig sei Führung in Europa, doch gegenwärtig könne *man nur einen „Sumpf von Tage*sopportunität" feststellen. Ein düsteres Bild, das er in dieser Runde mehrfach gegen den Vorwurf des Pessimismus verteidigte. Er habe sich, so versicherte der Altbundeskanzler, immer als Realist verstanden.

Die Realität kam denn auch in der Bilanz dieser weit ausholenden Betrachtungen zum Ausdruck. Luigi Ferraris, Italiens Botschafter in Bonn und bemerkenswerterweise Diskussionsleiter einer in deutscher Sprache geführten Debatte, stellte fest: „Die Spaltung ist da, aber auch die Überlegung, sie zu überwinden. Wir müssen uns", so schloß er, „mit kleinen Schritten begnügen, aber das große Ziel nicht vergessen."



Drei aus dem „Bergedorfer Kreis" in Rom: Kardinal Franz König, Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt
FOTO: AP

Mit Ideen gegen das „große Geld“ der ARD

Das Fernsehen der Zeitungen und der Wettlauf gegen die Zeit

GERNOT FACIUS, **Hamburg**

„Eigentlich“, sagt Gerhard Naeher, „kommt es einem 8. Weltwunder gleich, daß wir am 1. Januar senden können.“ Der Geschäftsführer der Gesellschaft „Aktuell-Pressefernsehen“ (APF) hat einen Wettlauf gegen die Zeit *hinter* sich. Anfang *Mai 1984* begann der Umbau der 2500-Quadratmeter-Räume am Hamburger Mexico-Ring 33 zu einem Produktionszentrum für die „private Tagesschau“, wie die Konkurrenz NDR das Projekt betitelt, am 3. Dezember wurde erstmals zu Live-Bedingungen das Programm gesendet, das von Neujahr an täglich drei mal über den Europäischen Kommunikationssatelliten ECS 1 in Haushalte mit Kabelanschluß kommt. Wegen des Zeitdrucks mußte die APF-Mannschaft den Probebetrieb mit nicht abgenommenen, nicht eingemessenen und deshalb gelegentlich stillgelegten Arbeitsplätzen meistern. Buchstäblich aus dem Nichts wurde in knapp zehn Monaten – seit der Konstituierung der von 165 Zeitungen getragenen APF in Felmar – ein Informationsprogramm startreif gemacht, das „endlich ein plebiszitäres Element in die Medienpolitik einbringt“ (Naeher). Die Zuschauer sollen nach 30 Jahren öffentlich rechtlichem Monopol auswählen dürfen. *APF BLICK*, so der *Titel*, tritt in einen Wettbewerb mit Nachrichtenangeboten, die eine mehr als 30jährige Entwicklung hinter sich haben.

Diesen Wettbewerbsvorsprung vor Augen, vermeiden die APF-Macher jede verbale Hochstapelei. Sie sprechen bewußt vom „flexiblen Start“. Das heißt, das Programm soll Schritt für Schritt weiterentwickelt werden, aufgrund des Zuschauervotums, auf das man am Hamburger Mexico-Ring großen Wert legt. Mit 93 festen Mitarbeitern (40 in der Redaktion) nimmt APF seine Sendung als Bestandteil des bundesweiten Programms des Konsortiums SAT 1 auf. Fast die Hälfte hat *TV-Erfahrung*, die anderen kommen von der schreibenden Zunft. Produziert und zugeliefert wird außer in Hamburg und Bonn in Berlin, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Frankfurt, Ludwigshafen, Stuttgart, Koblenz und München. Kulturbeiträge kommen zum Beispiel von der Mediengesellschaft Bayerischer Tageszeitungen (mbt), die bereits im Pilotprojekt München Erfahrungen gesammelt hat. APF kann nicht auf das Programm-Material der Europäischen Rundfunkunion (EBU) zurückgreifen. Aber seit Dezember erhält APF über Intelsat V Nachrichtenfilme beispielsweise der amerikanischen CBS, aber auch Material der BBC. Einer der beiden Redaktionsdirektoren, der Österreicher Peter Pirker, wird sich von Bonn aus *um deutsche Innenpolitik kümmern*, sein Kollege Armin Halle hält die Hamburger Stellung und ist der Moderator Nummer Eins.

„Bunt, aber sehr politisch“, so beschreibt Pirker das Programmziel für die Sendungen um 18.30 Uhr, 21.30 Uhr und gegen Mitternacht. Pirker wehrt sich gegen die Bezeichnung „*News Show*“ wie sie verschiedentlich durch die Zeitungsspalten geisterte. Diese Zuordnung könnte falsche Vorstellungen beim deutschen Publikum wecken. „Wie eine gute Zeitung“ will Pirker alle Ressorts und Sparten im Informationsprogramm vertreten wissen. Die Schwerpunkte sollen freilich täglich neu gesetzt werden. Halle: „Wir müssen mit Ideen gegen das große Geld antreten.“ Gemeint ist die großzügige Finanzlage der öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Mit dem Geld müssen die Privaten eher zurückhaltend umgehen. An Gesamtinvestitionen wurden in Hamburg 12,7 Millionen Mark verbraucht, davon 8,9 Millionen allein für Technik. Ein Vergleich: Das kürzlich eröffnete Sendezentrum des ZDF für die aktuellen Sendungen verschlang 552,5 Millionen Mark, Planung und Realisierung erstreckten sich auf zehn Jahre. Der Zwerg APF mußte mit zehn Monaten auskommen. Kostenbewußt will man auch im Produktionsbereich sein. Pro Sendeminute wurden Kosten von 1150 Mark errechnet. Bei der ARD kommt die Programm-Minute auf 4800 Mark. Ein Verhältnis also von 4:1.

Halle und Pirker ist klar, daß auch nach dem 1. 1. 85 die Kunst der Improvisation gefragt ist. Richtfunkstrecken, die wie bei ARD und ZDF eine Schaltung aus der Zentrale nach XY ermöglichen, stehen APF nicht zur Verfügung. Interessante Gesprächspartner und Kommentatoren müssen schon nach Hamburg eingeflogen werden.

Dennoch gab es „interessante Bewerbungen“ (Naeher) aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich, vor allem aus der Technik. Das Interesse von Technikern hat einen einleuchtenden Grund. Geschäftsführer Naeher: „Hier darf jeder alles machen, was er kann.“

Studie: Wachstumsschwäche durch Überbetonung von Großstrukturen

Von WILM HERLYN

Peter Jungen, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der CDU-Rheinland, hat gestern eine beeindruckende Analyse zur Leistungsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Sie ist die erste umfassende Darstellung, die sich nicht mit der reinen Analyse begnügt, sondern konkrete Schritte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aufzeigt.

In seinem Strategiepapier stellt er fest, daß die wirtschaftliche Lage von NRW gekennzeichnet ist durch eine überdurchschnittliche Wachstumsschwäche im Vergleich zum Bund. Die Gründe für diese Entwicklung liegen nach Ansicht von Jungen im Verharren der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik auf der einseitigen Betonung von Großstrukturen. Dabei nennt er insbesondere die Fortschreibung des historisch gewachsenen Übergewichts von Bergbau, Energiewirtschaft und eisenschaffender Industrie. Diese Betonung behindere aber die Entwicklung der kleinen und mittleren Strukturen. Vor allem der mittelständisch orientierte Maschinenbau, der zu den wenig prosperierenden Wirtschaftszweigen gehört, wird, so Jungen, seine führende Rolle in der Bundesrepublik bis 1988 an den *Maschinenbau in Baden-Württemberg* abgeben. Signifikant für diese Entwicklung ist die deutliche Wanderungsbewegung der Führungskräfte in den Süden. Jungen: „Das Knowhow folgt dem Kapitalfluß.“

Peter Jungen, selbst Vorstandsvorsitzender der Kölner PHB Weserhütte AG und gerade erst vom „Industriemagazin“ bei der Wahl zum Manager des Jahres 1984 auf Platz sieben gesetzt, schlägt vor, den wichtigsten und größten Arbeitgeber, nämlich den Maschinen- und Anlagenbau, entscheidend zu stärken. Diese Branche der kleinen Einheit beschäftigt 285 000 Personen.

Dabei müsse mit der Sensibilisierung der Politik für die Probleme dieser Bereiche ein Abbau von Subventionen einhergehen. Denn gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen sei es geradezu entmutigend, wenn die Politik den Eindruck erwecke, es gebe nur Mittel für Großstrukturen, etwa für Stahl und Kohle.

Der Einstieg in den Subventionsabbau müsse durch eine generelle Kürzung um fünf Prozent erreicht werden. Unumgängliche Subventionen seien zu befristen und degressiv zu gestalten. Dabei bedürfe etwa der Steinkohlebergbau zwar weiterhin staatlicher Unterstützung, doch müsse bei der Subventionierung die Ausschöpfung neuer Rationalisierungsreserven vorrangig sein und die Bemühung um den umweltfreundlichen Einsatz der Kohle bei der Kraft-Wärme-*Koppelung* verstärkt werden. Forschung und Industrie sollten sich stärker als bisher um das konkurrenzfähige Veredelungsprodukt Methanol kümmern, wobei die steuerliche Diskriminierung – Methanol wird doppelt so hoch besteuert wie herkömmlicher Kraftstoff – abgeschafft werden müsse. Langfristig liege die *Zukunft der Kohle auch in einem* neuen Verbund von Kohle und Kernenergie. Dabei würden Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern auch neue geschaffen durch Gewinnung und Export von Know-how und Anlagen.

In der Analyse zeigt Jungen auf, daß NRW über Branchen verfügt, die



stark exportorientiert sind. Der Anteil des Landes am gesamten Export des Bundes beträgt heute 30 Prozent. 1950 aber belief sich dieser Anteil noch auf 50 Prozent. Das bedeute, daß die Marktposition von NRW auch im Ausland schwächer werde. Um diese Entwicklung umzukehren, müsse vor allem kleinen und mittleren Firmen mehr Hilfestellung beim Zugang von Märkten gegeben werden. Dies könne über die Ausrichtung von Messen geschehen wie durch direkte Einflußnahme auf politische Stellen im Partnerland – eine Praxis, die der Stuttgarter Ministerpräsident Lothar Späth auf das Trefflichste vorführt.

Besonderes Gewicht legt der Wirtschaftsexperte auf seine Forderung, unternehmerische Aktivitäten und Gründungen zu erleichtern. Es sei „eine neue Gründungswelle in NRW notwendig“. Dabei sei es Aufgabe der Politik, das entsprechende Klima zu bereiten. Jungen sprach in diesem *Zusammenhang* von einem „Berliner Bewußtsein.“ Dort sei es gelungen, durch von der Politik geförderte Innovationen den negativen Trend auf dem Arbeitsmarkt umzukehren.

Der Rahmen müsse mit folgenden Punkten gezogen werden:

- Die Vielzahl von Förderprogrammen auf ein übersichtliches Maß reduzieren und diese koordinieren.
- Begleitende Berater, vom Land zur Verfügung gestellt, sollen häufig fehlende Managementerfahrung ersetzen.
- Steuerliche Nachteile – wie die Gesellschaftssteuer und die Kapitalverkehrssteuer – müssen beseitigt werden. Neugründungen, die ohnehin Kapitalmangel haben, werden dadurch zusätzlich belastet.
- Die Fungibilität von Gesellschaftsanteilen solle durch die Schaffung organisatorischer und steuerlicher Voraussetzungen erhöht werden.
- Neugründungen müßten steuerlich erleichtert werden durch die Möglichkeiten des Verlustrücktrages für die Gründer, durch Begünstigungen der Gewinne und Begünstigung des Erwerbs von Aktien neugegründeter Unternehmen.

Bei der Erschließung seiner Wachstumsfelder sollte Nordrhein-Westfalen Forschung und Entwicklung mit Schwerpunkten konzentrieren. Die Forschungen sollten marktnäher gestaltet werden – die Kooperation zwischen Instituten und den Unternehmen erheblich intensiviert. Dies könnte auch zu einem größeren finanziellen Spielraum der Hochschulen und Institute führen. Zu prüfen sei auch, inwieweit qualifizierte Kräfte an Hochschulen parallel in Unternehmen mitarbeiten könnten. Auf diese Weise würden wissenschaftliche Ergebnisse effektiver in die Wirtschaft transferiert und in marktfähige Produkte umgesetzt.

Dabei erinnert Jungen auch an den Vorschlag der rheinischen CDU vom September nach freien Wirtschaftszonen. Darunter falle auch die Vereinfachung baurechtlicher Vorschriften, Vorschriften des Gewerberechts oder Erleichterungen für die Geldinstitute und vereinfachte Zugangsmöglichkeiten zu den Kapitalmärkten für Neugründungen.

Mit diesem Konzept will Jungen ein Feld besetzen, daß im Bewußtsein der Bürger eine CDU-Domäne ist. Er erinnert daran, daß bei der vergangenen Bundestagswahl 1,6 Millionen früherer SPD-Wähler für die Union gestimmt hätten, weil sie bei der Union eine höhere Kompetenz in diesen Fragen erwarten. Jungen: „Wenn wir diese Erwartung jetzt nicht erfüllen, wird der Vertrauensverlust nicht mehr einholbar sein.“

„United States“ und das Risiko des Steuerzahlers

HDW-Werft winkt Auftrag für Umbau des US-Passagierschiffs

JAN BRECH, **Hamburg**

In Hamburg, dem vom wirtschaftlichen Glück nicht gerade verfolgtem Stadtstaat, wird wieder einmal gejubelt. Mit der Bewilligung einer Bürgschaft von 364 Mill. DM ist so gut wie sicher, daß die angeschlagene und um Beschäftigung ringende Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) den Großauftrag zum Umbau des amerikanischen Passagierschiffs „United States“ erhält. Das Volumen dieses Auftrages erreicht stattliche 400 Mill. DM, bringt im Hamburger Betrieb für gut anderthalb Jahre Beschäftigung und beglückt regionale *Zulieferer mit Aufträgen.*

Der Mann, der diesen größten und teuersten Passagierschiff-Umbau aller Zeiten nach Hamburg vergeben will, ist Richard H. Hadley. Er gilt als Bilderbuch-Unternehmer amerikanischer Prägung, der keine Risiko scheut, wo Profit lockt. Er war im Immobiliengeschäft, baute und verkaufte *Hotels. Das Hotelgeschäft* inspirierte ihn auch zum Aufkauf der 1952 in Dienst gestellten „United States“, die seit 13 Jahren vor sich hin rostet und die mit einem Alter von 32 Jahren eigentlich mehr ein Kandidat für die Abwrackwerft, denn für die Verwirklichung des Traums von einem Luxus-Passagierschiff ist. Hadley jedoch sieht das anders. Zwischen der US-Westküste und Hawaii will er mit dem schwimmenden Hotel ein neue Glück machen.

Er und alle Beteiligten werden dieses Glück brauchen. Denn den gewaltigen Finanzbedarf für den Umbau muß Hadley ausschließlich mit fremden Mitteln finanzieren, die später aus den Kreuzfahrt-Gewinnen zurückgezahlt werden sollen. Bei diesem hohen Risiko hätte HDW nie und nimmer den Auftrag ohne die staatliche Bürgschaft übernehmen können. Schon bei der Hapag-Lloyd-Werft, die sich vor einigen Jahren ebenfalls um den Auftrag bewarb, ihn wegen unüberschaubarer Risiken aber nicht weiter verfolgte, wußte man schon, geht die Sache schief, hat Hadley als Person nicht viel zu verlieren.

Wer verliert und ob außer Hadley sogar jemand gewinnt, ist bislang offen. Noch ist der Auftrag nicht unter Dach und Fach. Bis Ende dieses Jahres muß Hadley erst einmal die Finanzierung durch amerikanische Banken regeln. Bevor die „United States“ nämlich nach Hamburg kommen kann, muß ein wesentlicher Teil des Umbaus auf US-Werften erbracht werden. Dies hängt mit dem Jones Act, einem US-Schiffahrtsgesetz zusammen, wonach nur in Amerika gebaute Schiffe, die die US-Flagge führen und US-Mannschaften haben, direkt zwischen amerikanischen Häfen *verkehren dürfen.*

Sollte Hadley die Klippen in den USA nehmen und den Auftrag wirklich erteilen, bleiben noch immer viele Fragen offen. Das betrifft vor allem das Schiff selbst. An der Küste fragt man sich mit Verwunderung, warum Mister Hadley eigentlich für den stolzen Preis von 400 Mill. DM, *der im übrigen* unter Einbeziehung der Umbaukosten auf US-Werften auf rund 700 Mill. DM steigt, nicht gleich ein ganz neues Schiff baut. Immerhin hat Hapag-Lloyd für ihr Prachtschiff „Europa“ nicht einmal 200 Mill. DM bezahlt, und viel teurer war das supermoderne Passagierschiff „Royal Princess“ auch nicht, das *kürzlich in Finnland gebaut worden* ist.

Diese Frage ist um so berechtigter, als sich die „United States“ für ihren Zweck als Passagierschiff nur bedingt eignet. Das Schiff ist einst mit der Auflage gebaut worden, im Notfall auch als schneller Truppentransporter zu dienen. Das hatte sie zum schnellsten Passagierschiff gemacht, das je den Atlantik überquerte. Für den Einsatz als Kreuzfahrtschiff im Pazifik muß die „United States“ freilich weder schlank noch schnell sein.

Die ungeklärten Fragen überschatten den unbestrittenen beschäftigungspolitischen Effekt, von dem HDW profitieren würde. Dem Hamburger Betrieb fehlen Aufträge, und die permanente Unterbeschäftigung gefährdet die Existenz der Werft. Eine feste Beschäftigung für 1000 Mitarbeiter über 18 Monate könnte dazu beitragen, die schwere Krise zu überbrücken und das Leben von HDW zu verlängern. Dies und auch die positiven Ausstrahlungen in die Region haben Bonn wohl bewogen, die Bürgschaft zu bewilligen.

Die vorweihnachtliche Freude bei Werft und Mitarbeitern ist aus der Sicht der Steuerzahler allerdings verfrüht. Niemand kann ausschließen, daß das rostige Schiff von Mister Hadley letztlich auf seine Kosten umgebaut wird. Platzen die Kreuzfahrt-Träume, wird der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Es wäre fast ein Wunder, käme es anders.

Novelle soll Gericht entlasten

hey, **Bonn**

Die Zahl der von vornherein aussichtslosen Verfassungsbeschwerden soll reduziert werden, ohne daß der Grundrechtsschutz der Bürger gesenkt oder die Zugangsschwelle zum obersten deutschen Gericht erhöht wird. Angesichts von fast 4000 Verfahren 1983, von denen über 1800 Ende vergangenen Jahres noch nicht abgeschlossen waren, muß nach den Worten von Justizminister Hans Engelhard das Bundesverfassungsgericht „dringend entlastet“ werden.

Gegenüber 1972 habe sich inzwischen die Flut der Eingänge mehr als verdoppelt. Das Bundeskabinett will deshalb mit einer Gesetzesnovelle erreichen, daß sich die Richter wieder auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren können. Künftig sollen unter anderem bis zu 1000 Mark als „Unterliegungsgebühr“ erhoben werden, wenn eine Verfassungsbeschwerde oder eine Beschwerde im Wahlprüfungsverfahren als „eindeutig aussichtslos“ zurückgewiesen wird. Bei einer mißbräuchlichen Anrufung soll diese Gebühr sogar bis zu 5000 Mark betragen können.

WDR-Sendung ein „Skandal“

DW. **Bonn**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Schirmherr des Afghanistan-Komitees, Jürgen Todenhöfer, hat gegen die Afghanistan-Sendung des WDR scharf protestiert (WELT v. 19. 12.). Todenhöfer erklärte, es sei schon ein trauriges Beispiel, wie wenig die deutschen Fernsehmedien im Vergleich mit ihrer Vietnam-Berichterstattung über den Völkermord in Afghanistan berichteten. Daß allerdings bei einer Fernsehdiskussion des WDR die Befürworter des sowjetischen Völkermordes in Afghanistan zu Wort kämen, nicht aber die afghanischen Vertreter der Millionen Opfer, sei ein unerträglicher Skandal.

Der Westen habe für das überfallene, gefolterte und gequälte afghanische Volk bisher außer großen Reden wenig getan. Daß der WDR sich seinen Unterdrückern jedoch nun auch noch als kostenlose Propagandabühne zur Verfügung stelle und damit den afghanischen Freiheitskämpfern öffentlich ins Gesicht schlage, sei der moralische Tiefstand in der deutschen Fernsehberichterstattung über Afghanistan.

Gericht: Wahl bei IG Bau „nichtig“

rtr, **Frankfurt**

Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat gestern die Wahl der Mehrheit der Mitglieder des Bundesvorstandes der IG Bau, Steine, Erden auf dem Gewerkschaftstag 1982 für nichtig erklärt. Der Neunte Zivilsenat, der nur die Wahl des Bundesvorsitzenden Konrad Karl und seines Stellvertreters Bruno Köbele anerkannte, wies damit die Berufung der Gewerkschaft gegen eine Entscheidung des Landgerichts vom 16. September 1983 überwiegend ab.

Die Gewerkschaft will Berufung gegen das Urteil einlegen, mit dem in zweiter Instanz die Klage des Stuttgarter IG Bau-Mitglieds Werner Röhm bestätigt wurde. Das OLG erklärte auch zwei wichtige Beschlüsse des Gewerkschaftstages für ungültig, mit denen die Zahl der Vorstandsmitglieder von neun auf sieben verringert und satzungsändernde Beschlüsse mit einfacher Mehrheit ermöglicht worden waren. Begründet wurde das Urteil mit Rechtsverstößen im Wahlvorgang und Mängeln bei der Einberufung des Gewerkschaftstages.

Der zuständige Mann hat Tagebücher nie gelesen

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Nach rund vier Monaten einer sich zumeist mühselig dahinschleppenden Hauptverhandlung ist die Große Strafkammer II des Hamburger Landgerichts in dem Betrugsprozeß *um die gefälschten Hitler-Tagebücher* nun bei den Zeugen angelangt, die ab 1981 die Millionen für den vermeintlichen Medienknüller des Jahrhunderts lockergemacht haben. Mit dem heutigen Unternehmensberater Jan Hensmann (43), der nebenher als Honorarprofessor an der Universität Münster lehrt, saß in den vergangenen beiden Tagen einer der damaligen Topmanager aus dem Verlagshaus Gruner und Jahr auf dem Zeugenstuhl. Als stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Leiter des Unternehmensbereichs Zeitschriften war Hensmann, der bei G+J eine rasante Karriere gemacht hatte, der nach der Geschäftsverteilung für das Tagebuch-Projekt zuständige Mann.

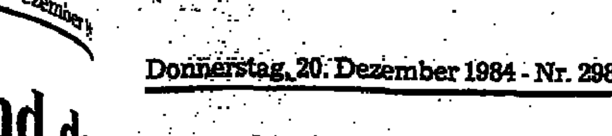
Im Gerichtssaal trat ein Manager im obligaten grauen Flanell auf. Seine insgesamt knappen Antworten stellten die Fähigkeit des Gerichts, Tatsachenschilderungen von Schutzbehauptungen zu trennen, auf eine harte Probe. Dementsprechend bohrend waren die Fragen des Vorsitzenden: „Hängt Ihr Ausscheiden bei Gruner und Jahr mit den Tagebüchern zusammen?“

„Danach werde ich häufig gefragt – eindeutig nein.“ Der Professor im Zeugenstand trug dann seine „Involvierung“ in den Fall vor, die am 27. Januar 1981 mit der bekannten Visite des damaligen „Stern“-Reporters Gerd Heidemann, seines Ressortleiters Thomas Walde und des stellvertretenden „Stern“-Verlagsleiters Wilfried Sorge bei dem Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer und Hensmann begann. Heidemanns sorgfältig komponierte Präsentationsmappe über den Flugzeugabsturz bei Börnersdorf hinterließ auch bei Hensmann großen Eindruck: „Das war alles mit so viel Sorgfalt recherchiert und dokumentiert, da paßte ein Baustein zum anderen, dieser Geschichte mußte man einfach Glauben schenken.“ Das galt auch für Heidemanns folgenschwere Versicherung: „Über die Echtheit des Materials besteht kein Zweifel.“

Der Verlauf dieser Konferenz ist sattsam bekannt, nicht jedoch das edle Motiv, das die Vorstandsherren bei Gruner und Jahr leitete – es ging nämlich nicht primär darum, Kasse zu machen. Hensmann: „Die Tagebücher interessierten uns nicht der wirtschaftlichen, sondern der publizistischen Relevanz wegen. Ich war der Auffassung, der ‚Stern‘ könne das nicht an sich vorbeigehen lassen. Die Geschichte war nicht zum Verdienen gemacht.“ Insbesondere vor dem Hintergrund dieser Aussage war aufschlußreich, was der Honorar-Professor Hensmann dann auf entsprechende Fragen einräumen mußte: Die Tagebücher selbst habe er nie gelesen; Heidemann habe ihm lediglich einige Passagen vorgelesen. Er selbst habe aber die „journalistische Verpflichtung“ gesehen, die Sache zu machen: „Wenn es in Deutschland ein Organ gibt, das so etwas veröffentlichen kann, dann ist es der ‚Stern‘.“ Anwesende Redaktionsmitglieder der Illustrierten blickten bei diesen Worten finster auf ihre Notizblöcke.

Als dann im späteren Verlauf des Projekts Gutachten zur Echtheit vorlagen, hat Hensmann seiner Aussage zufolge auch diese Papiere „im Detail nie selbst gelesen“. Völlig ins Schleudern geriet der Zeuge, als der Vorsitzende auf die Rechte an den Tagebüchern zu sprechen kam. Hensmann, der im Frühjahr 1983 intensiv über Lizenzverträge mit ausländischen Verlagen verhandelt hatte, konnte dem Gericht nicht schlüssig erklären, wie die Rechtslage war. Gruner und Jahr jedenfalls habe nur „Veröffentlichungsrechte verkaufen“ wollen. Den Verhandlungspartnern habe der Verlag seine rechtliche Position offengelegt, daß dem „Stern“ über das Bundesarchiv die Rechte zustünden.

Als der Richter nachforschte, welche Rechte denn vom Bundesarchiv übertragen worden seien, meinte Hensmann stockend: „Ich war nicht involviert.“ Und auf die weitere Frage, *warum man denn den „kleinen* Reporter Heidemann“ beim Bundesarchiv als Vertragspartner vorgeschoben habe, blieb der Verfasser zunächst die Antwort schuldig und bekannte dann: „Die Frage überfordert mich.“



KP Frankreichs stimmt gegen Haushalt 1985

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die 43 kommunistischen Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung haben am frühen Mittwochmorgen geschlossen gegen den Haushaltsentwurf der Regierung Fabius für 1985 gestimmt. Sie begründeten ihr negatives Votum mit der Ablehnung aller elf Zusatzanträge, die die KP-Fraktion vorher gestellt hatte. Die meisten dieser Anträge liefen auf eine höhere Besteuerung der hohen Einkommen hinaus.

Auch die beiden Oppositionsparteien (Gaullistische Sammlungsbewegung und Giscards Union für die französische Demokratie) stimmten gegen den Entwurf. Der Haushalt wurde von den Sozialisten allein angenommen, die mit 268 Abgeordneten in der Kammer über die absolute Mehrheit verfügen.

Mit ihrem Votum gegen das wichtigste Gesetz der Regierung hat die KPF die letzte Konsequenz aus dem Bruch der Koalition im vergangenen Juli gezogen, als der neue Premierminister Laurent Fabius die vier zum Vorgänger-Kabinett Mauroy gehörigen kommunistischen Minister nicht mehr in die neue Regierungsmannschaft aufnahm.

Die KPF hatte Fabius vorher das Ultimatum gestellt, von der unter Mauroy eingeleiteten Sanierungspolitik für die Wirtschaft Abstand zu nehmen. Fabius war nicht darauf eingegangen.

Seitdem *hatte die* KPF *keine* Gelegenheit zur Kritik an der Regierungspolitik ausgelassen. Besonders heftig wandte sie sich gegen den Haushaltsentwurf, der wie im abgelaufenen Jahr den Akzent auf die Modernisierung der Industrie bei scharfem Abbau von überhängigen Arbeitsplätzen und vermehrtem Kampf gegen inflationäre Lohnpolitik legt.

Mit einer solchen *Politik* sei die Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen von 1986 „vorprogrammiert", sagten KPF-Sprecher. „Das Budget ist nicht gut. Wir haben das *immer gesagt und haben nur konse*quent gehandelt", erläuterte Ex-Transportminister Charles Fiterman gestern im Rundfunk. Auf die Frage, ob seine Partei jetzt in der Opposition sei, sagte Fiterman: „Wir sagen jedesmal, wenn etwas schlecht ist, aber in der Opposition ist nur die Rechte."

Weinberger ist mit dem Militäretat zufrieden

Kürzungen gefährden das MX-Raketenprogramm nicht

FRITZ WIRTH, Washington

Im Tauziehen innerhalb der Reagan-Administration um eine Reduzierung des Budgetdefizits hat es unter vielen Verlierern gestern den ersten deutlichen Sieger gegeben.

Verteidigungsminister Caspar Weinberger erschien erleichtert und selbstzufrieden vor der Presse, um trotz einiger Kürzungen ein in der Substanz unverändertes und unbehelligtes Militärbudget in Höhe von 277,5 Milliarden Dollar anzukündigen. Er nannte diesen Etat, der 8,7 Milliarden Dollar unter seinen bisherigen Forderungen liegt, „sehr zufriedenstellend". Die Kürzungen seien beträchtlich, aber nicht so, daß sie das amerikanische Verteidigungskonzept lähmen könnten.

Weinberger verdankt diesen Sieg einem Machtwort des Präsidenten Ronald Reagan. *Reagan* hatte sich über die Empfehlung seines Etat-Direktors Stockman hinweggesetzt, der vorgeschlagen hatte, das amerikanische Verteidigungsbudget in den nächsten drei Haushaltsjahren um insgesamt 58 Milliarden Dollar zu kürzen. Reagan dagegen stimmte für den gleichen Zeitraum nur einer Etatkürzung von 28,1 Milliarden Dollar zu.

Ob dieses Machtwort des Präsidenten in diesem Hausstreit zwischen den Ministerien auch das letzte Wort war, muß jedoch bezweifelt werden. Äußerungen von Kongreßmitgliedern lassen vermuten, daß Reagan und Weinberger von dieser Seite auf entschiedenen Widerstand stoßen werden, der teilweise sogar aus seiner eigenen Partei kommt.

Signale an die Sowjets

Zum schärfsten Kritiker des Verteidigungsetats hatte sich in den letzten Wochen der republikanische Senator Barry Goldwater aufgeschwungen, der als Vorsitzender des Militärausschusses des Senats in diesen Auseinandersetzungen eine erhebliche Rolle spielt. Goldwater hatte unter anderem ein Einfrieren des Verteidigungsetats und ein Ende des MX-Raketenprogramms vorgeschlagen.

Weinberger jedoch wies diese Forderungen jetzt mit dem Argument zurück, daß diese Vorschläge besonders zu diesem Zeitpunkt, am Vorabend des Genfer Abrüstungsdialogs, die falschen Signale an die Sowjets senden würden. Er betonte, daß die nunmehr von ihm gebilligten Etatkürzungen von 8,7 Milliarden Dollar keines der gegenwärtig laufenden Modernisierungsprogramme gefährden würde, daß also der B-1-Bomber, die Trident-II-U-Boot-Flotte und das MX-Raketensystem unbehelligt blieben.

Die Einsparungen sollen durch Kürzungen in der Besoldung der Soldaten erreicht werden, so daß eine zunächst geplante Erhöhung von elf Prozent über die nächsten zwei Jahre auf acht Prozent reduziert wird.

Gehälter gekürzt

Außerdem werden die Gehälter der Zivilangestellten im Pentagon um fünf Prozent gekürzt. Nahezu eine Milliarde Dollar sollen durch Sparmaßnahmen im Kraftstoffverbrauch eingebracht werden.

Die Entscheidung Reagans zugunsten Weinbergers zeigt, daß die Wiederherstellung der militärischen Stärke der amerikanischen Streitkräfte, die unter den letzten Präsidenten vernachlässigt worden war, für ihn immer noch eine beträchtliche Priorität hat. Sie widerlegt Spekulationen, daß Reagan in seiner zweiten Amtszeit in dieser Hinsicht zu Kompromissen bereit sei.

Er hat *mit* dieser Entscheidung jedoch zugleich sein langfristiges Ziel erschwert, das Haushaltsdefizit seiner Regierung bis zum Jahre 1988 auf 100 Milliarden Dollar, also um die Hälfte zu reduzieren. Sein Pressesprecher Speakes versicherte gestern zwar, daß dies auch nach den Zugeständnissen an Verteidigungsminister Weinberger nach wie vor das Ziel des Präsidenten sei.

Da Ronald Reagan Steuererhöhungen jedoch nach wie vor ausschließt, bedeutet es, daß andere Ressorts seiner Administration noch stärker als bisher zur Kasse gebeten werden. Wegen der wachsenden Asymmetrie der Belastungen dieser Ministerien im Vergleich zum Verteidigungsministerium dürfte es für den Präsidenten schwer werden, dieses Budgetpaket an den zunehmend agressiver reagierenden Kongreß zu verkaufen.

„Pressefreiheit nahm 1984 noch weiter ab"

dpa, London

Die freie Meinungsäußerung ist ein „sterbendes Recht", konstatiert das *Internationale Presse-Institut (IPI)* in London in seinem jüngsten Jahresbericht. Im vergangenen Jahr seien immer mehr Journalisten ausgewiesen, ins Gefängnis geworfen oder ermordet worden. Eine wachsende Zahl von Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen seien unter Gewaltanwendung geschlossen worden. Viele Journalisten seien im Gefängnis, weil sie versucht haben, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu vermitteln. Dazu gehöre der frühere IPI-Vorsitzende, der Nigerianer Lateef Jakande, der ohne Anklage und Urteil in Lagos eingekerkert sei.

Nur die Publizierung der Verstöße und der Druck der internationalen Öffentlichkeit könnten autoritäre Regimes zum Nachdenken bringen, heißt es im IPI-Bericht. Länder, die gegen *die Pressefreiheit handelten*, seien in der Minderzahl: „Die Zahl jener, die so glücklich sind, die volle Freiheit der Meinungsäußerung aufrechtzuerhalten, wird jedes Jahr ge*ringer, während die Repression sich* weiter über den Erdball verbreitet."

Immer noch aber kämpfe ein Teil der Branche für die wahren Traditionen der Presse: mit Anprangerung unrechtmäßiger Handlungen, Kampagnen für höhere Standards und Hilfe für jene, die in Schwierigkeiten sind. Die Medien könnten immer noch eigene Schlagzeilen machen: Ein BBC-Film über den Hunger in Äthiopien veranlaßte innerhalb von Stunden nach seiner Vorführung überall in der Welt auch Zeitungen zu eigenen Appellen, die riesige Summen für die *Opfer* erbrachten. *Der* französische Fernsehjournalist Jacques Abouchar, der in Afghanistan zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, säße ohne den Aufschrei *der Weltpresse vielleicht immer* noch in einem Gefängnis in Kabul.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nur der Haß auf Indira einte Indiens Opposition

Zerrissen gehen die Parteien in die Parlamentswahl

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Wir unterstützen Opportunisten, sorgen dafür, daß Familienangehörige von Politikern Führungsposten in den Behörden erhalten und unterstützen alle Partei-Überläufer. Jedes Jahr werden wir einen Opportunisten-Preis ausschreiben."

Was wie eine Parodie auf indische Politik klingt ist – ganz ernsthaft – Wahlprogramm der „Indischen Opportunistischen Partei". Ihr einziger Kandidat für die indischen Parlamentswahlen am 24. Dezember, der Ölhändler Aggarwal, zählt sich zu den über 2000 „Unabhängigen", die einen der 512 Parlamentssitze besetzen wollen.

Ihre Chancen sind freilich weitaus geringer als die der Kandidaten der großen Oppositionsparteien, der rechts-konservativen Bharatiya Janata Partei (BJP), der Bauernpartei DMKP *und der sozialistisch* angehauchten Janata, die jetzt, in der Endphase des Wahlkampfes vor allem auf die Besonderheiten des indischen Direktwahl-Systems bauen, wo es um Sitze und weniger um Anteil an Stimmen geht. „Zwei Prozent Stimmen", so meinen Oppositionsführer, „können uns schon so viele Sitze bringen, daß wir unter Umständen die Kongreß-Partei schlagen können."

Denn ihre Chance durch Einigkeit und ein gemeinsames politisches Programm, die regierende Kongreßpartei von Ministerpräsident Rajiv Gandhi möglicherweise stürzen zu können, haben sich die Führer der Oppositionsparteien selber verbaut. Streit um Vorrangstellung, persönliche Animositäten der Oppositionsführer untereinander, haben in den letzten *zwölf Monaten den ursprünglich ge*planten Zusammenschluß aller Oppositionsparteien verhindert.

Lediglich dem Bauernführer Charan Shingh, der 1979 für wenige Mo*nate Ministerpräsident war, ist es* in letzter Minute gelungen, seine Lok-Dal-Partei mit vier weiteren Oppositionsgruppierungen darunter der Demokratischen Sozialistischen Partei Bahugunas zur Dalit Mazdoor Kisan Party (Partei der unterdrückten Bauern) zusammenzuschließen. Die dann als „Rettungsanker" vorgesehene hundertprozentige Absprache mit nicht-fusionswilligen Parteien, wie den beiden kommunistischen CPI und CPI (M), der Bharatia Janata Partei und der Janata-(Volks-)Partei schlug ebenfalls fehl.

Geplant war, den nach dem letzten Wahlergebnis jeweils stärksten Kandidaten einer der Oppositionsparteien, gleich welcher Couleur, gegen die Kandidaten der Kongreß Partei ins Rennen zu schicken. Nur 200 „Konsensus-Kandidaten" konnten gegen 496 der Kongreß-Partei aufgestellt werden. Viele Parteimitglieder waren nicht bereit, einem chancenreicheren Kandidaten einer anderen Oppositionspartei den Vortritt zu lassen. Doch auch die 200 „potentiellen Wahlsieger" werden es schwer haben. So muß durch geschickte Kandidatenauswahl Rajiv Gandhis der beliebte Bahuguna in seiner Hochburg, der Stadt Allahabad, gegen den Kongreß-Kandidaten Amitab Bachchan antreten, der als Filmstar Nummer eins die Massen begeistert. Maneka Gandhi, die Witwe von Rajivs Bruder Sanjay, tritt im Wahlkreis Amethi für ihre RSM-Partei gegen Rajiv an, „ein aussichtsloses Unternehmen," wie einer von Rajivs Wahlkämpfern meint.

Uneinigkeit demonstriert die Opposition auch in ihren Wahlprogrammen. Ihrer früheren „gemeinsamen Plattform" – Indira Gandhi zu stürzen und einer Gandhi-Dynastie Einhalt zu gebieten – durch den Tod der Ministerpräsidentin beraubt, haben sich die Oppositionsparteien in Allgemeinplätze oder kaum durchführbare Programme als Wahlkampfthemen geflüchtet. So verspricht die *BJP* eine Festigung der Einheit Indiens und Wohlstand, die Janata-Partei *mehr Demokratie* und weniger Bürokratie und die DMKP gar „Kampf dem Luxus durch höhere Steuern" *und Entwicklung vor* allem der Dörfer.

„Die Opposition bietet ein Bild wie 1979", meint ein Händler in Neu-Delhi, und er ist sich darin mit vielen *einig, die die Uneinigkeit der drei gro*ßen Oppositionsparteien zu deren Regierungszeit nicht vergessen haben. Streit zwischen Janata-Partei und der Lok Dal und Mißtrauen unter den regierenden Politikern führte schließlich zum Sturz der Oppositionsregierung und zum haushohen Sieg Indira Gandhis im Jahre 1980. In der Folgezeit gelang es Indira Gandhi auch, die konservativen Hindus, traditionell Wähler der BJP, zumindest teilweise auf ihre Seite zu ziehen.

Verteidigungspläne Athens irritieren die NATO-Partner

E. ANTONAROS, Athen

Eine vom griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou angekündigte neue „Verteidigungsdoktrin" läßt viele Fragen über die wahren Absichten der Athener Sozialisten offen. Ohne Einzelheiten preiszugeben, hat ein griechischer Regierungssprecher jetzt in Athen mitgeteilt, daß Griechenlands oberster Verteidigungsrat in seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien die Modalitäten dieser neuen Grundsätze verabschieden will.

Dabei geht es – wie Papandreou während einer Parteiversammlung ankündigte – um eine Umgruppierung der griechischen Streitkräfte. Weil nach Papandreous Angaben die „wirkliche Gefahr" nicht vom Norden, also vom Warschauer Pakt, sondern aus dem Osten, also vom NATO-Mitglied Türkei, komme, müßten die griechischen Streitkräfte anders gegliedert werden.

In Ankara sagte ein Sprecher des Außenministeriums, daß Papandreou nunmehr offenbar dabei sei, selbst die Phobie einer künstlichen türkischen Gefahr zu empfinden, die er aus innenpolitischen Überlegungen geschaffen habe. Ankara hat gleichzeitig an die NATO appelliert, „eine ernsthafte Diagnose" über das grie*chische Verhalten vorzunehmen.* Griechenlands Zugehörigkeit zur Allianz sei eben eine Fiktion. Auch ein Sprecher des State Department reagierte mit Befremden auf Papandre*ous noch* recht ungenaue Ankündigungen und äußerte Zuversicht, daß dadurch angesichts der relativ günstigen Aussichten auf eine Verständigung zwischen Griechen und Türken auf Zypern „keine zusätzlichen Spannungselemente" entstehen würden.

In Griechenland sind Papandreous bombastische Ankündigungen ebenfalls auf Kritik gestoßen. Zwar be*trachtet die große Mehrheit aller Grie*chen die Türkei tatsächlich als die große Gefahr für die territoriale Integrität Griechenlands. Aber Oppositionspolitiker weisen darauf hin, daß Papandreous weitgehend innenpolitisch motivierte Haltung – bei den Parlamentswahlen, die spätestens im Oktober 1985 stattfinden müssen, will er linke Stimmen gewinnen – Griechenlands Partner verärgern werde, ohne ihm konkrete Vorteile einzubringen. (SAD)

Peking interessiert sich wieder für Moskau

Wirtschaftsfragen dominieren beim Besuch Archipows

OSKAR WEGGEL, Hamburg

Mit dem ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Ivan Archipow kommt zum erstenmal nach einer Pause von 25 Jahren wieder ein sowjetischer Spitzenpolitiker nach China. Zwar hatte auch Ministerpräsident Kossygin auf dem Höhepunkt des Ussuri-Konflikts im Herbst 1969 vorzusprechen versucht, doch war er von Zhou Enlai damals auf demonstrative Weise am Pekinger Flughafen abgefangen worden.

Archipow sollte China eigentlich schon im Mai besuchen, hatte seinen Besuch damals allerdings mit der Begründung „ungenügender Vorbereitung" abgesagt; vermutlich paßte der chinesisch-vietnamesische Spannungszustand, der sich damals gerade wieder einem neuen Höhepunkt näherte, nicht in sein Besuchskonzept.

Im Mai begann auch eine neue beiderseitige Pressekampagne, in der Moskau die chinesische Unversöhnlichkeit anprangerte, während China den Sowjets die Stationierung von 135 SS-20-Raketen östlich des Ural und die Verstärkung der Pazifikflotte vorwarf.

Im Juli entsandte Peking seinen stellvertretenden Außenminister und Grenzunterhändler Qian Qichen nach Moskau, und seitdem deutet sich ein Stimmungswandel an: Die Außenminister beider Staaten trafen sich demonstrativ am Rande der UN-Vollversammlung in New York, Moskau gratulierte den Chinesen „herzlich" zum 35. Jahrestag, der „volksdiplomatische" Delegationenaustausch nahm schnell zu, in Zentralasien wurden zwei Grenzübergänge nach Jahrzehnten wieder geöffnet. Im Oktober 1984 fand die fünfte Konsultationsrunde jener „Normalisierungs"-Gespräche statt, die bereits im Oktober 1982 begonnen haben und die seitdem im März-Oktober-Rhythmus fortgesetzt worden sind.

Auch die fünfte Runde brachte zwar keine konkreten Ergebnisse, da Moskau nicht bereit war, die drei chinesischen Hauptforderungen (Truppenrückzug aus Afghanistan, Verringerung der sowjetischen Streitkräfte an der chinesischen Nordgrenze, Beendigung der Unterstützung Vietnams) zu erfüllen. Doch hatte die chinesische Führung in der Zwischenzeit offensichtlich beschlossen, dem Wirtschaftspartner Sowjetunion verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dies beweisen denn auch die Außenhandelszahlen. Hier wird zum Jahresende 1984 eine Verdoppelung des Volumens gegenüber 1983 (von damals 800 Millionen US-Dollar auf inzwischen rund 1,6 Milliarden) erwartet. Zum Vergleich: Selbst die Bundesrepublik Deutschland, hinter Japan, Hongkong und den USA viertstärkster Handelspartner Chinas, kommt 1984 nur auf voraussichtlich zwei Milliarden US-Dollar Gesamtvolumen.

Für Wirtschaftsfragen ist Archipow der richtige Mann: Er hatte in den fünfziger Jahren die sowjetischen Wirtschaftsleistungen an das damals noch eng befreundete China koordiniert.

Für das mitten im Modernisierungsprozeß stehende China könnte die Sowjetunion auch heute wieder interessant werden – und zwar sowohl als Nachrüster für die vor drei Jahrzehnten gelieferten und inzwischen ertüchtigungsbedürftigen Fabriken als auch als Mitbewerber bei Neuaufträgen, die China zu vergeben hat; vor allem scheint die Sowjetunion bei den von China geplanten Kernkraftwerken mitbieten zu wollen, für die sich bereits die deutsche KWU, die britisch-amerikanische General Electrics und das französische Framatome interessieren. Je mehr Anbieter, desto niedriger die Preise: So geschickt bringt China die sowjetische Karte ins Spiel!

Ivan Archipow wird morgen in Peking erwartet FOTO: DPA

Wirtschaftsfragen also sind es, die auf der Agendaliste stehen. Grenz-, Grenzschiffahrts- und Normalisierungs-Fragen sind anderen, bereits etablierten, Gesprächsrunden überlassen, werden aber freilich ganz unvermeidlich die Verhandlungsatmosphäre mitbestimmen, vor allem dann, wenn Archipow von Deng Xiaoping, „dem starken Mann" Chinas, empfangen wird.

Man darf gespannt sein, ob auch Generalsekretär Hu Yaobang mit dem sowjetischen Gast zusammentrifft. Dies wäre eine Andeutung in Richtung auf die Wiederaufnahme von Parteibeziehungen. Nach all den chinesischen Propaganda-Attacken gegen die angemaßte „Vaterrolle" der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung scheint dies unwahrscheinlich, zumal Peking ja gegenüber dem Marxismus überhaupt auf Distanz geht.

Andeutungsweise heißt es hierzu in einem Beitrag der „Volkszeitung": „Daß die chinesisch-sowjetischen Beziehungen wieder das werden, was sie in der Geschichte einmal waren, ist unrealistisch und unmöglich. Andererseits wollen wir keine gespannten Beziehungen und schon gar keinen Krieg. Länder mit verschiedenen politischen Systemen (sic!) können gute Beziehungen wahren, solange sie sich an die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz halten."

Zwei wichtige Punkte sind hier angedeutet, nämlich die Verschiedenheit der beiderseitigen politischen Systeme und der Wunsch Chinas nach friedlicher Koexistenz. Friedliche Koexistenz heißt freilich unter anderem auch Nichteinmischung – und hier tauchen für die Chinesen sofort wieder Afghanistan und Kambodscha auf. Kein Wunder, daß China seinem Wunsch nach friedlicher Koexistenz mit der Sowjetunion auch immer gleich den Satz anhängt, daß die „Hauptrichtung der chinesischen Außenpolitik im Kampf gegen den Hegemonismus und für den Weltfrieden" bestehe.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Richter und die Politik

In seinem Artikel „Der Verteiler der Nation" (WELT vom 12. November 1984) schreibt Wilfried Hertz-Eichenrode, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Zeidler, bringe „sich um alles Vertrauen, wenn er sich dem Verdacht" aussetze, er orientiere „sich mehr an einer verteilungssüchtigen Ideologie als an den Gesetzen". Dem kann nur zugestimmt werden.

Hinzuzufügen ist aber leider, daß das Bundesverfassungsgericht die in Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes bestimmte Gebundenheit der Rechtsprechung an das Gesetz längst aufgegeben hat. In seinem Beschluß vom 13. Februar 1973 (Band 34 Seite 287 der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts) behauptet der 2. Senat in offenem Gegensatz zum Grundgesetz, „der Richter" sei „nach dem Grundgesetz nicht darauf verwiesen, gesetzgeberische Weisungen in den Grenzen des möglichen Wortsinns auf den Einzelfall anzuwenden". Das ist eine offene Absage an die verfassungsrechtliche Gesetzesgebundenheit der Rechtsprechung, an die Gewaltenteilung und an den Rechtsstaat. Das Bundesverfassungsgericht hat damit sich selbst als frei disponierenden Herrn über Gesetz und Recht gestellt.

Als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts hat Zeidler 1979 erklärt, daß dieses Gericht „eher eine bremsende Funktion" ausüben müsse, wenn die politisch Verantwortlichen „sehr reformfreudig" seien, und andererseits „wieder mehr" „Motor" werden müsse, wenn sie stärker konservativ eingestellt seien (WELT vom 30. April 1979). Diese Ausführungen bedeuten, daß das Bundesverfassungsgericht seinen Entscheidungen nicht das Grundgesetz, sondern den ideologischen Glauben an konstant fortschreitende „Reformen" zugrundelegt und diese den Bundesbürgern als „Motor" oder „Bremse" aufzwingt.

Bei den „Reformen" ist die „Mitte" zwischen extrem hoher und extrem niedriger Geschwindigkeit einzuhalten. Bleiben Regierung und Parlament hinter der Mindestgeschwindigkeit zurück, fehlt „die Möglichkeit der Reform". Dann „wird" nach den Worten des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts „Revolution legitim". In diesem Falle ist also das Ziel der „Reform" gewaltsam durchzusetzen.

Die Zielrichtung des „Motors" der von Zeidler jetzt verlangten „Reform" der Grundstücksbesteuerung geht gegen das Eigentumsrecht. Die von ihm geforderte Ablösung der heutigen Einheitswerte durch die Verkehrswerte würde eine Sturzflut von steuerlich erzwungenen Grundstücksverkäufen zu Schleuderpreisen auslösen. Als Käufer kämen kirchliche und anderen Baugesellschaften, z. B. der Gewerkschaftsbaukonzern „Neue Heimat", in Frage.

Genau das war das Ziel der von den beiden Kirchen unter Zustimmung des damaligen Bundesjustizministers Dr. Vogel (SPD) in einem „Memorandum zum Baubodenrecht" (März 1973) erhobenen Forderungen an den Gesetzgeber, durch die eine „ungerechte Besitzverteilung" geändert, „das Angebot an Bauland" vermehrt, eine „plangerechte Bebauung" durchgesetzt, der Grundstücksmarkt „mobilisiert" werden sollte. „Eine der hervorragendsten Möglichkeiten" der „Mobilisierung" heißt es in dem Memorandum, sei die „Abgabenpolitik" „durch Steuern, die den Bodeneigentümer regelmäßig wiederkehrend treffen". Mitglied der „Kammer für soziale Ordnung", die das Memorandum seitens der EKD verfaßt hat, war der damalige Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter. Die damalige SPD/FDP-Regierung plante eine Änderung des Bodenrechts (Regierungserklärung vom 18. Januar 1973). Nach den SPD-Vorschlägen sollte ein „Nutzungseigentum" eingeführt werden, bei dem der „Nutzungseigentümer" zur laufenden Zahlung eines Nutzunggsentgelts verpflichtet sein sollte.

Professor Dr. Ernst Wolf, Marburg/Lahn

Betroffener

„Leserbrief: Engelhard widerlegt": WELT vom 10. November

Frau Damm bemängelt, daß das Scheidungsrecht ein bißchen realistischer wird. Wenn man genug Vermögen besitzt oder ein hohes Gehalt bezieht, dann spielt dies auch keine Rolle. Ich jedoch bin selbständiger Einzelhändler, der sein Geschäft alleine führt, dem es schwerfällt, überhaupt finanziell über die Runden zu kommen. Deshalb trifft mich das jetzt noch geltende Scheidungsrecht mit voller Härte: Meine Frau ist zu einem gut verdienenden Angestellten gezogen, lebt mit ihm zusammen und führt ihm den Haushalt. Auch unser gemeinsames, jetzt neun Jahre altes Kind wurde mitgenommen und wie ein Automat woanders aufgestellt.

Als meine Frau sich absetzte, hinterließ sie mir alle Verpflichtungen. Nun bekommt sie kontinuierlich Prozeßkostenhilfe, was besagt, daß sie nur noch fordert, aber von Pflichten nichts wissen will. Sie ist Dauerkunde beim Anwalt und kann mich somit finanziell ruinieren.

Da wir uns in einer sogenannten christlichen Gesellschaft befinden, frage ich, wie mit den Geboten zu vereinbaren ist, daß die Frau hierfür vom Gesetzgeber noch belohnt wird. War der Gesetzgeber bis jetzt blind gegen den Kummer und das Leid von Hunderttausenden von Männern, die zum Schluß total ruiniert waren?

Mit freundlichen Grüßen H. Reddig, Ludwigshafen

Wort des Tages

»Man entgeht der Gefahr nicht dadurch, daß man ihr den Rücken kehrt, weil man ihren Anblick nicht erträgt. Noch keiner hat je die Freiheit auf leichtem Wege gewonnen. Welch hochfahrende Dummheit, die Menschen in gute und böse einteilen zu wollen. Aber welche Feigheit auch, sich vor dem Urteil zu scheuen, ob einer falsch oder richtig handelt.«

Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg; deutscher Politiker (1921–1972)

Zwangsanleihe

„Die Einsicht"; WELT vom 13. Dezember

Wochenlang ist über einen Ersatz für die vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärte Zwangsanleihe gesprochen und geschrieben worden. Die WELT war maßgeblich daran beteiligt. Von Neid und Leid, Bestrafung und Strafsteuer war da die Rede (Peter Gillies am 8. und 11. Dezember 1984). Leider keine Argumente, nur klassenkämpferische Töne. Nun ist die Sache wohl vom Tisch. Die „Neidsteuer", eine Wortschöpfung des Herrn Genscher, gibt es also nicht.

Wie kam das alles? Die sozialliberale Regierung hat uns nicht nur Arbeitslose hinterlassen, sondern auch einen großen Schuldenberg, und der muß schließlich einmal abgetragen werden. Es mußte und muß auch jetzt deshalb gespart werden. Sparen läßt sich aber nur, indem man weniger ausgibt. In erster Linie werden von den Auswirkungen des Sparens also diejenigen betroffen, die auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Hierzu rechne ich auch die Rentner.

Es erhebt sich nun natürlich mit Recht die Frage, ob nur dieser Personenkreis, der gewiß nicht zu den Begütertsten gehört, für die Konsolidierung der Staatsfinanzen Opfer zu bringen hat. Man kann das nicht mit dem Hinweis abtun, daß die „Besserverdienenden" die meisten Steuern zahlen und somit bereits Opfer bringen. Entscheidend ist doch, daß hier die Gewichte verschoben werden. Das hat nichts mit Neid zu tun, wohl aber mit Solidarität.

„Die neue Regierung ist nicht angetreten, Steuern zu erhöhen, sondern im Gegenteil zu senken." So Herr Strauß. Ob ihm wohl bekannt ist, daß ausgerechnet die Rentner 1983 mit einer Einkommensteuererhöhung „beglückt" wurden? Neu festgesetzt wurde nämlich der Ertragsanteil der Renten. Betrug er in meinem Falle früher 20 Prozent, so sind es jetzt ab Veranlagung 1982: 24 Prozent. Das macht auch ein paar hundert Mark aus. Ob das wohl verfassungsgemäß ist?

Reinhold Hornig, Hamburg 70

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Geschwätzigkeit, törichte Vorschläge und Profilierungssucht einiger prominenter CDU-Politiker treiben diese Partei langsam in den Verdacht hinein, daß es sich bei der CDU so quasi um eine schwarze SPD handelt.

Die Parteiführung sollte sich darüber klar werden, daß man mit derartigen Äußerungen und Tätigkeiten den Wähler nachhaltig verschreckt und in andere Richtungen treibt.

Mit freundlichen Grüßen H. W. Dähn, Krailling

*

Die wirkungsvollste Parteienspende für die Regierungskoalition wäre eine ordentliche Ergänzungsabgabe gewesen. Statt dessen stecken die Betreffenden ihre Millionen den Parteien heimlich in die Tasche, „öffentlich" dagegen protestieren sie gegen ein geringes Opfer von ca. 1 Prozent des Nettoeinkommens.

Es geht hier in erster Linie um die Stimmung im Volke. Es hätte dem Bundeskanzler bzw. der CDU durchaus angestanden, im Verein mit der SPD eine Ergänzungsabgabe zu beschließen. Damit hätte sich die CDU als eine „Volkspartei" einen weit größeren Kreis von Bürgern als FDP und CSU zusammengenommen.

Zudem wäre damit ein Wahlversprechen eingelöst worden. Was hätten die Koalitionspartner demgegenüber tun müssen, daß ihnen die Verantwortung ihren Wählern gegenüber abgenommen worden ist und – die Voraussetzung für ein Fortbestehen der Koalition geschaffen wurde.

So dagegen erscheint ein Wahlsieg bei der nächsten Wahl womöglich in Frage gestellt. Denn die Gewerkschaften und links eingestellten Kreise werden alles dransetzen, aus dieser sturen Zahlungsverweigerung kräftig Münze zu schlagen.

Dr. W. Klien, Pinneberg

Alte Grenze

„Wo einst Fahrleute ihre Peitsche schwangen"; WELT vom 11. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

in dem Aufsatz ist von einem Grenzstein die Rede, der auf der einen Seite die Initialen „KP", auf der anderen das Zeichen „CSW" habe. „Das ‚KP' steht für Königreich Preußen, ‚CWS' für Großherzogtum Coburg-Sachsen-Weimar", schreibt der Verfasser, der möglicherweise das C aus einem G herausgelesen hat. Großherzogtum Sachsen-Weimar würde wie Königreich Preußen wohl zutreffen. Ein „Großherzogtum Coburg-Sachsen-Weimar", von dem der Verfasser spricht, hat es jedoch niemals gegeben.

Dazu noch folgender Hinweis: Die sächsisch-thüringischen Herzogtümer der sogenannten Ernestinischen Linie hatten mehrere Zweige. Von den Hauptzweigen waren es 1. Sachsen-Weimar-Eisenach (seit 1815 erst großherzoglich), 2. Sachsen-Gotha. Der Zweig Sachsen-Gotha war nach dem Tode des Herzogs Friedrich IV. (1824) in drei „Staaten" geteilt, die bis 1918 bestanden: die Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Koburg-Gotha. Diese „ernestinischen" Herzogtümer und die Fürstentümer Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie sowie Schwarzburg wurden nach der Revolution 1918 „Freistaaten" und schlossen sich 1920 zum Freistaat Thüringen (Hauptstadt Weimar) zusammen. Nur Koburg (Stadt und Landesteil) trennte sich von Gotha und schloß sich Bayern an.

Mit freundlichen Grüßen G. Jantzen, Hamburg 52

Parteihörigkeit

„Große Koalition? Börner schafft endgültige Klarheit": WELT vom 13. Dezember

Wie soll eigentlich für Börner in Hessen eine Große Koalition möglich sein, wenn in der SPD nicht nur in der sogenannten Basis der linke Flügel plus Mitläufer vorherrschen?

Das gleiche Problem wird sich im Bundestag ergeben; denn es ist kaum zu erwarten, daß die jetzige Bundesregierung plötzlich einen Polit-Appeal entwickelt, der die rechten Wähler der SPD völlig aufsaugt. Wahrscheinlich wird dieser Appeal nur imstande sein, zum Schaden aller die Wahlbeteiligung zu senken. So erweist sich das Versagen des letzten SPD-Kanzlers darin, daß er vor lauter Parteihörigkeit und weltpolitischer Selbstbespiegelung das Entscheidende versäumte, nämlich in der eigenen Partei und damit ganz allgemein in unserer Innenpolitik klare Verhältnisse zu schaffen. Auch der Nachruhm Helmut Schmidts wäre dann besser als der, Weltreisender in eigener Sache zu sein.

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg 52

Personalien

EHRUNGEN

Wegen seiner Verdienste um den Sender Freies Berlin und um das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in der Bundesrepublik zeichnete SFB-Intendant **Lothar Loewe** jetzt den Berliner Domkapitular, Prälat **Erich Klausener** (67), mit der „Hans-Bredow-Medaille" aus. Klausener scheidet nach 20jähriger Mitarbeit im Rundfunkrat des Senders aus. Er ist der Sohn des 1934 von den Nationalsozialisten ermordeten preußischen Ministerialdirektors Dr. **Erich Klausener**. **Hans Bredow** zählt zu den deutschen Rundfunkpionieren.

*

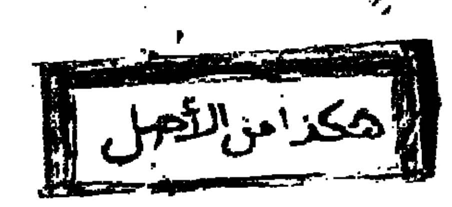
Die amerikanische Regierung hat den Leiter des Monitor-Dienstes der Deutschen Welle (DW), **Karlheinz Treiss** (65), mit der „service-medal" in Bronze ausgezeichnet. Der amerikanische Verbindungsredakteur zur DW, **Bill Chapman**, überreichte im Beisein von Intendant **Klaus Schütz** die seltene Auszeichnung an den Kölner Journalisten. Der Monitor-Dienst der DW wertet rund um die Uhr Hörfunk- und Fernsehsendungen sowie die Meldungen von Presseagenturen aus aller Welt aus und beliefert zunächst die 34 Redaktionen und Sprachendienste im eigenen Funkhaus. Die Bundesregierung, alle deutschen Botschaften im Ausland, interessierte Parlamentarier, Universitätsinstitute und Redaktionen außerhalb des Funkhauses werden mit den Originalmeldungen versorgt. Der DW-Monitordienst stützt sich auch auf die Zulieferung von Rundfunksendungen, die der amerikanische foreign broadcast information service (fbis) und der englische bbc-monitoring service aufgefangen haben.

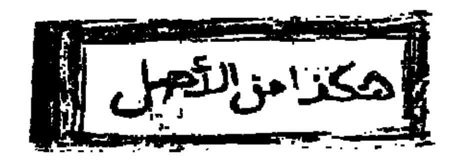
*

Die Deutsch-Dänische Gesellschaft im Rheinland, die inzwischen mehr als 200 Mitglieder hat, ernannte den königlich-dänischen Botschafter Dr. **Paul Henning Fischer** und Ehefrau **Jytte** zu Ehrenmitgliedern. Der Botschafter hatte vor einem Jahr die Initiative zur Gründung der Gesellschaft gegeben. Vorsitzender ist Professor **Harald Gutschow**.

GEBURTSTAG

Der vierte Präsident des Bundesgerichtshofes (BGH), Professor Dr. **Gerd Pfeiffer**, begeht am 22. Dezember seinen 65. Geburtstag. Pfeiffer wurde 1919 in Striegau/Schlesien geboren und nahm nach dem Zweiten Weltkrieg in Erlangen das Jurastudium auf. Über den bayerischen Justizdienst kam er zur Staatsanwaltschaft in Ansbach. Nach seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht wurde er Bundesrichter, Senatsvorsitzender beim 1. Strafsenat und im November 1976 Vizepräsident des BGH. Knapp ein Jahr danach wurde er Nachfolger des BGH-Präsidenten Dr. **Robert Fischer**. Pfeiffer, der der SPD und der Gewerkschaft ÖTV angehört, ist unter anderem Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg und des Bundespersonalausschusses im Bundesinnenministerium.





Auf der Suche nach den eigenen Grenzen: Die neue TV-Serie „Ziele" vom SWF

Ein Schmerz, der immer da sein wird

Der Dokumentarfilm mit langjähriger sorgfältiger Hintergrundinformation hat es zunehmend schwerer im Programmschema der Bildmedien. Denn dort profiliert man sich schneller und auch preiswerter durch das Ausspucken unverdauter Aktualitäten, die noch der Nervenkitzel des „soeben erst Geschehenen" würzt.

Auch Diskussionssendungen haben den Vorteil, die Redaktion auf keinen Standpunkt zu verpflichten und gleichzeitig Valeurs zu vermitteln wie „*kommunikativ*", „*am Puls der Zeit*" oder „offen für alle Standpunkte" oder was dergleichen Allgemeinplätze mehr sind, die sich mit modisch-intellektuellem Chichi aufplustern.

Anders die neue Dokumentarfilmreihe „Ziele" vom Südwestfunk, die Menschen auf ihrer Suche nach den eigenen Grenzen aufspürt. Gleich der Einstieg mit dem ersten Streifen „Muttersuche", der heute abend zu sehen ist, packt ein brenzliges Eisen an, das protestierende Journalisten schon in der Vorschaurunde in Baden-Baden nicht ungern hätten fallen lassen: den Tatbestand der vieltausendfachen Kindsentführung, begangen von kommunistischen Partisanen auf Befehl der Obrigkeit während des Bürgerkrieges in Griechenland 1948.

Die Kinder wurden den Eltern auch gegen deren Willen weggenommen und auf abenteuerlichen Wegen hinter den Eisernen Vorhang gebracht, um dort in Kaderschulen zu Führungskräften eines künftigen kommunistischen Griechenland heranzuwachsen. Letzte Versprengte dieser tragischen Aktion, von der

Ziele – ARD, 20.18 Uhr

dem Bundesbürger wenig genug zu Ohren gekommen ist, sind erst kürzlich aus Albanien und Taschkent heimgekehrt.

Auch Nicholas Gage, heute Journalist und amerikanischer Staatsbürger, gehörte zu den Kindern, die „eingesammelt" werden sollten. Er konnte seine Mutter Eleni warnen, die mit ihm und drei Schwestern in dem Dörfchen Lia nahe der albanischen Grenze lebte. Eleni verhalf den Kindern zur Flucht und wurde dafür von dem selbsternannten Partisanen-Richter „Katis" grausam gefoltert und in einem Schauprozeß hingerichtet.

Dreißig Jahre später macht sich ihr Sohn auf die Suche nach den Mördern seiner Mutter. Als er sein „Ziel" endlich erreicht hat, stellt er fest, daß es keine Reinigung bedeutet, wenn man sich der Vergangenheit stellt. Man kann so oder so niemals fertig werden mit ihr. „Nur die Zeit macht den Schmerz, der immer dasein wird, sanfter", sagt *Nicholas*. Er verzichtet auf die persönliche Rache. Er muß ja weiterleben. Seine Erfahrungen hat er kürzlich in einem vielbeachteten Buch niedergeschrieben.

Dem Autor und Regisseur Ebbo *Demant, der die Geschichte* behutsam und distanziert nachzeichnet, gelingen Bilder von großer melancholischer Ausdruckskraft. Mit Jürgen Bolz an der Kamera entsteht ein Stück erzählende Reportage als Unterhaltung für die ganze Familie wie sie auch sein kann: mit einer spannenden und anrührenden Geschichte, auf brisantem historischen Hintergrund, der in die Gegenwart reflektiert, dicht und anspruchsvoll in der Bildgestaltung.

Auf den zweiten Film in der Reihe „Ziele" im neuen Jahr, der sich mit der Weltmeisterschaft der Superathleten „Triathlon" in Hawaii beschäftigt, darf man gespannt sein.

INGRID ZAHN

FUSSBALL / Italienisches Fernsehen wollte Film über das Skandalspiel gegen Kamerun nicht zeigen

Kronzeuge sollte seine Aussage dementieren, um „Fußball wieder in ein besseres Licht zu rücken"

KLAUS RÜHLE, Rom

Der Fußball-Skandal um das Weltmeisterschafts-Vorrundenspiel bei der WM 1982 in Spanien zwischen Italien gegen Kamerun bleibt ein heißes Thema, das die italienischen Massenmedien nicht anfassen wollen. Obwohl oder vielleicht gerade weil vieles dafür spricht, daß bei diesem Spiel nicht alles mit rechten Dingen zuging.

Die Journalisten Oliviero Beha und Roberto Chiodi, die monatelang Recherchen in Kamerun und Korsika anstellten, eine ganze Reihe von belastenden Zeugen-Aussagen sammelten und die wichtigsten davon in einem *72-Minuten-Film* festhielten, offerierten dieses brisante Dokument den staatlichen und privaten Fernsehanstalten des Landes. Aber keines der drei Programme der RAI war bereit, dem italienischen Publikum ein *Urteil über die Affäre* zu ermöglichen, und auch die drei großen privaten Networks, die den restlichen Fernsehmarkt Italiens beherrschen, wollten nicht anbeißen. Beha und Chiodi entschlossen sich deshalb, ihren Streifen in dem ihnen vom römischen Auslandspresseklub zur Verfügung gestellten Konferenzsaal interessierten Journalisten vorzuführen und auf Fragen zu antworten.

Der Film umfaßt Gespräche mit einzelnen Spielern der damaligen Kamerun-Elf, mit dem Funktionär des Kameruner Sicherheitsdienstes Koutou (den man im Film nur von hinten sieht) und dem Kronzeugen Orlando Muscatelli. Die Unterhaltung mit Koutou, der *damals* im Auftrag seiner Regierung die Kamerun-Mannschaft begleitete, wurde von einem gewissen Brignoli übersetzt. Sowohl Koutou wie der in Kamerun lebende Brignoli wurden nach dem Interview *mehrmals verhaftet und wieder freigelassen*. Offenbar hatten sie eine Art Staatsgeheimnis ausgeplaudert. Auch Vermittler Muscatelli nahm kein Blatt vor den Mund.

Koutou wie Muscatelli bestätigen *in den Dokumenten, daß vor dem* Spiel Kontakte zwischen einigen Mitgliedern der Kamerun-Elf – vor allem Torwart N'Komo und Mittelstürmer Milla – und Italienern stattfanden, daß vor allem der französische Trainer der Nationalmannschaft Jean Vincent von interessierter Seite kräftig geschmiert worden ist. Es ergibt sich ferner aus den verschiedenen Zeugenaussagen, daß die der Kamerun-Elf versprochenen Prämien vor *dem Italien-Spiel gekürzt* wurden, jedenfalls aber so spärlich waren, daß den Spielern die Lust verging. Weiterhin, daß die Prämie für Sieg oder Unentschieden gleich hoch war und daß Trainer Vincent seine Spieler in der Halbzeitpause beschwor, sich mit dem Unentschieden zufriedenzugeben.

Vincent selbst war nach dem Spiel monatelang unauffindbar und scheint es auch heute noch zu sein. Kronzeuge Muscatelli wurde nach seinen Enthüllungen von keinem italienischen Journalisten mehr aufgesucht – mit einer Ausnahme, wie Beha der WELT verriet. Es handelte sich um einen Redakteur „der größten ita*lienischen Zeitung*", und das kann nur der „Corriere della Sera" sein. Dieser bot Muscatelli ein beträchtliches Honorar an, wenn er seine belastenden Aussagen dementiere und damit „den italienischen Fußball wieder in ein besseres Licht rücke".

Beha und Chiodi wußten in der anschließenden Diskussion noch manch anderes Detail zu berichten. Auf dem Londoner Wettmarkt wurden für das bewußte Spiel Abschlüsse *für fast 20 Millionen Mark getätigt*. Das von den beiden mutigen Journalisten verfaßte Buch über die Hintergründe des Spiels wurde von dem bekannten italienischen Verlag Feltrinelli nie herausgebracht, obwohl bereits 15 000 Exemplare gedruckt waren. Beha und Chiodi sahen sich genötigt, ihr Manuskript einem anderen, weniger bekannten Verleger anzuvertrauen. Beha wurde vor kurzem von der Leitung seines Blattes („Republica") von der Sportredaktion ins Lokale versetzt. Er und sein Kollege sind bisher gegen 52 Personen wegen Ehrabschneidung gerichtlich vorgegangen. Denn gegen sie selbst sind gerichtliche Anklagen mehrmals angekündigt, aber bis heute nicht erhoben worden. Noch ein Detail: Das Sport-Film-Festival in Turin lehnte die Vorführung des Films ab.

Es ist schon sehr sonderbar, wie im Land des Weltmeisters mit diesem Skandal umgegangen wird.

KRITIK

Große Oper im Büdchen

Ein blonder Steppke nimmt Eintritt, damit frustrierte Bürger per Vorschlaghammer an einem Autowrack Aggressionen abbauen können. Eine Alte labt sich an prinzlichem Geklatsche nach Regenbogenart. Ein Tattergreis trägt unterm Kulturfahrplan den monatlichen Porno heim, zum Schinken- oder Plockwurstschneiden kommen sie, zum Jägermeister, zum Klönschnack und zum Zigarettenholen: Arnholzers Kiosk, mitten im Münchener Neubaugebiet, ist eine Bastion aus Tante-Emma-Tagen und ein seltsamer Hort obendrein. Hubert A. nämlich ist Verdi-süchtig und leiert von Platte tagaus, tagein „Aida"-Ausschnitte in des Kiosks Hinterzimmer.

Und eines Tages taucht sie dann auch noch auf: **Aida Wendelstein** (ARD) aus dem Märchenland der Bühne, Ex-Souffleuse und spinnert wie Hubert Arnholzer, dessen Frau vorn im Laden, ganz Fendel'sche Güte, die Stammkunden bedient. Aida ist Hannelore Schroth, mit schwarzer Perücke, alten Kostümen im Gepäck, neu eingezogen in der Siedlung drüben: Da begegnen sich verwandte Seelen und proben nun, bis Mutter Arnholzer zuviel kriegt: Sie steigt, nach anfänglichem Zorn auf Aida-Schroth, mit ein zu Radames, als Amneris, versteht sich.

Am Ende „steht" die Kiosk-Oper mit Platte und Playback, die drei debütieren mit großer Geste, großgerundeten Mündern und entschweben am Ende – nach Jahren wird das Gerede vom Abriß doch wahr – samt Kiosk und Dekoration am Kranhaken in den Himmel exotischer Träume von Memphis. Was für ein Film, was für eine liebenswerte Komödie! Regie: Horst Schier, und einen Tusch auf den höheren Blödsinn.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Das „Hollywood an der Isar" bekommt eine staatliche Stütze: Nach einem Beschluß des bayerischen Ministerrats wird sich der Freistaat Bayern mit 20 Prozent an der **Bavaria Atelier Gesellschaft** in Geiselgasteig südlich von München beteiligen. Der Schritt erfolgt durch eine Kapitalerhöhung um 6,25 Millionen auf 31,25 Millionen Mark.

Die Münchner Staatskanzlei begründet den staatlichen Einstieg ins Filmgeschäft mit dem Willen, „den Rang und den Namen Bayerns als Medienzentrum auszubauen und damit etwa 750 Arbeitsplätze in einem für Bayern wichtigen Wirtschaftszweig zu sichern". Staatssekretär Edmund Stoiber versicherte, dies sei eine rein wirtschaftspolitische Entscheidung; der Staat wolle keinen Einfluß auf Produktion und Ankauf der Bavaria ausüben.

lz

NACHRICHTEN

Hussing boxt wieder

München (sid) – Erstmals nach seiner Sperre wegen einer K.-o.-Niederlage darf Peter Hussing wieder boxen. Der deutsche Schwergewichtsmeister bestreitet am Samstag einen Bundesligakampf für Mülheim bei der Boxstaffel Württemberg in Leonberg.

Kraaz verlängerte

Frankfurt (sid) – Junioren-Nationalspieler Armin Kraaz (19) hat seinen Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt bis zum 30. Juni 1987 verlängert.

Axelsson verunglückt

Stockholm (sid) – Bei einem Verkehrsunfall im belgischen Brügge starb der ehemalige schwedische Fußball-Nationalspieler Kurt Axelsson (43). Zwischen 1966 und 1970 spielte Axelsson als Vorstopper 30mal in der Nationalmannschaft.

Cattouse fordert Weller

London (sid) – Der britische Champion Ray Cattouse ist vermutlich der erste Herausfoderer für Rene Weller, den Pforzheimer Box-Europameister im Leichtgewicht. Der Kampf soll am 1. Februar in Hannover stattfinden.

Run auf WM-Karten

Mexiko-Stadt (dpa) – Mit einem regelrechten Ansturm der Fußball-Fans begann am Dienstag in Mexiko der Vorverkauf für die Weltmeisterschaft 1986. Erst im kommenden Jahr beginnt der Vorverkauf auch im Ausland.

Endspiel in Berlin

Düsseldorf (sid) – Das Endspiel um den *deutschen Fußball-Vereinspokal* wird am 26. Mai 1985 (voraussichtlich um 18 Uhr) im Berliner Olympiastadion stattfinden. Ein Wiederholungsspiel sieht das Reglement nicht vor. Bei Unentschieden folgt eine Verlängerung und *Elfmeterschießen*.

Neapel will Happel

Neapel (sid) – Der italienische Erstligaklub AC Neapel ist an der Verpflichtung des österreichischen Fußball-Trainers Ernst Happel interessiert, dessen Vertrag mit dem Hamburger SV zum Saisonende ausläuft.

Gewinn steigt weiter

Los Angeles (dpa) – Der Gewinn des Olympia-Organisationskomitee von Los Angeles wird inzwischen mit 200 Millionen Dollar angegeben. Die Organisatoren hatten 15,5 Millionen Dollar erwartet, doch hat offensichtlich die geschickte Geldanlage enorme Gewinne bewirkt.

Sponsoren gefunden

Seoul (dpa) – Der Getränkekonzern Coca-Cola und Filmhersteller Kodak *wurden vom* Organisationskomitee der Olympischen Spiele 1988 in Seoul als erste Sponsoren gewonnen. Der Vertrag soll nach Zustimmung durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) am 5. Februar unterzeichnet werden. Insgesamt sollen 44 Sponsoren an der Finanzierung beteiligt werden.

ZAHLEN

TENNIS

Daviscup-Finale in Göteborg. Schweden – USA 4:1, letzte Einzel: Sundström – Arias 3:6, 8:6, 6:3, Wilander – McEnroe 3:6, 7:5, 3:6.

EISHOCKEY

Iswestija-Turnier in Moskau, dritter Spieltag: Finnland – CSSR 6:4 (2:1, 2:2, 2:1).

RADSPORT

Sechstagerennen in Maastricht, Endstand: 1. Pijnen/Clark (Holland/Australien) 381 Punkte, eine Runde zurück, 2. Schütz/Frank (Deutschland/Dänemark) 381, 3. Thurau/Fritz (Deutschland) 253, 4. Doyle/Wiggins (England/Australien) 213, zwei Runden zurück, 5. Kristen/Rinklin (Deutschland) 346, drei Runden zurück.

STAND ● PUNKT / *Wüsten-Rallye gefährdet*

Prinz Albert von Monaco übt schon fleißig. Schwester Caroline nebst Ehemann Stefano Casiraghi hat ihm ihre Unterstützung zugesagt – im Begleit-Lastwagen mit ausreichend Benzinfässern an Bord. In Belgien trainieren derweil die renommierten Judo-Meister Robert van der Walle und Ingrid Berghmans, die Nordseedünen rauf und wieder runter – mit einem Porsche. In Paris haben sie am Dienstag einen Spezial-Porsche vorgestellt, mit den Fahrern Jacky Ickx und Rene Metge.

Ziel all dieser Aktionen ist die Rallye Paris–Dakar vom 1. bis 22. Januar. Gefahren werden etwa 10 000 Kilometer, die meisten davon quer durch die Wüste.

Kaum ein anderes motorsportliches Ereignis hat sich in den letzten Jahren zu einem derart bemerkenswerten Spektakel entwickelt wie die Fahrt von Paris nach Dakar per Auto oder Motorrad. Und nun soll das Ganze womöglich gar nicht stattfinden? Die Austragung, so wurde nämlich von den Organisatoren in Paris mitgeteilt, sei gefährdet, weil es algerische Regierungsmitglieder gäbe, die eine Fahrt durch ihr Land verbieten möchten. Wenn sich dieses Verbot nicht erheben lasse, werde man eben kurzerhand die Benzinpreise so drastisch anheben, daß eine Fahrt von Ourgia nach Tamanrasset finanziell unerschwinglich würde.

Was geschieht nun? Erst mal wird verhandelt. Wenn das nichts bringt, muß Algerien notfalls mit Transportmaschinen überflogen werden, um dann von Dakar aus eine große Schleife quer durch die Wüste bis nach Dakar zurück zu fahren. Aber auch diese Angelegenheit wäre kostenintensiv, denn es müßten immerhin 150 Motorräder, 340 Autos und 60 Lastkraftwagen per Luftbrücke in die Wüste geschickt werden.

Kaum ein anderes motorsportliches Ereignis hat in den letzten Jahren soviel weltweite Publicity erlangt. Die Lust am Abenteuer, am allenfalls bedingt kalkulierbaren Risiko – sollte sie in der algerischen Regierung wirklich keine Mehrheit finden?

DW

EISHOCKEY

3:10 – ein Debakel für Unsinn-Team gegen CSSR

sid, Moskau

Auf dem Programm stand die Rehabilitierung für die unnötige 1:2-Niederlage gegen Schweden, doch der Schuß *ging nach hinten los*. Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft erlebte in ihrem dritten Spiel beim Iswestija-Cup in Moskau beim 3:10 (1:3, 1:2, 1:5) ein kaum für möglich gehaltenes Debakel gegen die Tschechoslowakei. *Dabei hatten* sich die Spieler von Bundestrainer Xaver Unsinn gerade für diese Auseinandersetzung viel vorgenommen, weil die letzten Ergebnisse (3:3 in München bei der WM und 4:4 beim Kanada-Cup) für eine hohe Erwartungshaltung gesorgt hatten.

Aber aus der angekündigten Demonstration wurde nichts, und es herrschte sogar so etwas wie Weltuntergangsstimmung, als die Spieler unter den Piffen der 300 deutschen Schlachtenbummlern das Stadion verließen. Nur in den ersten Minuten war die Mannschaft gegen den fünfmaligen Weltmeister engagiert und konzentriert. Als der Rosenheimer Franz Reindl in der fünften Minute nach einem Paß von Truntschka das 1:0 erzielte, kaum sogar Stimmung unter den 5000 Zuschauern auf. Doch als Berndaner in der 13. Minute auf der Strafbank saß, gelang Lala der Ausgleich. Innerhalb von zwei Minuten erhöhte die CSSR nach individuellen Fehlern von Kühnhackl und Medicus auf 3:1.

Das Resultat zum Ende des ersten Drittels war bereits eine Vorentscheidung. Die deutsche Mannschaft fand nicht mehr zu ihrem Spielrhythmus. Die Folge: Lala und Liba erhöhten auf 5:1. Den beiden tschechoslowakischen Toren konnte Reindl fünf Minuten vor Ende des zweiten Drittels nur noch das 2:5 folgen lassen. „Wir mußten für die Niederlage der CSSR gegen Finnland büßen", sagte Xaver Unsinn, der im Abschlußdrittel auf drei Blöcke reduzierte, um die Niederlage in Grenzen zu halten. Am Vortag hatte die CSSR überraschend gegen die Finnen mit 4:6 verloren.

Vor dem abschließenden Spiel gegen Finnland am Freitag (13.30 Uhr) bedeutete die hohe Niederlage fast ein Rückfall in alte Zeiten, als die deutsche Mannschaft stets nur Prügelknaben für die Großen waren. Von der Begeisterung, mit der die deutsche Mannschaft noch vor drei Monaten in Kanada ein 4:4 gegen die CSSR erzwungen hatte, war diesmal in Moskau nichts mehr zu spüren. Der Rosenheimer Ernst Höfner leistete sich Minuten vor dem Ende noch eine Fausteinlage und mußte vier Minuten auf die Strafbank.

MOTORSPORT

Formel-1 nun auch in den Straßen von Rom

KLAUS RÜHLE, Rom

Der Große Preis von Rom in der Formel 1 wird Wirklichkeit. Am 13. Oktober kommenden Jahres werden *die Rennwagen mit heulenden Motoren* über die 3,7 km lange Strecke der Via Cristoforo Colombo hin- und herrasen und dabei – so wird geschätzt – eine Spitzengeschwindigkeit von 256 Stundenkilometern erreichen. In den *Kurven und Wenden muß* sie bis zu 60 Stundenkilometern gedrosselt werden. Man rechnet auf dem zwischen zwölf und zehn Meter breiten Straßenband mit einem Stundendurchschnitt von 150 km. Die Rundstrecke *dürfte in 90 Sekunden* zurückgelegt werden.

Der Große Preis von Rom, der durch den Verzicht von Dallas möglich geworden ist, wird gemeinsam vom *italienischen* Autorennsport-Verband, dem italienischen Automobilclub, der römischen Stadtverwaltung und der Gesellschaft „Flammini Racing" organisiert. Die voraussichtlichen Kosten betragen 60 Millionen Mark. Zwei Drittel davon entfallen auf Konstruktionen *an der* Rennstrecke. Längs der Bahn sollen Parallelstraßen die Sicherheit für die Hilfsdienste garantieren. Zwanzig Kranwagen werden an besonders gefährlichen Punkten eingesetzt.

In Italien und besonders in Rom ist man natürlich hoch befriedigt über die Entscheidung der FISA. Sie bedeutet, daß 1985 drei Große Preise der Formel 1 auf italienischem Boden stattfinden, nämlich in Monza, Imola und nun auch in Rom.

Wesentliches Verdienst an dieser Entscheidung scheint Enzo Ferrari zuzukommen, der sich seit Monaten für den Grand Prix von Rom einsetzt. Finanziell gehen die Veranstalter keinerlei Risiko ein, denn die Kosten sind heute bereits durch Publicity-Verträge fast gedeckt. Hinzu kommt der Erlös aus den Eintrittskarten. Es stehen 95 000 Tribünen- und 135 000 Stehplätze zur Verfügung.

Der römische Rennfahrer Andrea De Cesaris bezeichnet die Wahl der Strecke als erstklassig. Sein Kollege Elio De Angelis meint dagegen: „Julius Cäsar würde sich im Grabe rumdrehen, wenn er der Raserei in seiner Stadt beiwohnen müßte." *Alfa-Romeo*-Fahrer Eddy Cheever hält die ausgewählte Strecke für ungeeignet, doch ein großes Geschäft sei wohl sicher. Es protestieren die Organisationen für den Umweltschutz, indem sie erklären: „*Es handelt* sich um ein weiteres Beispiel für den perversen Mißbrauch der Stadt Rom. Man könnte an der Intelligenz unserer Stadtväter verzweifeln."

TENNIS

McEnroe ist nicht einer Meinung mit Arthur Ashe

sid/dpa, Göteborg

Die letzten beiden Einzel interessierten nur noch die Statistiker, die Schweden standen schon seit 24 Stunden als Gewinner des Daviscups fest. In der Endabrechnung hieß es gegen die Amerikaner 4:1, nachdem Sundström zunächst gegen Arias und John McEnroe gegen Mats Wilander jeweils gewonnen hatten.

Der *farbige* Arthur Ashe, der den Cup dreimal gewonnen hat und in Göteborg Coach der Amerikaner war, nannte die Gründe für das Scheitern seines Teams: „Um die Schweden auf Asche schlagen zu können, bedarf es *einer langen und sorgfältigen* Vorbereitung. Die paar Tage, die wir auf Sand trainierten, reichen da wirklich nicht." Ashe ist auch in die Schußlinie der Kritik geraten, wie ein Interview mit John McEnroe beweist.

Frage: Die USA haben, für viele sensationell, das Daviscup-Finale gegen Schweden mit 1:4 verloren. In Göteborg wurde Kritik an Ihrem Teamchef Arthur Ashe laut. Wie wichtig ist ein Kapitän für eine Da*viscup-Mannschaft*?

McEnroe: Manchmal ist er überhaupt nicht wichtig, manchmal kann er wichtig sein. Ein Kapitän muß fühlen, wann er gebraucht wird.

Frage: Sind im US-Team irgendwelche *Änderungen nötig, was die* Person des Kapitäns angeht?

McEnroe: Ich kritisiere Arthur Ashe nicht. Ich habe zwar eine andere Meinung als er von der Betreuung eines Teams, aber solange er Kapitän ist, muß man das akzeptieren. *Das ist* für mich kein Grund, nicht zu spielen.

Frage: Wie sollte man ein Daviscup-Team auswählen?

McEnroe: Ich glaube, es sollte immer das stärkste Team spielen. Dieses Jahr hat sich zwar herausgestellt, daß Jimmy Connors nicht viel helfen konnte. Aber ich konnte es auch nicht, keiner von uns konnte es.

Frage: Sind Sie zu schlecht vorbereitet in dieses Finale gegangen?

McEnroe: Wenn man sich *richtig* auf ein Spiel auf einem Sandplatz vorbereiten will, muß man dafür mindestens vier Wochen trainieren. Wenn man nur zwei Tage Zeit hat wie wir, kann man nur auf den Platz gehen und auf das Beste hoffen.

Frage: Wie sehen Sie die Chancen, daß es im nächsten Jahr zu einer Neuauflage dieses Finales kommt?

McEnroe: Die Möglichkeit ist groß. Allerdings wäre ein Halbfinale zwischen den USA und der CSSR mit Ivan Lendl auch schon ein sehr hartes Match. Aber wie auch immer – mir würde ein erneutes Finale gegen Schweden gefallen.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Der Granitkopp
Buch und Regie: Helmut Kissel
11.35 Alltag in Asien
12.10 Kennzeichen D
Eine Glockengießerei in Apolda
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.30 Tagesschau
15.40 Cheek to cheek
„Puttin' on the Ritz" und „Singin' in the rain" – mit diesen alten Schlagern, die er neu aufpolierte, stürmte der in Indonesien geborene Holländer-Schönling Taco die Hitparaden. Ein TV-Special, in dem als Gäste die Pop-Gruppe Bucks Fizz und der tschechische Sänger Miro mitwirken.
16.25 Weihnachten im Ersten
Eine Programmvorschau
16.30 Die Spielbude
Mit Büchertips zu Weihnachten und den Gästen Peter Maffay, Johnny Tame, Nino de Angelo, Volker Lechtenbrink u. a.
17.20 Kindergartenkonzert
Mit dem Radio-Sinfonieorchester Basel
Dirigent: Matthias Bamert
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. der 7. Sinn
20.18 Ziele
Neue Dokumentarfilmreihe
1. Folge: Muttersuche. Nicholas Gage
Von Ebbo Demant
21.00 Geschichten aus der Heimat
Kohl und Pinkel, von Hans Helge Ott / Der nette Herr Schmidt, von Helmut Kissel / Nächtliche Begegnung, von Herbert Reinecker / Die Läutseligen, von Klaudi Fröhlich und Jürgen von der Lippe
Mit Wolfgang Höper, Georg Lehn, Hannelore Elsner, Klaus Schwarzkopf, Jürgen von Manger u. a.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Heimatland – Niemandsland: Bekenntnisse des südafrikanischen Schriftstellers Breyten Breytenbach / Christusbild – Menschenbild: Kunst als Provokation in der Kirche / „Mammi, schenk mir einen Computer: Anmerkungen zu einem weihnachtlichen Bestseller
22.30 Tagesthemen
23.00 Der König und sein Narr
Fernsehspiel von *Ulrich* Plenzdorf nach dem Roman von Martin Stade
Mit Götz George, Wolfgang Kieling u. a.
Jacob Paul von Gundling, Hofschreiber und Präsident des Heroldsamtes, verliert alle seine Würden, als *Friedrich Wilhelm I.* König wird. Doch bald erregt der originelle und exzentrische Gundling die Aufmerksamkeit des Monarchen ...
0.50 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Un-Ruhestand
Geschichten vom Älterwerden
Letzte Folge: Max und Traudl
Der Witwer Max Bichler und Traudl Holzer haben sich durch eine Heiratsannonce kennengelernt. Nun möchten sie gerne zusammenleben. Doch zunächst müssen beide noch Probleme und Widerstände überwinden. Was macht Frau Holzer mit ihrer behinderten Schwester, die auf ihre Hilfe angewiesen ist? Und wie reagiert die Familie von Herrn Bichler, die auf seine finanzielle Unterstützung verzichten muß?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Enid Blyton:
Fünf Freunde ... auf neuen Abenteuern
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Eine reizende Familie
Mit jedem Fuß im Fettnapf
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Aus Forschung und Technik
Das Ende der grünen Hölle (3)
Von Joachim Bublath
In dieser Folge beschäftigt sich der Wissenschaftler mit der Frage, wie sich die Abholzung der Flächen im Jari-Bereich im Amazonasgebiet auf unser Klima auswirkt. Außerdem untersucht er, welche Nutzungsmöglichkeiten der Urwald bietet.
21.45 heute-journal
22.05 Moskaus Drang nach Süden
Historische Dokumentation
Angefangen bei den Türkenkriegen der Zaren bis zur Intervention in Afghanistan schildert der Dokumentarist und Sowjethistoriker Helmut Lange die Konstanten russischen Denkens und Handelns, die er auf folgenden Nenner bringt: Moskau drängt nach Süden, um sich Zugang zu den warmen Meeren zu verschaffen. Die erste Folge des Zweiteilers steht unter dem Titel „Von Kabul bis zum *Bosporus*".
22.50 Zum Gedenken an Rudolf Platte
Fünf Geschichten von Curth Flatow, Detlef Müller und Herbert Reinecker
23.55 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Gefangene von Zenda
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Stewart Granger, James Mason, Deborah Kerr u. a.
Regie: Richard Thorpe
21.50 Ein Mann denkt um (1)
Gründung eines Öko-Hofes
22.20 Tips für Leser zu Weihnachten
23.05 Lyrics (2)
Videoclips zu Texten von Kästner, Wondratschek, Ginsberg
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Hobbythek
19.15 Dörfer in der Dritten Welt
Ashada Leitão auf den Kapverden
20.00 Tagesschau
20.15 Die Heiratsmaschine
Amerikanischer Spielfilm (1961)
21.40 Bücherjournal
22.25 Kulturförderung in einem armen Land
Kunst und *Kultur* in der Bundesrepublik
23.50 Nachrichten

HESSEN

18.30 Streifzüge durch die Natur
18.55 Kleine Geschichten aus dem Zoo
19.00 Engel
Amerikanischer Spielfilm (1937)
Regie: Ernst Lubitsch
20.30 Filmmagazin
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Becket oder die Ehre Gottes
Von Jean Anouilh
Mit Heinz Baumann, Heinrich Schweiger u. a.
Regie: Rainer Wolffhardt
Nur für Baden-Württemberg:
22.00 Gerichtstag
23.00 Letzte Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.00 Gesundheitstreff
Herzinfarkt
Nur für das Saarland:
22.00 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Bel Ami (2)
Fernsehspiel von Helmut *Käutner*
20.50 Situation: Ich und die anderen
Für ein paar Wochen ins Kloster
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Die Wannseekonferenz
Werkstattnotizen zum gleichnamigen Fernsehspiel
22.25 Hatari
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit John Wayne, Hardy Krüger, Elsa Martinelli u. a.
Regie: Howard Hawks
0.55 Rundschau

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
„Loreley" in Nöten
19.00 heute
19.30 Derrick
Stiftungsfest
von Herbert Reinecker
20.30 Weihnachten auf der Straße
Der Bericht zeigt die historische Entwicklung der Weihnachtsmärkte als Zentrum des Handels, der Kommunikation und fröhlicher Geselligkeit.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
23.30 Die unerfüllte Hoffnung: Jugendstil
23.15 3SAT-Nachrichten

Sagt Kohl Rede vor den Schlesiern ab?

Bedenken gegen das Motto des Vertriebenen-Treffens

MANFRED SCHELL, Bonn

Die beabsichtigte Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 21. Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni nächsten Jahres ist in Frage gestellt. Anlaß für neue Überlegungen auf der Seite Kohls hat das Motto gegeben, das für dieses Treffen ausgewählt worden ist: „Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser". Im Bundeskanzleramt sind Bedenken gegen eine Rede Kohls angesichts dieses Mottos entstanden, das zumindest „mehrdeutig" abgefaßt sei.

Der Kanzler, so hieß es, habe davon aus der Zeitung erfahren. Seine Zusage, auf dem Schlesiertreffen zu sprechen, habe Kohl bereits im Sommer vergangenen Jahres gegeben. Nun wolle er die inzwischen entstandene Problematik mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka, erörtern.

Die Position des Kanzlers

Der Bundeskanzler hat wiederholt vor Vereinigungen der Vertriebenen gesprochen. Vor den Schlesiern hat seit 1965 kein Regierungschef mehr eine Rede gehalten. Im Kanzleramt heißt es, Kohl würde manchen Termin nicht übernehmen, wenn es nicht von „außen" – gemeint sind osteuropäische Regierungen – den Versuch gäbe, die Vertriebenen auszugrenzen. Dies wolle Kohl nicht zulassen. Die Vertriebenen hätten nach ihrem schweren Schicksal sehr früh ein Bekenntnis zum Gewaltverzicht abgelegt und sich beim Aufbau des demokratischen Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland engagiert. Kohl wolle auch nicht, und deshalb habe er seine Teilnahme zugesagt, daß die Schlesier durch östliche Propaganda, die zum Teil von der SPD in die Innenpolitik transportiert werde, ins „Abseits" gedrängt würden.

Mit den Organisatoren der Veranstaltung ist sich Kohl offenkundig darin einig, daß der Versöhnungsgedanke – ungeachtet der bestehenden grundsätzlichen Rechtspositionen - im Mittelpunkt des Schlesiertreffens stehen soll. Es sollten, so sei die übereinstimmende Auffassung, „keine alten Rechnungen" aufgemacht werden. Allerdings bereitet der zweite Teil des Mottos, „Schlesien bleibt unser", dem Kanzler Kopfzerbrechen, weil es grundsätzliche Fragen aufwerfen, ja Kritik provozieren könne, eben weil es zu „apodiktisch" formuliert sei. Die Verantwortlichen in der Landsmannschaft haben in ihrer Erläuterung zu dem Motto deutlich gemacht, daß sie differenziert argumentieren: „Eine Vertreibung war bereits eine Vertreibung zuviel in der Weltgeschichte. Niemand will und darf um den Preis einer neuen Vertreibung das Recht wiederherstellen. Dies kann aber zugleich nicht bedeuten, daß durch den Zeitablauf aus dem Unrecht Recht geworden ist".

Gegen „schrille Töne"

Diese Darstellung wird auch im Bundeskanzleramt als maßvoll angesehen. Gegen die Erinnerung an den grundsätzlichen Rechtsanspruch hinsichtlich der Westgrenze Polens bis zum Abschluß eines Friedensvertrages sei nichts einzuwenden, hieß es im Kanzleramt. Der Kanzler möchte 1985, wenn an den 40. Jahrestag der Kapitulation erinnert werde, keine „schrillen Töne". Der Leiden der Menschen, und dazu gehöre die Vertreibung, solle in einem ökumenischen Gottesdienst still gedacht werden. Pathetische Reden seien hier unangebracht. Diese Linie solle zumindest in der Bundesrepublik Deutschland durchgehalten werden, auch wenn es in Ost-Berlin noch so viel Aufmärsche zum 8. Mai geben sollte. Die ehemaligen Siegermächte würden verstehen, was Bonn bewege. Der französische Präsident Mitterrand habe dies auf dem EG-Gipfel in Dublin in seiner Weise zum Ausdruck gebracht, als er gesagt habe: „Die Franzosen werden nichts tun, was die Seele und die Herzen unserer deutschen Freunde verletzen wird." In diesem Sinne habe sich auch der amerikanische Präsident Reagan gegenüber Kohl geäußert.

„Charta 77": Was Medien in der CSSR verschweigen

Untersuchung ging an die Prager Nationalversammlung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Presse, Rundfunk und Fernsehen der CSSR werden in einer soeben veröffentlichen Untersuchung der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" wegen der Unterdrückung und Verfälschung von Nachrichten scharf kritisiert. In dem Bericht, der Anfang des Monats der Nationalversammlung in Prag zugeleitet wurde, heißt es, die CSSR-Medien hätten im abgelaufenen Jahr praktisch jede Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung eingebüßt. Ein Beispiel: Die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an den tschechischen Dichter Jaroslav Seifert wurde mit großer Verspätung und „ohne jede Begeisterung" gemeldet. Die CSSR-Medien verschwiegen, daß der Literatur-Nobelpreisträger einer der ersten Unterzeichner der „Charta 77" war, daß seine neueren Bücher in der Tschechoslowakei nicht in offiziellen Verlagen, sondern nur im „Samisdat" erschienen sind und daß Besitz und Verbreitung einiger seiner Werke als „staatsfeindliche Aktivität" bis vor kurzem polizeilich verfolgt wurden.

Umweltgefahren geheim

Sogar im völlig unpolitischen Bereich müsse man bei den CSSR-Medien mit Manipulationen rechnen. Ökologische Katastrophen und Umweltgefahren, wie sie in der Tschechoslowakei keine Seltenheit sind, würden gegenüber der Bevölkerung geheimgehalten. Falsche Informationen, wenn sie nur einer beschönigenden Darstellung der tristen Wirklichkeit dienen, würden verbreitet, selbst wenn sie eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung und für die Wirtschaft darstellen könnten, behauptet der Bericht.

Auch bei der Berichterstattung über die Länder des Sowjetblocks werde manipuliert. So sei in der Tschechoslowakei nichts über die unabhängigen außenpolitischen Initiativen Rumäniens, über die Wirtschaftsreform in Ungarn oder über die Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen zu erfahren. Ebensowenig könnten sich Tschechen und Slowaken über die Vorgänge in Polen informieren. Der Mord an Pfarrer Popieluszko sei zwar „zögernd" berichtet worden, aber über die Hunderttausende bei seinem Begräbnis sagten die CSSR-Medien kein Wort.

Zur Hungerkatastrophe im marxistisch-leninistisch regierten Äthiopien schreibt der Charta-Bericht: „Man sagte uns nichts über die Hungersnot, aber unsere Zeitungen und Bildschirme waren voll von Berichten über das fröhliche Leben in diesem Land am Vorabend des diesjährigen Jahrestages (der marxistischen Machtübernahme). Erst als die Opfer des Hungers zu Hunderttausenden starben und die Hilfe aus dem Westen bereits voll in Aktion getreten war, ... begannen unsere Zeitungen über die Hilfe zu schreiben, welche die Sowjetunion und die Tschechoslowakei leisteten." Bis heute aber wird die westliche Hilfe mit keinem Wort erwähnt.

Differenzen verschwiegen

Der Charta-Bericht stellt fest, daß die Zensur der CSSR-Behörden manchmal schärfer sei als jene der Sowjetunion. So habe zwar die sowjetische Nachrichtenagentur „Tass" über die schweren Meinungsverschiedenheiten auf der jüngsten Prager Ideologie-Konferenz berichtet, die CSSR-Medien aber hätten sich in Schweigen gehüllt.

Der kommunistische Parteiapparat entscheide direkt, welche Nachrichten und Meinungen publiziert werden dürfen und welche verschwiegen werden müssen. Die Journalisten, die von den politischen Instanzen „sorgfältig ausgesucht" worden seien und ständiger Überwachung unterlägen, erhielten auch genaue Anweisungen, wie gewisse Nachrichten zu „adaptieren" seien. Nach den Säuberungen der Jahre 1969 bis 1971 seien Tausende von Journalisten aus ihren Redaktionen gefeuert und statt dessen Mitglieder der Sicherheitsapparates angestellt worden.

Bonn rechnet weiter mit „sinnvoller Kooperation"

„DDR" besorgt über „laute Begleitung" der Zusammenarbeit

BERNT CONRAD, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, erwartet, daß die „DDR" auch künftig in ihrem eigenen Interesse „die Möglichkeiten der Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland nutzen wird, die ihr kein anderes Land bieten kann". Mit diesem Hinweis reagierte Windelen gestern vor Journalisten auf Äußerungen des Dresdener SED-Bezirkssekretärs Hans Modrow gegenüber der „International Herald Tribune", wonach die „DDR" den Beziehungen zu Bonn derzeit keine Priorität mehr zumesse.

Modrow hatte als vordringliches Ziel Ost-Berlins die Verbesserung der Beziehungen zu wichtigen westeuropäischen Staaten, vor allem Frankreich, Italien und Belgien, bezeichnet. Nach Ansicht des SED-Funktionärs ist eine enge Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten nicht möglich, wenn sich die Beziehungen Bonns zur Sowjetunion, Polen und anderen kommunistischen Staaten verschlechterten.

Windelen bemerkte dazu, die „DDR" habe schon früher Phasen einer Minderung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet, sei dann aber aufgrund ihrer „Interessensubstanz", die sich vor allem auf die Vorteile des innerdeutschen Handels beziehe, immer wieder zu einer sinnvollen Kooperation zurückgekehrt. Natürlich gebe es keine Gewähr, daß Regierungen nicht auch gegen ihre eigenen Interessen handelten. Die negativen Folgen müßten sie dann selber tragen. „Wir können die DDR nicht zur Kooperation zwingen."

Um neuen Kredit bemüht

Nach Angaben des CDU-Politikers hat sich Ost-Berlin in letzter Zeit um einen Kredit in Höhe von 400 Millionen Dollar bemüht. Dabei seien 100 ausländische Banken angesprochen worden, aber nur 70 hätten sich zur Beteiligung bereit erklärt. Windelen sah diesen Vorgang offensichtlich vor dem Hintergrund der letzten zwei Milliarden-Kredite aus der Bundesrepublik Deutschland. Wie ergänzend bekannt wurde, hat es bisher keinen offiziellen Wunsch der „DDR" nach weiteren Krediten aus der Bundesrepublik gegeben.

Generell äußerte der innerdeutsche Minister die Hoffnung, daß es mit den Gesprächen zwischen Bonn und Ost-Berlin 1985 „etwas vorangehen" werde. Zwar seien im ersten Halbjahr keine spektakulären Ergebnisse zu erwarten. Aber der neue sowjetisch-amerikanische Dialog könne förderlich sein. Windelen meinte, die „DDR" sei besorgt, daß sich eine „zu laute Begleitung" der innerdeutschen Zusammenarbeit schädlich auswirken könne.

Ein deutscher Kommunist

Den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker schilderte der Unionspolitiker als einen Kommunisten, der „auch ein deutscher Kommunist" sei, der für seine Leute etwas herausholen wolle. Dabei sei er auf einen Teilkonsens angewiesen.

Auf die Frage, ob die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine „härtere Gangart" in der innerdeutschen Politik einschlagen wolle, erwiderte Windelen, es gebe unterschiedliche Positionen zwischen der Regierung und dem Parlament. In Gesprächen mit den Unionsabgeordneten Gerhard Reddemann und Eduard Lintner – die eine deutlichere Sprache gegenüber Ost-Berlin angekündigt hatten – habe er jedoch festgestellt, daß es in der Bewertung der Bonner Deutschlandpolitik keine Unterschiede gebe. Auch Bundesminister Wolfgang Schäuble habe in Ost-Berlin die Schüsse an der Mauer mit großer Klarheit angesprochen.

Deutlichkeit in der Position bedeute keine Schärfe in der Sache, fuhr der innerdeutsche Minister fort. Die andere Seite verhalte sich ebenso. Sie beschimpfe Bonner Politiker als Revanchisten, obwohl diese sich nur an den Brief zur deutschen Einheit hielten, von dem Ost-Berlin behaupte, es wisse nichts davon.

Bischof wirbt in Italien für deutsche Einheit

KNA/DW. Bonn

Um Verständnis für den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung hat der Bischof von Hildesheim, Josef Homeyer, in einem Beitrag für die italienische Monatszeitschrift „Trenta Giorni" geworben. In dem Beitrag bekräftigt Homeyer, daß sich das Streben der Deutschen nach Wiedervereinigung gegen niemanden richte, und „daß keines von unseren Nachbarländern in Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland zu leben braucht". Die Erklärung des Bischofs ist eine indirekte Antwort auf die Absage des italienischen Außenministers Andreotti an den Wiedervereinigungsgedanken.

Homeyer, ehemaliger Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, schreibt, daß die Lösung der deutschen Frage nur möglich sein werde, wenn es gelinge, die Spaltung Europas zu überwinden. „Das heißt, wenn alle Völker zu Opfern bereit sind, sich um Verständnis und Ausgleich bemühen und Vereinbarungen treffen, die am Prinzip der Gerechtigkeit orientiert sind." Die meisten Deutschen hofften auf eine Wiedervereinigung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, die den nationalstaatlichen Grenzen ihre alte Bedeutung nehme und den Weg zu politischer, kultureller und religiöser Harmonie ebne.

Die Kirche sei dort gefordert, wo die geistige Frage den Bereich des rein Politischen überschreite, schreibt Homeyer. Zwar trage die deutsche Nation Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen. Dies schließe sie aber von den Grundrechten nicht aus, auf die sich alle Menschen und Völker berufen könnten. Dazu gehörten auch das Recht auf freie Bestimmung der Staats- und Gesellschaftsform sowie das Recht auf Wiedererlangung der nationalen Einheit. Am Ziel der nationalen und staatlichen Einheit zu rütteln, hieße die Fundamente der Bundesrepublik Deutschland als Staat und politisches Gemeinwesen in Frage stellen.

Alleingang der Union?

Medien-Verhandlungen scheiterten am Thema Werbung

PETER PHILIPPS, Bonn

Mit Lockerheit und demonstrativ herausgestellten kollegialem Umgang beendeten die Ministerpräsidenten gestern ihren vierten – erfolglosen – Versuch, sich über einen Staatsvertag zu einigen, der die Ausstrahlung von privatem und öffentlich-rechtlichem Hörfunk- und Fernsehprogramm sowie die Verteilung der Satelliten-Kanäle regeln soll. Nachdem zwei Tage zuvor Hessens Regierungschef Börner bereits die Verweigerung seiner Unterschrift angekündigt hatte, ließen seine Kollegen den Vertrag gestern über einen Dissens in der Frage der künftigen Werbemöglichkeiten des WDR platzen.

Die Unions-Ministerpräsidenten waren es nach eigenen Worten leid, in jede Beratungsrunde „mit neuen Zugeständnissen" (Lothar Späth) gegenüber dem Kompromiß von Bremerhaven gehen zu müssen.

Die SPD-Regierungen stehen unter dem Druck ihrer Basis, die auf dem Bundesparteitag in Essen nur mit großem Knirschen überhaupt die Öffnung in der Parteiführung gegenüber der Zulassung privater Rundfunkanbieter nachvollzogen hat. Zwar verwies Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der im Verlaufe der Monate zum Medien-Sprecher der SPD-Regierungschefs geworden ist, darauf, daß es auch Zugeständnisse seit der Bremerhavener Fast-Einigung gegenüber den Unions-Kollegen gegeben hat, doch im wesentlichen warb er weiterhin um den Versuch der Einigung. Auch Johannes Rau, um dessen WDR-Option es gestern vor allem ging, wollte kein Öl ins Feuer gießen und erinnerte daran, daß er immer seinen Vorbehalt für den WDR angemeldet habe. Er habe keinen Kompromißvorschlag von vornherein abgelehnt, auf welcher Basis sich Werbe-Sendezeiten errechnen sollten. Aber die Marge liege bei 80 bis 110 Minuten.

Bernhard Vogel beharrte darauf, daß der Einigungs-Versuch in Bonn „an einem Punkt gescheitert ist, wo wir von der Bremerhavener Einigung hätten abweichen müssen". Es gehe um die Frage, daß sich öffentlich-rechtliche Anstalten „primär aus den Gebühren", deren private Konkurrenz „primär aus Werbung" finanzieren müßten. Die Unions-Ministerpräsidenten würden am 14. Januar ihr weiteres Vorgehen abstimmen. Um „keine Spekulationen" über einen etwa jetzt schon abgestimmten Alleingang der B-Länder aufkommen zu lassen, bekräftigte Späth anschließend noch einmal, daß es „auch unser Ziel bleibt, zu einer Einigung unter allen Ländern" zu kommen.

„SPD schürt die Angst"

Seiters (CDU): Die eigentliche Opposition sind die Grünen

kie. Bonn

Der neue Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, hat der SPD vorgeworfen, „Pessimismus und Lebensangst" zu verbreiten, und der Partei „konzeptionelle und personelle Schwäche" attestiert. Der Politiker übte anläßlich der Vorstellung der jüngsten Leistungsbilanz der Bundesregierung gestern ausführliche Kritik an den Sozialdemokraten.

In der eigentlichen Rolle der Opposition sieht Seiters heute eher die Grünen als die SPD. Dies sei der Sozialdemokratischen Partei auch bewußt, die aus einem wachsenden Konkurrenzgefühl heraus „wie gebannt auf die Grünen starrt". Der Unionspolitiker findet diese Tatsache bedauerlich, denn „wir brauchen eine starke und konstruktive Opposition". Der gegenwärtige Zustand der SPD lasse dies aber nicht erhoffen; da gebe es „zu viele Flügel", darunter auch die, die mit den Grünen zusammenarbeiten wollen.

Insgesamt vermißt der CDU/CSU-Gechäftsführer „die klaren Eckpfeiler", die eine Opposition zu setzen habe. Eine geschlossenere SPD, mit weniger unterschiedlichen Stimmen, hätte sogar dazu beitragen können, daß manche Fehler der Regierungskoalition vermieden worden wären.

Seiters gab offen zu, daß die CDU/CSU in der FDP einen Koalitionspartner habe, der sich – vor allem auf den Gebieten der Rechts- und Innenpolitik – zuweilen schwertue. Den Dissens, der sich dadurch im Regierungslager auftun kann, sieht der Politiker jedoch nicht als bedenklich an. Entscheidend seien nicht die „Begleitumstände" von Beschlußprozessen, sondern die Entscheidung selber, die am Ende von allen getragen werde.

Die von Seiters vorgelegte Leistungsbilanz betont vor allem die Erfolge in der Friedens- und Bündnispolitik der Regierung, die trotz aller Hindernisse erzielten Fortschritte in der Deutschlandpolitik, die Konsolidierung des Haushalts, die verbesserte Situation für Lehrstellenbewerber, den Rückgang der Inflation, die Preisstabilität bei leichtem Lohnanstieg, die Rentenverbesserungen und die neuen Umweltschutzgesetze.

Die nächste Koalitionsrunde im Januar 1985 werde sich vor allem mit dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Minderheitenschutz befassen. Seiters bestätigte auch, daß die beiden Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP eine gemeinsame Position zur Lage der Nation ausarbeiten werden.

Berufungen im Hause Springer

DW. Bonn

Der Berliner Verleger Axel Springer hat Frau Friede Springer und den Hamburger Anwalt Bernhard Servatius mit sofortiger Wirkung zu Geschäftsführern der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik berufen.

Frau Springer, die Ehefrau des Verlegers, ist bereits seit langem Mitarbeiterin in der Geschäftsführung des Hauses. Bernhard Servatius, ein über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannter Anwalt, ist seit Jahren Rechtsberater der Unternehmensgruppe Axel Springer und Vertrauter des Verlegers. Er übernimmt in Vertretung von Verleger Springer den Vorsitz der Geschäftsführung der Gesellschaft.

„DDR" treibt Häftlinge zum Selbstmord

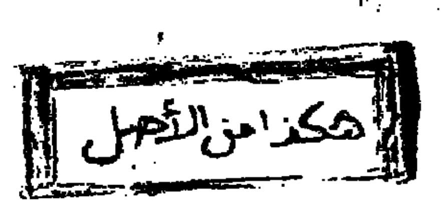
● Fortsetzung von Seite 1

Klaus Dombrowski, der in Bautzen I einsaß, wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme" von „DDR"-Gerichten verurteilt worden. Auch Dombrowski sah keinen Ausweg mehr.

Ankettungen, über Stunden oder Tage – berichtet die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" – gehören in den „DDR"-Gefängnissen für politische Häftlinge mittlerweile zur Tagesordnung. Etwa dann, wenn die Arbeitsleistung nach Meinung der Aufseher zu gering ist oder wenn sich Häftlinge weigern, am politischen Unterricht in den Strafanstalten teilzunehmen. Zudem werden Schlägertrupps eingesetzt. Sie achten darauf – dies berichtete der wegen angeblicher Spionage verurteilte Michael Klug, der nach dem Dienst in der „Nationalen Volksarmee" einen Ausreiseantrag gestellt hatte, nach seiner Entlassung aus der Haftanstalt Brandenburg in den Westen –, daß es für die Schläger-Einsätze keine Zeugen gibt. Die Mithäftlinge erfahren dennoch davon.

Die „DDR"-Gefängnisse, weiß man bei der IGFM, sind derzeit so voll belegt wie kaum zuvor. Die Zunahme an Inhaftierungen und Verurteilungen bestätigt die These von Kennern der „DDR"-Szene: Für jeden freigekauften Häftling wird ein weiterer „DDR"-Bewohner inhaftiert. Denn die 110 Millionen Mark, die das Innerdeutsche Ministerium in Bonn für Freikauf-Aktionen im Haushalt eingeplant hat, sind auch zu einem festen Titel im Ostberliner Haushalt geworden.

Allerdings hat die Regierung Kohl der „DDR" gewissermaßen einen Preisverfall „beschert". So kamen in diesem Jahr mit 2200 freigekauften „DDR"-Häftlingen fast doppelt so viele auf die begehrte Ausreise-Liste in den Westen wie zuvor – allerdings zum gleichen Preis.



Überall Fallstricke

JB. – Vor gut einem Jahr hatte Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in einer breit angelegten Rede über das „Unternehmen Hamburg" darum gebeten, die Stadt nicht immer in die negativen Schlagzeilen zu bringen. Befaßt man sich näher mit den wirtschaftlichen Vorgängen in dem Stadtstaat, gerät man bei dieser Aufforderung jedoch in arge Not. Jüngster Fall ist die vorzeitige Aufgabe des für die Geschäftsführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft vorgesehenen Gerhard Holtmeier. Von einer Findungskommission einstimmig vorgeschlagen und von den Gesellschaftern ernannt, hat Holtmeier seinen Posten aufgegeben, bevor er ihn angetreten hat. „Öffentliche Indiskretionen und vor allem die veröffentlichten Äußerungen von Repräsentanten der Handwerkskammer" hätten ihn zur Aufgabe bewogen, heißt es.

Es ist müßig, darüber zu streiten, wer an diesem Eklat die Schuld trägt. Bedeutsamer ist, daß Hamburg seinen Ruf bestätigt, für Topleute aus der Wirtschaft nicht das geeignete Pflaster zu sein. Wer will sich schon in der Hansestadt an führender Stelle exponieren, wenn überall politische Fallstricke gezogen und personelle Entscheidungen, die der Diskretion bedürfen, aus taktischen Gründen in die Öffentlichkeit lanciert werden.

Nach der Aufgabe von Holtmeier dürfte es n ach der Absage schon einiger „großer Namen" noch schwerer werden, gute Leute zu finden. Angesichts des großen Bedarfs an Managern in der Stadt (siehe etwa HEW) werden die Zeiten für ausgediente Politiker oder Parteifreunde, die einen Job brauchen, immer besser.

Ernst gemeint

Ha. (Brüssel) – In letzter Minute Mut bewiesen hat die EG-Kommission, als sie den Agrarministern einen erneuten Zahlungsaufschub für die „Superabgabe" auf zuviel produzierte Milch verweigerte. Die scheidende EG-Exekutive kann dadurch wenigstens für sich in Anspruch nehmen, es mit der Reform der kostspieligen Brüsseler Agrarpolitik ernst zu meinen. Nicht nur die Sorge, sich einen Abgang zu verschaffen, hat die Kommission freilich zu einer entschiedenen Haltung veranlaßt, sondern das Bewußtsein, dem Beschluß auch Nachdruck verschaffen zu können. Bei den monatlichen Vorauszahlungen an die Mitgliedsstaaten will sie jetzt den Betrag in Abzug bringen, der ihr aus dem Aufkommen aus der Milchabgabe zusteht. Einige Regierungen dürften sich deshalb überlegen, ob sie nicht besser daran täten, die Strafsteuer einzutreiben. Da in den nationalen Kassen Geld für die Finanzierung der Agrarpolitik fehlt, könnte sich das „Milchopfer" letztlich als weniger schmerzlich erweisen.

US-ZINSEN / Renommierte Experten glauben, daß die Talsohle bald erreicht ist

Die Notenbank wird in Zukunft eine restriktivere Geldpolitik betreiben

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich der Rückgang der kurzfristigen Zinsen fortgesetzt. Der Manufacturers Hanover Trust, New York, sind andere Banken gefolgt, die ebenfalls ihre Prime Rate um 0,5 und 10,75 Prozent – den niedrigsten Stand seit August 1983 – herabsetzten. Tagesgeld, das vor Jahresfrist noch 9,66 Prozent kostete, fiel seit Freitag zeitweise von 8,375 auf sieben Prozent. Dennoch scheint die Talsohle bald erreicht zu sein.

Nach Ansicht des Monetary Policy Forum in Washington, dem Nobelpreisträger, Leiter renommierter Konjunkturinstitute sowie ehemalige Präsidentenberater und Notenbanker angehören, wird das Federal Reserve System in Kürze als vorerst letzte Maßnahme den Diskontsatz noch einmal senken, und zwar in der Hauptsache aus technischen Gründen. Er ist seit über einem Jahr bei 8,5 Prozent eingefroren und hinkt in der Regel hinter dem Zinssatz für kurzfristige Kredite her, die Geschäftsbanken ihren besten Kunden gewähren.

Folgt man der Meinung dieser illustren Gruppe, dann bleibt der US-Zentralbank keine andere Wahl, als wieder stärker auf das riesige Haushaltsdefizit und damit auf die Preisstabilität zu achten. Nach ihrem Urteil wird der Kongreß niemals Präsident Reagans Ausgabenschnitte im Finanzjahr 1986 voll akzeptieren; statt der erhofften 42 Mrd. Dollar wird vermutlich nur die Hälfte gekürzt. Laut Lawrence Chimerin von der Chase Econometrics muß das US-Budgetdefizit in den kommenden Jahren jedoch von 200 auf 170 und 140 Mrd. Dollar schrumpfen, um den privaten Kapitalbedarf zu decken.

Das Forum sagt deshalb für die nächsten Monate wieder steigende US-Zinsen voraus, was mit Wall-Street-Prognosen übereinstimmt. Dabei wurde auch darauf verwiesen, daß die Notenbank im ersten Halbjahr eine großzügigere Geldpolitik betrieben habe, als vielfach angenommen. So stieg das Aggregat M1 (Bargeld und Sichteinlagen) nach Berechnungen der Federal Reserve Bank in St. Louis von Dezember 1983 bis Ende Juni um 8,2 (Jahresrate), seitdem aber nur um 1,4 Prozent.

Ein Konsens bestand darin, daß das Offen-Markt-Komitee in seiner Sitzung am Dienstag keinen monetären Kurswechsel vorgenommen hat; das heißt, im kommenden Quartal bleibt die „Fed" auf einem vorsichtigen Pfad. Angesichts des wieder etwas beschleunigten Konjunkturverfalls will man offensichtlich in der Constitution Avenue abwarten. Die von US-Finanzminister Regan geforderte Öffnung der Geldschleusen finde also nicht statt. Im Federal Reserve Board ist die Mehrheit dagegen.

Trotz des gebremsten Geldmengen-Wachstums sind wichtige Zinsen im Durchschnitt der Monate Oktober und November weiter gesunken. Dreimonatige Treasury Bills verbilligten sich von 9,97 auf 8,79, 10jährige Treasury Notes von 12,16 auf 11,57 und 30jährige Treasury Bonds von 11,98 auf 11,56 Prozent. Erstklassige Unternehmensanleihen fielen von 12,63 auf 12,29 Prozent. Der Abwärtstrend hielt im Dezember an; Anfang der Woche brachten dreimonatige Bills und 30jährige Bonds 7,95 und 11,48 Prozent.

Die Überzeugung, daß sich Geld in Amerika wegen der nur bruchstückhaft zu lösenden Defizitprobleme nicht auf Dauer verbilligt, ist nach Auffassung des Forums auch der Grund für den nicht zu erschütternden starken Dollar. Ein scharfer Kursverfall gilt jedoch als sicher, wenn die US-Zinsen in einer Rezession stärker sinken.

Daneben hält das Forum eine Korrektur des überbewerteten Dollar für möglich, wenn die Konjunktur in allen europäischen Ländern kräftiger anspringt, die Kapitalzuflüsse wegen der zunehmenden Anlagerisiken abebben oder der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, vorzeitig sein Amt aufgibt. Darüber wird am Potomac immer heftiger spekuliert.

Eine große Gefahr sieht Nobelpreisträger Paul Samuelson nach wie vor in der internationalen Schuldenkrise. Nach seiner Ansicht, die auch von dem früheren „Fed"-Gouverneur Andrew Brimmer geteilt wird, können amerikanische Banken 1985 leicht in unerwartete Finanzklemmen geraten.

VERKEHRSPOLITIK

Opposition kritisiert den ordnungspolitischen Rahmen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In der Verkehrspolitik bahnt sich eine Kontroverse zwischen Regierung und Opposition an. Bundeswirtschaftsminister Werner Dollinger hat aus Anlaß der Verabschiedung des „Verkehrsberichts der Bundesregierung" durch das Kabinett darauf hingewiesen, daß die Verkehrspolitik nach zweijähriger Arbeit in wichtigen Schwerpunktbereichen Erfolge zeige. Dagegen spricht der verkehrspolitische Sprecher der SPD, Klaus Daubertshäuser, von einer „erschreckend dürftigen" Bilanz.

Die Hinwendung Dollingers zu mehr Markt stößt auf erhebliche Kritik. Der Minister will den Ordnungsrahmen durch die Aufstockung des Genehmigungskontingents für den Bezirksgüterfernverkehr um ein Drittel, durch die schrittweise Freistellung der Beförderung mit Lkw bis vier Tonnen von der Kontingentierung, durch die Abschaffung des Bescheinigungsverfahrens im Werkverkehr, durch die Weiterentwicklung der Freistellungsverordnung und durch den Abbau von Tarifsprüngen zwischen Nah- und Fernzonen „behutsam" fortentwickeln.

Nach Ansicht Daubertshäusers wird dieses zu Lasten der kleineren und mittleren Transportunternehmen und der Bundesbahn gehen. Denn das Transportaufkommen werde kurz- und mittelfristig nur unwesentlich steigen. Durch die ins Auge gefaßten Maßnahmen würden jedoch Überkapazitäten im Transportbereich geschaffen. Dagegen betont Dollinger, er werde den Konzentrationstendenzen im Verkehrsbereich entgegenwirken. So will er bei den Ländern darauf hinwirken, daß kleine und mittlere Unternehmen künftig im Güterfernverkehr größere Chancen erhalten, die Zuteilung einer Genehmigung zu bekommen.

Hinsichtlich der Bundesbahn gab sich Dollinger zuversichtlich. „Die Politik der Bundesregierung zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn beginnt zu greifen", sagte der Minister. Statt des für 1983 ursprünglich vorausgesagten Defizits der Bahn von 4,9 Milliarden Mark konnte der Jahresfehlbetrag auf 3,75 Milliarden Mark begrenzt werden. 1984 könne der Fehlbetrag voraussichtlich um weitere rund 500 Millionen Mark reduziert werden. Neue Angebote der Bahn sicherten den Konsolidierungskurs auch auf der Angebotsseite ab. Für Daubertshäuser sind diese Verbesserungen durch unternehmerische Entscheidungen des Vorstandes der Bahn erreicht worden.

Zur Investitionspolitik merkte Dollinger generell an, es komme nicht darauf an, „möglichst viel zu bauen". Vielmehr müsse das Verkehrswegenetz von Schiene, Straßen und Wasserstraßen insgesamt und entsprechend den jeweiligen Vorteilen der einzelnen Verkehrsträger, den Bedürfnissen angepaßt und in seiner Substanz erhalten werden. Daher seien die Investitionsmittel für die Bahn erhöht worden.

Unrealistische Hoffnungen

Von WILHELM FURLER, London

Mit optimistischen Prognosen und Studien über seine wirtschaftliche Zukunft ist Großbritannien alles andere als reich gesegnet. Im Gegenteil: Die Entwicklung der vergangenen Jahre, insbesondere der beängstigende Verlust an Auslandsmärkten für die Mehrheit der britischen Erzeugnisse sowie die unaufhaltsame Durchdringung des heimischen Marktes mit Importgütern, hat zunehmend Anlaß zu Befürchtungen gegeben, die Leistungsbilanz könne trotz immer noch reichlich sprudelnden Nordsee-Öls und einer gesunden Dienstleistungsbilanz bald in die roten Zahlen abrutschen.

Umso erstaunlicher ist es, daß jetzt eine Studie vorgelegt worden ist, deren Optimismus kaum zu überbieten ist. Sie wurde von einer sehr renommierten Expertengruppe erstellt, nämlich dem Wirtschaftsforschungsinstitut der Chase Manhattan Bank. Hinter dieser Studie von Chase Econometrics steht eine Gruppe, die sich „Denke-Britisch-Kampagne" („Think British Campaign") nennt.

Die Zielsetzung ist eindeutig: „Kauft so viel wie möglich Waren, die im eigenen Land hergestellt worden sind, und schon bald wird es mit der Wirtschaft bergauf gehen." Genau zu diesem Ergebnis kommt die Chase-Studie, allerdings unter der sehr wichtigen Voraussetzung, daß sich die Qualität der Waren, insbesondere der Industriegüter, merklich verbessert. Als notwendige Qualitäts-Verbesserung definiert das Institut Fortschritte in den Bereichen Entwurf, Marketing, Zuverlässigkeit, Lieferbereitschaft und Eingehen auf Kundenwünsche.

Diese Qualitäts-Verbesserung hat der Studie zufolge bei Konsumgütern bereits zu einer beachtlichen Leistungs-Steigerung geführt, nämlich seit 1980 um rund 20 Prozent, was einem zusätzlichen Handelswert in diesem Jahr von 2,5 Milliarden Pfund (9,25 Milliarden Mark) entspricht.

Wenn dies bei Konsumgütern möglich ist, dann muß es auch bei Industriegütern möglich sein, folgert das Institut. Und schon hat es in seinen Computern hochgerechnet, was es für die britische Wirtschaft bedeuten würde, wenn die Tendenz bei Fertigwaren der verarbeitenden Industrie außerhalb des Konsumgüter-Bereichs auch nur um die Hälfte der Rate verbessert würde, um welche die Leistung bei Konsumgütern gestiegen ist.

Man will es kaum für möglich halten, was dabei herauskommt: Um immerhin 1,5 Milliarden Pfund (5,55 Milliarden Mark) würde sich die britische Leistungsbilanz pro Jahr verbessern (zum Vergleich: Leistungsbilanz-Überschuß in diesem Jahr höchstens eine Milliarde Pfund). Doch dies ist, wie es in der Studie von Chase Econometrics heißt, nur der Anfang der Geschichte. Es folgten zwangsläufig höhere Beschäftigung und damit steigende Konsumausgaben und wachsende Investitionen. Damit nicht genug: Die so verbesserte Zahlungsbilanz-Position würde es der Regierung erlauben, die Wirtschaft ohne die Risiken eines Defizits oder einer Pfundkrise anzukurbeln.

Kurzum: Mit Hilfe eines hohen Qualitäts-Bewußtseins könnte ein „Super-Großbritannien" geschaffen werden, da sich so die Leistungsbilanz bereits 1990 um 6,5 Milliarden Pfund (24 Milliarden Mark) und im Jahre 2000 um 22,3 Milliarden Pfund zu heutigen Preisen (82,5 Milliarden Mark) verbessert haben würde. Außerdem würde es 1990 rund 290 000 zusätzliche Arbeitsplätze geben, bis 1995 etwa 370 000 und im Jahr 2000 sogar 410 000.

Dies alles klingt natürlich zu schön, um wahr zu sein. Denn erstens läßt sich Qualität mit relativ veralteten Produktions-Anlagen nicht ohne weiteres verbessern. Zweitens ist Qualität weitgehend eine Frage der Mentalität; allein die Tatsache, daß in Großbritannien immer wieder an das Qualitätsbewußtsein appelliert werden muß, deutet diese Problematik an. Und schließlich ist Qualität beileibe nicht der einzige oder wichtigste Absatz-Faktor: Eine wichtige Rolle spielt nun einmal der Preis.

Genau da aber hat Großbritannien gegenüber den meisten Wettbewerbern nicht viel zu melden. Geringe Kapazitäts-Auslastungen in vielen Produktions-Bereichen ebenso wie unverändert überzogene Lohnforderungen, eine egoistische Gewerkschafts-Struktur, ein immer noch zu hoch bewertetes Pfund Sterling und vergleichsweise hohe Zinsen benachteiligen britische Hersteller erheblich.

Dennoch hat die unrealistische Chase-Studie ihren Zweck erfüllt, wenn die Hinweise auf größere Qualitäts-Anstrengungen immer häufiger auf fruchtbaren Boden fallen. Und schließlich haben optimistische Studien ja durchaus ihren psychologischen Wert. Es müssen ja nicht immer Hiobs-Botschaften sein, die über dieses Land ausgeschüttet werden.

AUF EIN WORT

„Wenn man die Wirtschaft in Schwung und die Arbeitslosen von den Straßen bringen will, dann muß man dafür die Voraussetzungen schaffen. Selbst das sozialistische Frankreich hat erkannt, daß Steuererhöhungen niemandem nützen, daß vielmehr Steuersenkungen die wirtschaftliche Dynamik beflügeln, aus der neue Arbeitsplätze wachsen."

Dr. Henning Schleifenbaum, Präsident der Industrie- und Handelskammer Siegen. FOTO: F. AN HAACK

„Investitionen sind Schlüsselgröße"

Hamburg (dpa/VWD) – Die außenwirtschaftlichen Impulse werden für die deutsche Wirtschaft 1985 nicht mehr so stark sein wie 1984. Dies ergebe sich aus der Verlangsamung des Konjunkturanstiegs in den USA, erklärt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in seinem jüngsten Konjunkturbericht. Die deutsche Ausfuhr werde aber weiter eine wichtige Auftriebskraft sein. Für die Entwicklung der Inlandsnachfrage komme der Investitionsneigung der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu. So rechnet das HWWA 1985 mit einem deutlich stärkeren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen. Insgesamt sei 1985 ein Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent zu erwarten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Einigung mit Spanien über Zeitplan des Zollabbaus

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG und Spanien haben sich über einen Zeitplan für den industriellen Zollabbau, Einfuhrkontingente für Kraftfahrzeuge sowie über Regelungen für den Handel mit Stahlerzeugnissen geeinigt. Damit ist kurz vor Jahresschluß doch noch ein deutlicher Erfolg bei den Beitrittsverhandlungen gelungen.

Der allgemeine Zollabbau soll sich über sieben Jahre erstrecken und nach drei Jahren (also nach den bisherigen Planungen am 1.1.1989) 52,5 Prozent betragen. Dafür verzichtet die Gemeinschaft auf ihre ursprüngliche Forderung nach einem schnelleren Abbau spanischer Hochzölle.

Für Kraftfahrzeuge wurde bis Ende 1988 ein jährliches zollfreies Einfuhrkontingent von 32 000, 36 000 und 40 000 Stück festgelegt. 4000 Lizenzen sollen jeweils zur Hälfte vorab britischen und italienischen Herstellern zugeteilt werden. Der Rest wird im „Windhundverfahren" vergeben, also ohne EG-interne Aufteilung.

Im Stahlbereich erklärten sich die Spanier zu Mengenbeschränkungen beim Export bereit, solange die eigene Industrie Subventionen erhält. Als Basis wurden die spanischen Lieferungen des Jahres 1976/77 in Höhe von 827 000 Tonnen gewählt. Die Bundesrepublik braucht davon nur 35 Prozent aufzunehmen.

Einigkeit wurde auch über die Vertretung Madrids in den europäischen Institutionen erzielt. Vom Tage des Beitritts an darf Spanien zwei Vertreter in die Brüsseler Kommission und 60 Abgeordnete ins Europa-Parlament entsenden. Die designierte neue Kommission hat bereits bei der Geschäftsverteilung den künftigen spanischen und portugiesischen Mitgliedern Ressorts reserviert. Über Wein, Obst und Gemüse und über die Fischereipolitik sollen die Beitrittsverhandlungen Ende Januar weitergeführt werden.

GESAMTMETALL

„Flexibilisierungsbilanz einseitig und sehr dürftig"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als „einseitig und äußerst dürftig" hat der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) die von der IG Metall veröffentlichte „Flexibilisierungsbilanz" bezeichnet, die von 30 000 Betriebsvereinbarungen von 3,5 Millionen Metall-Beschäftigten spricht und dies als Erfolg für neue, flexible Arbeitszeitregelungen darstellt.

Entscheidend ist nach Auffassung von Gesamtmetall die Ausnutzung der unterschiedlichen betrieblichen Bedürfnisse. „Im übrigen ist es ein echtes Selbsttor für die Gewerkschaften, wenn sie frohlockend etwas begrüße, was den Arbeitslosen am wenigsten helfe: einheitliche und starre Arbeitszeiten." Gerade die von den Gewerkschaften abgelehnte Differenzierung der individuellen Arbeitszeit zwischen 40 und 37 Stunden sei der Hoffnungsträger für viele Arbeitslose.

Wenn die tarifliche Arbeitszeitverkürzung nicht gleichmäßig auf alle Beschäftigten verteilt, sondern auf die Betriebsbereiche konzentriert wird, in denen das ausfallende Arbeitsvolumen ohne wesentliche Zusatzkosten durch Neueinstellungen ausgeglichen werden kann, wird auch die neue Arbeitszeitregelung von einem nennenswerten Arbeitsmarkteffekt begleitet sein.

Gesamtmetall weist jedoch auf weitere Möglichkeiten der Flexibilisierung hin, so die Möglichkeit, die betriebliche von der individuellen Arbeitszeit abzukoppeln, so daß Arbeitszeitverkürzung für die Mitarbeiter nicht gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung für die Maschinen bedeutet. Weiter könne auch bei einer einheitlichen individuellen Arbeitszeit hinsichtlich der Dauer die tatsächliche Arbeitszeit der Beschäftigten je nach Arbeitsanfall unterschiedlich sein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DIW fordert höhere Entwicklungshilfe

Berlin (dpa/VWD) – Eine Aufstockung der deutschen Entwicklungshilfe hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gefordert. Das Pro-Kopf-Einkommen gehe in vielen rückständigen Ländern weiter zurück, und auch für 1985 sei in diesen Staaten keine Besserung zu erwarten. Die Leistungen der Bundesrepublik seien 1983 und 1984 nach Abzug der Kostensteigerungen allenfalls auf ihrem vorher erreichten Niveau gehalten worden. Auch der Haushaltsplan 1985 sehe mit 6,6 Mrd. DM (plus drei Prozent) real stagnierende Leistungen vor.

Beschränkung auf Region

Bonn (dpa/VWD) – Die Genossenschaftsbanken sollen künftig im Sinne des Regionalprinzips nur Geschäfte in ihrem unmittelbaren Einzugsbereich wahrnehmen. Das sieht das neue, überarbeitete Statut der Volksbanken und Raiffeisenbanken vor, das vom Verbandsrat inzwischen gebilligt wurde und jetzt dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen sowie dem Bundeskartellamt zur Genehmigung vorliegt. Das oberste Gremium der Genossenschaftsbanken zieht damit die Konsequenzen aus einer Reihe von Problemfällen. Auslöser war meist ein zu starkes Expansionsstreben und häufig auch eine unsolide Geschäftsführung der jeweiligen Bankleiter.

USA lenken ein

Brüssel (Ha.) – Über einen Kompromiß im Streit um die europäischen Röhrenlieferungen hat die EG-Kommission gestern mit den USA verhandelt. Washington hatte überraschend seine Bereitschaft erklärt, der Gemeinschaft einen Marktanteil von 7,6 statt 5,9 Prozent einzuräumen. Allerdings setzt das Angebot voraus, daß die EG ihre bisherigen Ausnahmewünsche drastisch reduziert. Betroffen wären vor allem Lieferungen von Hoesch an seine amerikanische Tochter, die nach Meinung der USA auf die Quote angerechnet werden sollten.

Einigung über Beihilfe

Bonn (dpa/VWD) – Die Wirtschafts- und Finanzminister des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen haben sich gestern mit den Vertretern des deutschen Kohlebergbaus und der Stahlindustrie über die Kokskohlebeihilfe für 1984 verständigt. Wie das Wirtschaftsministerium in Bonn mitteilte, wird die Differenz zwischen dem kostendeckenden Preis für deutsche Kokskohle von 240 DM pro Tonne und dem Weltmarktpreis von 185,20 DM zu 45,30 DM pro Tonne von der öffentlichen Hand und zu zehn DM von den beiden beteiligten Wirtschaftszweigen getragen.

Moto-Meter-Aktien notiert

Stuttgart (VWD) – Zum Kurs von 155 DM je 50-DM-Aktie wurden die Stammaktien des Kfz-Armaturenherstellers Moto Meter AG, Leonberg/Württ., gestern erstmals im geregelten Freiverkehr an der Stuttgarter Wertpapierbörse gehandelt. Der Ausgabekurs lag bei 115 DM.

Mehr Ersparnisse

Frankfurt (cd.) – Trotz relativ kräftiger Einkommenssteigerungen der privaten Haushalte gehen vom privaten Verbrauch nur leichte expansive Impulse auf die Konjunktur aus. Die Verbraucher nutzten die Einkommensbesserung nach dem Arbeitskonflikt vorwiegend für die Ersparnisbildung, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Die private Ersparnis ist nach ihrem 13prozentigen Rückgang im zweiten Quartal wieder um 8,5 Prozent im dritten Quartal gestiegen. Damit hat sich die Sparquote von 11,5 auf 12,5 Prozent erholt.

Brasilien will umschulden

New York (dpa/VWD) - Brasilien hat den ausländischen Gläubigerbanken nach Darstellung von New Yorker Bankenkreisen eine langfristige Umschuldung von rund 50 Mrd. Dollar vorgeschlagen. Das ist etwa die Hälfte der gesamten brasilianischen Auslandschulden von knapp 100 Mrd. Dollar.

Osram investiert in Berlin

Berlin (tb.) – Die Osram GmbH, Berlin/München, konzentriert ihre Weltfertigung im Bereich der neuen Lampentechnologien im Werk Spandau in Berlin. Zu diesem Zweck werden innerhalb der nächsten drei Jahre für Baumaßnahmen, den Aufbau neuer Fertigungstechnologien und Umstrukturierungsmaßnahmen rund 90 Mill. DM investiert.

IFO-PROGNOSE / Günstige Voraussetzungen für stetige Aufwärtsentwicklung

Optimismus für starkes Jahr 1986

DANKWARD SEITZ, München

Der Durchbruch zu einem mittelfristig angemessenen Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik ist zwar noch nicht geschafft, doch kann nach Ansicht von Karl-Heinrich Oppenländer, dem Präsidenten des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, mit „einigem Optimismus" ab 1986 mit einem stärkeren Aufschwung gerechnet werden. Für das kommende Jahr aber müsse man sich noch einmal bei insgesamt „günstigen" Voraussetzungen noch einmal auf eine „relative stetige, aber mäßige Aufwärtsentwicklung" einstellen. Nach der Ifo-Prognose wird das reale Bruttosozialprodukt dabei im Durchschnitt 1985 um 2 bis 2,5 Prozent wachsen nach ebenfalls 2,5 Prozent im laufenden Jahr.

Gefahren für die Konjunkturentwicklung sieht Oppenländer mit Ausnahme des unwägbaren Dollar-Kurses kaum. Der weltwirtschaftliche Rahmen für ein Anhalten der Erholung sei gegeben und auch die Grundbedingungen im Inland seien überwiegend positiv zu beurteilen. Durch das Fehlen von Spannungen habe auch die Wirtschaftspolitik keinen Anlaß, bremsend einzugreifen. Besondere Risiken könnten sich neben stärkeren Währungsturbulenzen höchstens aus der Nicht-Umsetzung der vereinbarten flexibleren Arbeitszeitgestaltung und aus einem erneuten Zerreden der geplanten Steuerreform aus verteilungspolitischen Gesichtspunkten ergeben.

Die Wachstumsträger 1985 werden, so Oppenländer, die Ausrüstungsinvestitionen und erneut der Export sein. Wenn auch die seit 1983 starke Exportkonjunktur etwas abflache, so würde sie doch an dem geringeren Zuwachs des Welthandelsvolumens von 4 bis 5 (1984: 8 bis 9) Prozent mit einem Plus von 6 (7) Prozent überdurchschnittlich partizipieren. Dies sei auch ein Grund dafür, daß nun wie in früheren Konjunkturzyklen die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe anspringt. Hier könne mit einem Anstieg von real mehr als 10 Prozent gerechnet werden.

Nicht zuletzt, weil die Beschäftigung 1985 erstmals seit 1980 wieder leicht steigen wird, erwartet Oppenländer, daß auch der private Verbrauch sich etwas günstiger entwikkelt. Ein Mehr wäre nur dann möglich, wenn es gelingen würde, die Arbeitslosenquote weiter zu reduzieren. Das aber setze wiederum voraus, daß die Kapazitätsauslastung der Unternehmen von derzeit 82 Prozent auf über 85 Prozent steige. Über diese Schwelle werde man vorerst kaum hinwegkommen. Eindringliche warnte Oppenländer vor der Annahme, daß das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren so stark ausfällt, daß die Arbeitslosigkeit rasch sinkt.

Eckdaten der Ifo-Prognose

Werte in Prozent	1985	1984
Privater Verbrauch	+ 1,5	+ 1,0
Staatsverbrauch	+ 1,5	+ 1,0
Ausrüstungsinvestit.	+ 5,0	± 0
Bauten	− 2,0	+ 1,5
Vorratsveränd. (Mrd. DM)	13,5	14,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	70,0	58,5
Ausfuhr	+ 6,0	+ 7,0
Einfuhr	+ 4,0	+ 6,0
Bruttosozialprodukt	+2,0–2,5	+ 2,5
Arbeitslosenquote	9,3	9,4
Inflationsrate	2,0	2,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	25,0	12,0

AUTOPRODUKTION

Rekord durch Vorholschichten

INGE ADHAM, Frankfurt

Einen neuen Rekord stellte die deutsche Automobilproduktion im November auf: Mit 434 400 Automobilen, darunter 408 200 Pkw/-Kombiwagen, erreichten die Kraftwagenhersteller ihre bisher höchste Monatsproduktion. Zwar steigerten sogenannte Vorholschichten für die weihnachtlichen Betriebsferien das Produktionsergebnis, aber entscheidend geprägt wurde es von den anhaltenden Exporterfolgen der Branche. Denn allein 61 Prozent der Novemberproduktion an Pkw und Kombiwagen waren für den Export bestimmt. Insgesamt wurden in den ersten elf Monaten dieses Jahres 1 996 300 Pkw und Kombiwagen exportiert, trotz der streikbedingten Produktionslücke vom Frühsommer, gut die Menge des Vorjahres.

Einbußen gab es dagegen bei den Nutzkraftwagen, die mit 141 500 Einheiten um fünf Prozent unter der Vorjahreszahl blieben. Die gesamte Autofertigung der ersten elf Monate unterschreitet mit 3 707 000 Fahrzeugen das Vorjahresergebnis streikbedingt um drei Prozent; die Nutzkraftwagen sind dabei um sieben Prozent auf 235 000 zurückgefallen. Die Branche büßte damit im vierten Jahr hintereinander bei den Lkw Stückzahlen ein.

Insgesamt jedoch dürften die Autoproduzenten mit dem Ergebnis ihrer „Aufholjagd" nach den streikbedingten Produktionsausfällen zufrieden sein. Ob damit aber die Ertragseinbußen bei den einzelnen Herstellern durch lange stillstehende Bänder überall ausgeglichen werden, läßt sich noch nicht abschätzen. Kummer bereitet derzeit nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt, die „weiterhin offene Frage, wie die europäisch noch nicht abgestimmten Abgasvorschriften letztlich aussehen" werden. Dies hat im November die Inlandsaufträge für Personenkraftwagen weiter sinken lassen, und zwar auch deutlich unter den Wert von November 1983. Gut ist dagegen nach wie vor der Bestelleingang aus dem Ausland, beim schwachen Lkw-Geschäft kündigt sich aber keine Änderung an.

OPEC-KONFERENZ / Am Richtpreis wollen die Förderländer festhalten

Marktstabilisierung ist unwahrscheinlich

IRENE ZÜCKER, GENF

Bei der Eröffnung der 72. Opec-Konferenz in Genf erhob der indonesische Erdölminister und Konferenzpräsident Subroto Vorwürfe gegen die Nordseeölproduzenten und die Industrienationen. Für die gegenwärtig unstabile Situation auf dem Ölmarkt sowie für den gegenwärtigen Preiskrieg machte er vor allem die Nordseeölproduzenten, insbesondere England, verantwortlich sowie die Industrienationen, die den Markt mit ihren Öllagern überschwemmen. Gleichzeitig appellierte Subroto an die Nicht-Opec-Mitglieder, auch an die Nordseekonkurrenten, mit der Opec zu kooperieren.

Außerdem bestätigte der Konferenzpräsident die Entschlossenheit der Opec, den Richtpreis von 29 Dollar je Faß für „Arabian Light" zu verteidigen. Sogar, wenn dies eine weitere Produktionsreduktion bedeuten würde.

Erstmals nehmen neben den Ministern der 13 Opec-Länder und den beiden Beobachtern Ägypten und Mexiko auch Malaysia und Brunai-Darussalam teil, was als Zeichen von Schwäche gewertet wird, da die Opec bisher andere erdölproduzierende Länder ignoriert hat; in der gegenwärtigen Zwangssituation sucht man nun ihre Kooperation und bietet sogar die Opec-Mitgliedschaft an, was bisher von diesen Ländern abgelehnt worden ist.

Heftig diskutiert wird gegenwärtig der vom Komitee für Preisunterschiede (Differentials) präsentierte Vorschlag, wobei die Produktionsländer von „Arabian Heavy" bereit wären, die vom Komitee für Preisunterschiede vorgeschlagene Preiserhöhung von 50 Cents anzunehmen, während sich die Erzeuger von „Extra Light" wehren, ihren Preis um die vorgeschlagenen 25 Cents zu reduzieren. Der Richtpreis von 29 Dollar je Faß ist umumstritten.

Doch die Vertreter der Ölgesellschaften aus USA, Japan und Europa, sind der Ansicht, wenn diese Konferenz für „Arabien Light" am Richtpreis von 29 Dollar je Faß und wie vom Opec-Markt-Beobachtungsausschuß empfohlen, am Produktionsschnitt von 16 Millionen Barrel pro Tag festhalten will, sei ein weiterer Verfall der Erdölpreise nicht aufzuhalten. Um den Markt zu stabilsieren, müßte die Preisspanne zwischen den teuersten und den billigsten Ölqualitäten von gegenwärtig vier Dollar auf zwei Dollar reduziert werden – eine drastische Revision der Preisunterschiede, die von Scheich Yamani und seinen Kollegen nicht zu erwarten ist.

Die Opec scheint gegenwärtig aber vor drastischen Preismaßnahmen zurückzuschrecken und wäre eher bereit, die Produktion weiter zu senken. In Gesprächen mit Konferenzteilnehmern wird jedoch klar, daß die Organisation zur Zeit die Preispolitik von Norwegen und England abwarten möchte, um erst dann eigene Entscheidungen zu fällen.

Sparkasse Berlin mit Ertrag zufrieden

dpa/VWD, Berlin

Die Sparkasse der Stadt Berlin West konnte 1984 ihre Position am Berliner Markt behaupten. Die Bilanzsumme werde, so Vorstandsvorsitzender Hubertus Moser, erstmals 15 (Ende 1983: 14,3) Mrd. DM überschreiten. Der Spareinlagenbestand werde bei der zweitgrößten deutschen Sparkasse mit rund 6,1 Mrd. DM auf Vorjahresniveau bleiben.

Demgegenüber nahm der Nettoabsatz an Schuldverschreibungen um rund 23 Prozent zu. Ihr Umlauf erhöhte sich um mehr als 300 Mill. auf etwa 1,7 Mrd. DM. Die Forderungen an Kunden dürften zum Jahresultimo mit rund 8,4 Mrd. DM nur um rund ein Prozent über Vorjahresniveau liegen. Wachstumsträger war wiederum das Realkreditgeschäft.

Mit der Ertragslage 1984 zeigte sich Moser zufrieden. Der Zinsüberschuß, so erklärte der Vorstandsvorsitzende, werde über dem des Vorjahres liegen. Auch die Zinsspanne habe sich gegenüber dem Vorjahr (3,26 Prozent) leicht verbessert. Das Betriebsergebnis – im Vorjahr 1,63 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme – liege ebenfalls etwas höher. Der Bilanzgewinn dürfte wieder bei 55 Mill. DM liegen.

BUNDESBANK / Export entwickelte sich stürmisch

Kräftige Nachfrageimpulse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der deutsche Export hat in den *letzten Monaten einen stürmischen* Aufschwung genommen. Nicht mehr nur Aufholeffekte nach den Arbeitskämpfen, sondern kräftige Nachfrageimpulse gaben den Ausschlag für die Dynamik des Auslandsgeschäfts, bemerkt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht.

In den Monaten August bis Oktober sind die Ausfuhren, saisonbereinigt um elf Prozent dem Wert nach und neun Prozent dem Volumen nach, gegenüber dem Zeitraum Mai bis Juli gestiegen. Das Vorjahresniveau wurde nominal um 17 Prozent und real um elfeinhalb Prozent übertroffen. Die deutsche Exportwirtschaft, so betont die Bundesbank, profitiere wegen ihres spezifischen Produktionsprogrammes in besonderem Maße vom Ingangkommen der Investitionskonjunktur in den meisten wichtigen Industrieländern.

Die Bundesbank spricht von einem Ausfuhrboom in die USA und nach Kanada, wohin die deutschen Lieferungen von August bis Oktober um 45 Prozent bzw. 40 Prozent höher waren als in der gleichen Vorjahreszeit. Auch die Exporte in die westeuropäischen Industrieländer, die wichtigsten Märkte für deutsche Industrieerzeugnisse, wurden stärker ausgeweitet. So kletterten die Ausfuhren nach Großbritannien um 28 Prozent, nach Italien um 25 Prozent und nach Frankreich um 16 Prozent. Kräftige Zuwächse gab es auch für die Exporte nach Dänemark (17 Prozent), in die Schweiz (15 Prozent) und die Niederlande (13 Prozent).

Bemerkenswert aufnahmefähig waren auch die Entwicklungsländer. Dies galt selbst für die Staaten mit hoher Auslandsverschuldung in Lateinamerika. So stiegen die deutschen Ausfuhren nach Brasilien um 36 Prozent, nach Argentinien um 32 Prozent, nach Mexiko um 26,5 Prozent; damit wurde allerdings das vor dem zahlungsbilanzbedingten Einbruch erzielte Ausfuhrniveau noch nicht wieder erreicht.

Kräftig erhöht haben sich auch die Ausfuhren in einige Ostblock-Staaten wie Ungarn (20,5 Prozent), Rumänien (18,5 Prozent) und Polen (neun Prozent). Die Ausfuhren in die Opec-Länder waren wegen der Leistungsbilanzdefizite noch um 12,5 Prozent niedriger als vor Jahresfrist.

STINNES / Der scheidende Vorstandsvorsitzende Günter Winkelmann hat sein Handelshaus gut bestellt

Nach zwei Jahren Konsolidierung wieder Wachstum

HANS BAUMANN, Essen

Zwei Jahre lang hat die Phase der Konsolidierung des größten deutschen Handelshauses gedauert. Jetzt beginnt für die Stinnes AG, Mülheim, wieder ein behutsames Wachstum in straffer geschnürtem Korsett. Vorstandsvorsitzender Günter Winkelmann, der seit 1969 diese Position einnahm und zum Jahresschluß in den Ruhestand tritt, hat sein Haus bestellt. Er wird es am 1. Januar 1985 an Hans-Jürgen Knauer abgeben, der in Personalunion den Vorstandsvorsitz bei Veba-Glas beibehält.

Die Konsolidierung brachte im Geschäftsjahr 1984 einen erneuten *Rückgang des Umsatzes um 4* (13,7) Prozent auf 16,7 Mrd. DM. Doch der Konzernüberschuß wird nach Auskunft von Winkelmann „nicht nur eine gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte Abführung an die Veba AG erlauben, sondern auch eine angemessene Dotierung der Rücklagen". Der Jahresüberschuß 1983 hatte bereits 156 (97) Mill. DM betragen, wovon Mutter Veba (99,61 Prozent) 35 (31) Mill. DM erhielt.

Planmäßig wurde der Umsatz im internationalen Mineralölgeschäft erneut zurückgeführt. Der übrige Konzern aber wird 1984 ein Umsatzplus von 7 Prozent erreichen, das sind effektiv 800 Mill. DM. Auch Stinnes Industries in den USA haben Ballast abgeworfen und konsolidiert. Seit dem vierten Quartal 1984 wird dort wieder schwarz geschrieben. Winkelmanns Erbe für seinen Nachfolger: „Alle Unternehmensbereiche sind heute gesund, ertragsstark und zukunftsorientiert."

Der Bereich Brennstoffe International hat noch einmal Umsatz eingebüßt, und zwar 19 Prozent auf 5,91 Mrd. DM. Man verhielt sich vorsichtiger im Markt, und ein großer Kontrakt von Stinnes Interoil entfiel. *Stinnes Intercarbon hat seinen Markt* ausgebaut. Das Geschäft mit südafrikanischer Kohle über Rotterdam wurde auf der Rheinschiene und in westeuropäischen Ländern ausgebaut. Besondere Aufmerksamkeit wird dem skandinavischen Markt gewidmet.

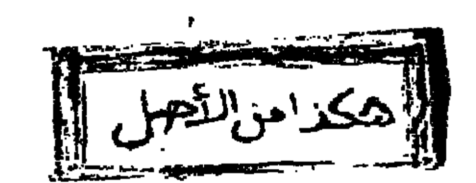
Stinnes Interoil in Hamburg weitete sein Afrikageschäft aus. Im östli*chen Mittelmeer* wurden neue Verträge abgeschlossen. Die Niederlassungen in Zug, Mailand, Paris und Bahrain, das immer mehr zum Rotterdam des Orients wird, haben zum guten Ergebnis von Interoil Hamburg beigetragen. Interoil New York hat sich ganz auf den amerikanischen Markt konzentriert, insbesondere auf die Belieferung von Kraftwerken an der Ostküste und in der Karibik. Der Bereich *Brennstoffe* wird wieder ein gutes Ergebnis vorlegen, ohne das hervorragende Vorjahresniveau erreichen zu können.

Die Flaute am Baumarkt hat den Bereich Baustoffe von Stinnes getroffen, auch wenn das Gesamtergebnis noch auf der guten Vorjahreshöhe liegt. Bei Stinnes-Trefz steigt der Umsatz jedoch noch leicht. Der Baustoff-Fachhandel aber spürt die Flaute. Er versucht sich stärker auf den Endverbraucher zu konzentrieren. Vorbild sind die Baumärkte, die noch „erfreulich" abschließen werden.

Das Ergebnis des Bereiches Chemie wird wie im Vorjahr als gut bezeichnet. Bestimmend ist die gute Inlandskonjunktur und der hohe Dollarkurs, der die Importe erschwert, wovon aber wiederum die importierende Brenntag negativ betroffen wird. Brenntag konnte den Umsatz in Lösungsmitteln noch einmal steigern. Aber hier verdunkelt sich die Zukunft, weil die Hersteller von Farben und Lacken bemüht sind, den Anteil an Lösungsmitteln deutlich zu senken, um den Umweltforderungen nachzukommen.

Erze und Mineralien melden ein Umsatzplus von 20 Prozent auf 1,19 Mrd. DM. Der technische Handel legte 7 Prozent auf gut 1 Mrd. DM zu. Der Selbstbedienungsgroßhandel der Agros-Märkte und der Deutschen SB-Kauf liegt mit einem Minus von 2 Prozent im Branchendurchschnitt. Im Einzelhandel dagegen erwarten die SB-Warenhäuser einen Zuwachs von nominal 4 bis 5 Prozent, real rund 2 Prozent. Der gesamte SB-Handel des *Konzerns* legte 4 Prozent auf 2,2 Mrd. DM zu.

Spedition und Lagerei profitierten von der Konjunktur. Sie werden ein Umsatzplus von 13 Prozent auf über 2 Mrd. D erreichen. Schiffahrt und Häfen dagegen leiden unter der Überkapazität, die den Wettbewerb verschärft, trotz leicht gestiegener Mengen. Das Gesamtminus aller Unternehmensbereiche von 2 Prozent stammt aus dem Handel, der 6 Prozent weniger umsetzte, nämlich gut 14 Mrd. DM. Verkehr und Dienstleistungen dagegen strahlen mit einem Plus von 10 Prozent auf 2,66 Mrd. DM.



GRUNDIG / Für die Strukturbereinigung noch 250 Millionen Mark notwendig

Zwang zu weiterer Konzentration

JOACHIM WEBER, Fürth

Die Grundig-Gruppe, Fürth, nach der Übernahme der Führung durch den Philips-Konzern in neuer Gestalt (ohne Grundig-Bank und Hotels), hat noch einen längeren Prozeß der Strukturbereinigung vor sich. Hermanus Koning, neuer Vorstands-Chef der Grundig AG, schätzt die Aufwendungen dafür auf mindestens 250 Mill. DM. Welche Maßnahmen damit zu finanzieren sein werden, mag er noch nicht bekanntgeben. Klar sei nur, daß es wegen großer Überkapazitäten auch um die weitere Konzentration gehen müsse. Und: „Wir haben viel zu hohe Gemeinkosten. Die müssen wir beseitigen." Gestärkt werden sollen zudem die Investitionsgüterbereiche der professionellen Elektronik (1984/85: plus 30 Prozent) und der Bürotechnik (im wesentlichen Diktiergeräte und Anrufbeantworter).

Obwohl die Strukturbereinigung, für die 1983/84 (31. 3.) Rückstellungen von 65 Mill. DM gebildet wurden, auch die Ergebnisse der kommenden *Jahre erheblich belasten werden, soll* der Fehlbetrag schon 1985/86 um runde 100 Mill. DM unter den 286 Mill. DM des Vorjahrs liegen. Die Gewinnschwelle hofft Koning im Kalenderjahr 1986 zu erreichen, um für 1986/87 insgesamt bereits einen „kleinen Gewinn" (bis zu 50 Mill. DM ausweisen zu können.

Der 100-Millionen-Sprung dieses Jahres soll freilich auch andere wesentliche Ursachen als die Restrukturierung haben. Zum einen wurden im bisherigen Jahresverlauf die Gerätehalden auf etwa die Hälfte abgebaut. Zum anderen stieg der Umsatz bis Ende Oktober – auch dank der in diesem Jahr angelaufenen Produktion von Videorecordern – um runde acht Prozent. Das war auch nötig. Denn im letzten Geschäftsjahr schlugen sich neben gedrückten Preisen und niedrigeren Mengen auch die hohen Aufwendungen für Rationalisierung und Personalanpassung (von 27 900 auf 24 100 Mitarbeiter) im Ergebnis nieder. Nachdem der jetzt neu gefaßte Teilkonzern für 1982/83 noch *einen Jahresüberschuß* von 65 (Fehlbetrag 1981/82: 81) Mill. DM ausgewiesen hatte, rutschte er 1983/84 mit ansehnlichen 286 Mill. DM ins Minus.

Zu der rasanten Verschlechterung haben auch Bewertungsmaßnahmen in beiden Jahren einiges beigetragen. Hatte Grundig noch 1982/83 den Ergebnisausweis durch Rückstellungsauflösung und Zuschreibungen zu den Vorräten um 140 Mill. DM verschönert, so wurden für 1983/84 Abschreibungen von rund 100 Mill. DM fällig. Der neue (holländische) Finanzchef Pieter de Jong: „Von einer konservativen Bewertung sind wir jetzt auf eine realistische übergegangen." Tröstlicherweise stammt nicht der gesamte Neuverlust aus den nötigen Wertkorrekturen. De Jong weist auch auf die zusätzlichen Belastungen durch forcierte Entwicklungsarbeit und den Anlauf neuer Produkte – zum Beispiel der VHS-Recorder – hin: „Das ist ein Grund, der Zukunft mit etwas positiverer Erwartung entgegenzusehen".

Die Kapitalbasis für diese Zukunft ist geschaffen. Wie geplant, wurden zum 1. Dezember Genußscheine der Grundig AG im Nominalwert von 250 Mill. DM an ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank abgegeben. Sie sollen spätestens zum 31. März 1994 in 100 Mill. DM neue Stammaktien umgewandelt werden. *Danach werden die Max-Grundig-*Stiftung und die Familie Grundig noch 49,5 Prozent der Grundig AG halten. 22,9 Prozent werden bei Philips und der Rest bei den Banken liegen.

NORDLB / Belebung in der zweiten Jahreshälfte

Höherer Zinsüberschuß

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit insgesamt befriedigenden Ergebnissen rechnet die Norddeutsche Landesbank (NordLB), Hannover, im zu Ende gehenden Jahr. Bernd Thiemann, Vorsitzender des Vorstands, verweist auf die seit Mitte 1984 anhaltende Geschäftsbelebung, die sich sowohl volumens- als auch ertragsmäßig im letzten Quartal noch verstärkt hat. Vor diesem Hintergrund sei für 1984 entgegen dem Branchentrend mit einem etwas höheren Zinsüberschuß als 1983 (555 Mill. DM) zu rechnen. Als „sehr erfreulich" bezeichnet Thiemann das Betriebsergebnis, das einschließlich des Eigenhandels 340 (350) Mill. DM erreichen dürfte.

Nach den ersten zehn Monaten ergab sich ein Bilanzsummenwachstum von 1,2 Prozent auf 58,5 (57,8) Mrd. DM . Das Kreditvolumen wird mit unverändert 1,4 Mrd. DM ausgewiesen. Die Ursache liege in dem geringeren Geschäft mit den öffentlichen Händen, das wegen der oft ungenügenden Margen nicht forciert wurde. *Die* Schuldverschreibungen stehen Ende Oktober mit 29,8 (28,9) Mrd. DM zu Buche. Die Spareinlagen erhöhten sich auf 3,1 (3) Mrd. DM; dabei bleiben die Zinsgutschriften zum Jahresende unberücksichtigt.

Innerhalb des Konzerns erhöhte sich die Bilanzsumme um 2,5 Prozent auf 85,7 (83,6) Mrd. DM und das gesamte Kreditvolumen um 1,4 Prozent auf 63,1 (62,2) Mrd. DM. Die Einbindung der Bremer Landesbank in den Konzern habe sich als positiv erwiesen. Die Bestandsübertragung (rund 400 Mill. *DM*) auf die Bremer Landesbank wird die Bilanzsumme des Instituts erheblich beeinflussen. Bei der Luxemburger Tochter erwartet Thiemann ein Betriebsergebnis von 62 *Mill. DM;* die *Mittel* bleiben *im* Rahmen der Vorsorge für Auslandsengagements in Luxemburg.

Neben der Stärkung der Reserven (20 Mill. DM gehen in die Rücklagen) wird die NordLB wieder eine Dividende von 4 Prozent an die Gewährsträger, das Land Niedersachsen und die niedersächsischen Sparkassen, ausschütten. Für die Risikovorsorge werden aus dem Ergebnis rund 150 Mill. DM bereitgehalten.

Zu den „Hängepartien" der Bank *gehört Thiemann zufolge das Essener* Bauunternehmen Huta-Hegerfeld. Der „größte Brocken" des Kreditverzichts in Höhe von 86 Mill. DM sei allerdings bereits in der Bilanz 1983 verarbeitet worden. Aus dem Restengagement (etwa 5 Prozent) erwachsen der Bank nur noch relativ geringe Belastungen. Die Wertberichtigungen *sollen unter dem Aspekt der* Huta-Geschäftsfortführung vorgenommen werden.

Keine wesentlichen Probleme erkennt Thiemann im Zusammenhang mit der Abwicklung des Adca-Engagements. Weitgehender Konsens mit den Eignern der Bank ist, so Thiemann, über die Notwendigkeit von Kapitalerhöhungen *erzielt worden.* Bis 1989 soll das Kapital um 280 Mill. DM aufgestockt werden. Die erste Tranche (40 Mill. DM) soll Ende 1985 der Bank zufließen.

Pegulan gerade noch zufrieden

dpa/VWD, Frankenthal

Die Pegulan-Werke AG, Frankenthal, rechnet für das Geschäftsjahr 1984 mit einem Umsatz von rund 510 Mill. DM, das wären 5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Konzern dürfte der *Umsatz um ebenfalls 5 Prozent* auf über 1,3 Mrd. DM steigen. Dieter Vogel, Vorstandsvorsitzender dieses zur Batig (B. A. T.-Gruppe) zählenden Bodenbelagsherstellers, kennzeichnete das Geschäftsjahr 1984 als einen Hindernislauf mit hohen Hürden und vielen Stolpersteinen. Pegulan habe ein gerade noch zufriedenstellendes Ergebnis *erzielt. Der Jah*resüberschuß dürfte bei 28 (23) Mill. DM liegen, das Betriebsergebnis bei 60 (53) Mill. DM. Es spricht vieles dafür, daß die Vorjahresdividende (7 DM pro Stammaktie und 8 DM pro Vorzugsaktie) beibehalten wird.

Pegulan konnte, so Vogel, seine Marktanteile weiter steigern – mit der Ausnahme der Sparte keramische Fliesen. Bei Bodenbelägen kam es im Inland zu einem erheblichen Druck auf die Preise. Ein Investitionsschwerpunkt war der Bereich Kunststoff-Formteile, deren Hauptabnehmer die Autoindustrie ist. Im kommenden Jahr sollen insgesamt wieder rund 90 Mill. DM investiert werden. Vermutlich schon in nächster Zukunft will Pegulan in Spanien – angesichts der zu erwartenden starken Zunahme der Autoproduktion ein *Kunststoff-Unternehmen erwerben.*

NAMEN

Merten von Helldorff, wurde vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Allgemeinen Kreditversicherung Aktiengesellschaft, Mainz, bestellt.

Hans Georg Pleitgen (56), langjähriger Marketing Direktor der International Harvester Company mbH und nach Übernahme des International Harvester Baumaschinenbereichs durch Dresser Europe S. A. Heidelberg Vertriebsdirektor, scheidet am 31. Dezember *1984 auf eigenen* Wunsch aus dem Unternehmen aus bleibt diesem aber in beratender Funktion weiter verbunden.

Dr. **Rudolf Eberhard,** ehemaliger bayerischer Finanzminister und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Vereinsbank, München, wurde zum Vorsitzenden der Aufsichtsräte der Wüstenrot-Gesellschaften, Ludwigsburg, bestellt. Er ist Nachfolger von Dr. **Alfred Hetzel,** der sein Amt nach über zehnjähriger Tätigkeit niederlegt.

Dr. **Günter Winkelmann,** Vorstandsvorsitzender der Stinnes AG, Mülheim (Ruhr), tritt nach Vollendung des 65. Lebensjahres am Jahres*ende in den Ruhestand.* Nachfolger wird Dr. **Hans-Jürgen Knauer** (53), der seine Positionen als Vorstandsmitglied der Veba AG und als Vorsitzender des Vorstandes der Veba-Glas AG in Personalunion beibehält.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Augsburg: Werner Käuferle, Aichach; **Bad Iburg:** Lindis GmbH & Co. KG, Dissen TW.; **Bersenbrück:** Ursula Schulte, Kauffrau u. Sekretärin, Fürstenau; **Bielefeld:** Gerlind Bruns; **Cloppenburg:** Emsteker Rohrleitungsbau GmbH, Emstek-Halen; **Essen:** Urnau Bauges. mbH; **Euskirchen:** Paul Bungarten Verwaltungsges. mbH; **Hannover:** EHG Edelstahlhandelsges. mbH; **Kaiserslautern:** Lutra Touristik Service GmbH; **Köln:** Manfred Hintermeier, Frechen-Hücheln; **Ludwigsburg:** Nachl. d. Fred Joachim Bodem, Ditzingen; **München:** ITA Maschinen Import GmbH, Garching; **Niebüll:** Erich Ohlsen, Bauunternehmer, Westre; **Wuppertal:** Gustav Hammel GmbH & Co., Velbert; Hammel Beteiligungs-GmbH, Velbert; Weimann GmbH.

Vergleich eröffnet: Bielefeld: Multimedia Ges. f. Media-Planung u. Streuung mbH.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Franz Prentzel Maschinen- u. Anlagenbau GmbH; **Hechingen:** Adolf Kromer OHG, Sanitäre Anlagen – Heizungsbau.

SCHOTT-GRUPPE / Aufbau als „Komponentenlieferant für Spitzentechnologien"

Die Konsequenz trägt Früchte

INGE ADHAM, Frankfurt

Früchte einer konsequent eingehaltenen Unternehmenspolitik erntet derzeit die Schott-Gruppe, Mainz, eines der beiden Unternehmen der Zeiss-Stiftung. Harte Strukturmaßnahmen in den zurückliegenden Jahren und die teilweise mit hohem Aufwand erkaufte Präsenz in wichtigen Abnehmerländern haben sich mit dem weltweiten konjunkturellen Aufschwung potenziert und dem Stiftungsunternehmen im Jahr des hundertjährigen Bestehens das bisher beste Jahr in Auftragseingang und Umsatz beschert.

Dahinter steckt auch der gezielte Aufbau einer „Schlüsselrolle als Komponentenlieferant für Spitzentechnologien", wie Heinrich J. Klein, Sprecher des Vorstands der Schott Glaswerke, Mainz, die Position des Unternehmens in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) umreißt.

Anlaß für die zufriedenen Töne aus Mainz bietet ein Umsatzwachstum in den 13 inländischen Unternehmen der Gruppe um 16 *Prozent auf* 1,25 Mrd. DM; davon entfallen auf das Stammunternehmen mit Werken in Mainz, Wiesbaden und Landshut 667 *Mill. DM,* 20 *Prozent* mehr als im Jahr zuvor. Denn Schott ist mit neuen Röhrenformaten und traditionellen Farbfernsehröhren wieder gut im Geschäft.

In Italien wurde Videocolor als Kunde wiedergewonnen und *damit* der Umsatzausfall durch die Schließung des Ulmer Videocolor-Werkes (rund 50 Mill. DM) ausgeglichen. Der Boom im Elektronikgeschäft sorgte auch bei dem Komponentenzulieferer (Werk Landshut) für „Rekordumsätze", und die Nachfrage nach Glaskeramik-Kochflächen stieg so stark, *daß es zu Lieferengpässen kam.* In Mainz sollen deshalb in diesem Jahr die Kapazitäten erweitert werden.

Mit plus 15 Prozent fiel der Zuwachs auf dem deutschen Markt „überraschend" hoch aus, betont Klein. Dabei entfallen lediglich zwei Prozent auf Preissteigerungen. Gleichzeitig stieg der Export um 17 *Prozent, so daß* die Exportquote mit 53 Prozent unverändert bleibt. Inklusive der ausländischen Gesellschaften kommt Schott auf einen Weltumsatz von 1,54 Mrd. DM, 18 Prozent mehr als im Vorjahr, der gesamte Auslandsanteil liegt bei 63 Prozent.

Unter den fünf Sparten – Elektro, Optik, Chemie, Rohr, Gebrauchsglas – glänzte die mit gut einer halben Milliarde *größte* Sparte Elektro mit dem stärksten Wachstum (25 Prozent), aber auch mit allen anderen Bereichen zeigt sich Schott zufrieden, die Basis für das rund 300 Mill. DM starke US-Geschäft wurde mit dem Erwerb eines Herstellers von Instrumenten für die Prozeßkontrolle in der chemischen Industrie nochmals verbreitert. Der Auftragseingang der inländischen Gruppe liegt mit 1,3 Mrd. DM um 18 Prozent über dem Vorjahr.

Die positive Entwicklung hat ebenfalls auf den Ertrag durchgeschlagen. Das dokumentieren auch die Pläne der Gruppe für dieses Jahr. Neben den *„höchsten* Investitionen der Geschichte" mit 150 (100) Mill. DM – etwa die Hälfte davon dient der Erweiterung von Kapazitäten – soll auch der Aufwand für Forschung und Entwicklung (im Stammhaus 4,5 Pro*zent vom Umsatz) deutlich steigen,* gleichzeitig wird die Entschuldung vorangetrieben. In der inländischen Gruppe sorgte die Belebung für 300 Neueinstellungen, weitere Einstellungen sind vorgesehen. Auch im neuen Geschäftsjahr erwartet Schott ein Wachstum von rund zehn Prozent.



Wieder steigende Aktienkurse

Kursexplosion an der Wall Street sorgte für Anregungen

DW. – Zwar herrschte an den Börsen eine gewisse Enttäuschung über das geringe Volumen der Kaufaufträge, denn nach der vorangegangenen festen Tendenz der US-Aktien hatte man mit mehr Zulauf gerechnet, doch sorgten die auf breiter Front eingetretenen Kurssteigerungen am Aktienmarkt für den Fortbestand der zuversichtlichen Stimmung. Glattstellungen des Berufshandels, der sich vorbörslich eingedeckt hatte, führten im Verlaufe zu leicht nachgebenden Notierungen, doch schlossen die meisten Papiere über ihre Vortagsnotiz.

Für deutsche Spitzenwerte lagen wieder Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Deutsche Investoren wandten sich nunmehr auch den Maschinenbauwerten zu. Davon profitierten insbesondere GHH-Stammaktien, deren Kurs um fast fünf DM heraufgesetzt wurde. Nachfrage kam auch nach MAN auf. Linde-Aktien konnten ihren kräftigen Vortagsgewinn noch etwas ausbauen. Großchemiewerte setzten ihren langsamen Anstieg fort, von den Nebenwerten des Chemiemarktes verbesserten sich Beiersdorf deutlich. Der enttäuschende Ausblick des Pegulan-Vorstandes auf das kommende Jahr ließ die Kurse der Stamm- und Vorzugsaktien unberührt. Von den Bankaktien lagen die beiden bayerischen Institute bis zu fünf DM fester, während die übrigen Großbanken nur bis zu 1,50 DM zulegten. Der durch die Verhaftung von drei Gesellschafter wieder aufgerührte Fall der SMH-Bank scheint besonders Ausländer zu irritieren.

Düsseldorf: DAT stockten um 4 DM und Hageda um 5 DM auf. Hein. Lehmann gaben um 5 DM, Keramag um 3 DM und Kochs Adler um 2,50 DM nach. Schubsa und Düwag verloren je 2 DM. Zanders verbesserten sich um 2 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 75 DM und Aggripina Rück um 10 DM.

Frankfurt: Altana stockten um 6 DM und Binding um 4,50 DM auf. BBC erhöhten um 6 DM und Gestra um 4 DM. KSB-Vorzüge verbesserten sich um 4,50 DM und Pfälzische Hypo um 10 DM. Nachgegeben haben MAB um 8 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 88,50 DM gut behauptet. Beiersdorf mußten mit 383 DM bezahlt werden. Gut erholt lagen Reichelt bei 100 DM sowie Markt und Kühlhallen bei 398 DM. Vereins- und Westbank gingen auf Vortagsbasis zu 295 DM aus dem Markt.

München: Bay. Lloyd verbesserten sich um 5 DM, Blattmetall um 10 DM und Electronic 2000 um 20 DM. Grünzweig stockten um 2 DM und Brauhaus Coburg um 25 DM auf. Leonische Draht verloren 4,50 DM und Otto Stumpf 1 DM.

Berlin: Orenstein wurden um 8 DM und Schering um 4 DM heraufgesetzt. Bergmann und DUB-Schultheiss lagen um je 3 DM fester. Herlitz St. erholten sich um 1,50 DM. Berliner Kindl ermäßigten sich um 2,50 DM und Berliner Elektro um 2 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 160,0 (158,1)
Welt-Umsatzindex: 1950 (1560)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

[illegible]

Optionshandel

... Daimler 1-580/10, 4-570/10, Deutsche Bk 7-380/4,6, Dresdner Bk 4-190/4, 7-180/2,9, Hoechst 4-180/1,3, 7-170/1, 7-180/2,4, Hoesch 7-100/5,5, Klöckner 4-65/1,5, 4-70/3,3, Lufthansa St. 1-170/5, Lufthansa Vz. 7-180/10, Schering 4-420/7, Siemens 4-440/4,4, Thyssen 7-80/3, VW 4-190/1,4, 4-200/5,2, 7-190/5, 7-200/7,8, Chrysler 4-95/5,85, General Motors 4-230/9,1, IBM 4-360/6,2, 7-350/5, 7-360/9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅛– 8⅜	5⅛–5¼	5⅛–5¼
3 Monate	8⅛– 8⅜	5⅛–5⅜	4⅞–5⅛
6 Monate	8⅞– 9⅛	5¼–5⅜	4⅞–5⅛
12 Monate	9¾–10	5¼–5⅜	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1495,00	1852,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1205,00	1455,20
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	218,00	271,32
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,00	266,76
20 belgische Franken	168,00	218,88
10 Rubel Tscherwonez	227,00	286,14
2 südafrikanische Rand	213,00	265,62
Krüger Rand, neu	974,00	1150,26
Maple Leaf	974,00	1150,26
Platin Noble Man	941,00	1112,64
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	240,00	300,96
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	226,86
20 franz. Franken „Napoléon"	179,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	894,00	1083,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	180,00	228,00
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,00	124,26
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	415,00	513,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,00	135,66

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

19. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4]	Ankauf	Verkauf
New York[3]	3,0860	3,0940	3,0634	3,04	3,13
London[1]	3,632	3,646	3,621	3,60	3,75
Dublin[1]	3,116	3,130	3,055	2,19	2,29
Montreal[3]	2,3430	2,3510	2,3180	2,29	2,39
Amsterd.	88,470	88,690	88,545	87,50	89,50
Zürich	121,130	121,230	121,180	120,00	122,75
Brüssel	4,975	4,995	4,924	4,85	5,05
Paris	32,585	32,715	32,205	31,75	33,50
Kopenh.	27,850	27,970	27,500	26,75	28,80
Oslo	34,400	34,520	33,850	33,50	35,25
Stockh.**)	34,850	35,010	34,420	34,00	35,75
Mailand[2] **)	1,616	1,626	1,588	1,58	1,68
Wien	14,220	14,260	14,155	14,14	14,36
Madrid**)	1,802	1,812	1,777	1,75	1,87
Lissabon**)	1,850	1,870	1,736	1,43	2,25
Tokio	1,2480	1,2510	–	1,21	1,27
Helsinki	47,830	48,030	46,950	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,411	2,465	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,573	2,592	–	2,64	2,64
Johannesbg.*)	1,5963	1,6155	–	1,45	1,70

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar zeigte am 19. 12. weiterhin keine Tendenz zum Ausbruch. Bei wiederum nur kleinen Umsätzen verzeichnete man eine Schwankungsbreite von 3,0820 bis 3,0945. FED Funds tendierten am Vortag erneut schwächer, die Bondmärkte erneut freundlich und die Euro-Dollar-Zinssätze gaben teilweise nochmals um ¼ Prozent nach. Die erste Blitzumfrage des Bruttosozialprodukts des 4. Quartals brachte einen Anstieg um 2,8 Prozent. Dies wurde positiv angesehen. Jedoch durch eine gleichzeitige Revision des 3. Quartals auf 1,6 Prozent nach 2,7 Prozent egalisiert. Die amtliche Notiz lautete 3,0900. Man beobachtete dort einen Verkauf der Bundesbank in Höhe von 9,85 Mill. Dollar. Nachdem die Tagesgeldsätze am Nachmittag mit 7¾ Prozent genannt wurden, kletterte der Dollar auf 3,0980. Die stärkste Veränderung erlebte das englische Pfund mit einem Rückgang um 4,6 Prozent auf 3,639. Schwache Ölpreise und düstere Einschätzung für die britische Währung waren dafür verantwortlich. US-Dollar in: Amsterdam 3,4900; Brüssel 62,02; Paris 9,4840; Mailand 1905,75; Wien 21,6950; Zürich 2,5491; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/Dollar 1,1777; Pfund/DM 3,639.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 19. Dezember: In D-Mark 2,22796 (Parität 2,24184); in Dollar 0,720672 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 19. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Weiter nachgebende Euro-Dollar-Sätze waren am 19. Dezember ausschlaggebend für nochmals verringerte Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77/0,67	2,34/2,24	5,40/5,20
Pfund/Dollar	0,14/0,12	0,39/0,36	0,45/0,41
Pfund/DM	1,90/0,50	4,50/3,10	8,30/6,90
FF/DM	22/06	48/32	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 12.: Tagesgeld 5,45–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Inlandszertifikate

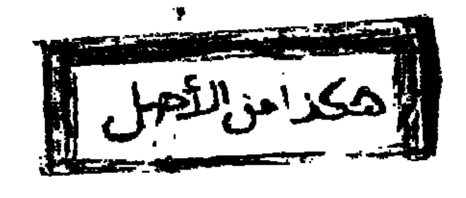
[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]



Bundesanleihen

		19. 12.	18. 12.
F 8½ Bund 73 I	3/85	100,5	100,5
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,6	100,6
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,95	100,95
8 dgl. 76 IV	10/85	101,6	101,55
5½ dgl. 78 II	3/86	99,55bG	99,5
5¾ dgl. 78	5/86	99,1	99
7¼ dgl. 78 I	12/86	102,8	102,3
6½ dgl. 79	1/87	100,8bG	100,75
7½ dgl. 78 II	1/87	102,15	102,15
6¾ dgl. 77	4/87	101,2	101,15bG
6½ dgl. 77	7/87	100,8	100,8
6 dgl. 77	10/87	99,7	99,65
6 dgl. 78 I	1/88	99,6bG	99,5
6½ dgl. 78 I	9/88	100,6	100,55
6½ dgl. 78 II	12/88	100,75	100,6
6¾ dgl. 79	1/89	101	101
7¼ dgl. 79 I	4/89	102,3G	102,3
10 dgl. 81	4/89	111,1	111,1
7½ dgl. 79 I	6/89	103,1	103,1
8 dgl. 79 I	7/89	104,75	104,75
8 dgl. 79 II	8/89	104,8bG	104,55bG
7½ dgl. 79 II	9/89	103,15	103,1
7¾ dgl. 79 II	11/89	104,15	104,1
7¾ dgl. 80 I	1/90	104,05G	104,05
10 dgl. 80	4/90	112,65	112,65
5¾ dgl. 78	5/90	96,8	96,8
8¾ dgl. 80 I	7/90	105,8G	105,8
8¾ dgl. 80 II	11/90	105,8	105,8
7¾ dgl. 82	11/90	104,05bG	103,95
9 dgl. 81	2/91	108,95	108,9
10½ dgl. 81	7/91	115,3bG	115,25
10¾ dgl. 81	8/91	118,15	118,15
10 dgl. 81 II	12/91	114,9	114,8bG
9¾ dgl. 82 I	1/92	113,65	113,55
9¾ dgl. 82 II	3/92	113,7bG	113,8
6 dgl. 78 II	3/93	97	97
9,5 dgl. 82	4/92	112,85	112,65
9 dgl. 82	6/92	109,8	109,75
8½ dgl. 82	6/92	107,7	107,65
9 dgl. 82	8/92	110,05G	110G
8¾ dgl. 82	9/92	108,8	108,8
7¾ dgl. 82	12/92	104,25	104,1
7½ dgl. 83	1/93	103,05G	103,05
7½ dgl. 83 II	3/93	103,1	103,1
7½ dgl. 83 III	6/91	103bG	102,9
8¼ dgl. 83	6/83	106,45	106,4
8 dgl. 83	7/83	105,1bG	105
8¼ dgl. 83 II	8/93	106,45	106,45
8¼ dgl. 83 III	10/93	106,7	106,7
8¼ dgl. 83 IV	11/93	106,55	106,45bB
8¼ dgl. 83 V	12/93	106,7	106,7
8¼ dgl. 84	1/94	106,7	106,85bG
8¼ dgl. 84 II	2/94	106,75	106,75
8 dgl. 84	3/94	105,15bG	105,05
8¼ dgl. 84	6/94	106,8	106,7G
8¼ dgl. 84 IV	7/94	107bG	106,7G
8¼ dgl. 84 V	8/94	107,2bG	106,9G
7½ dgl. 84	10/94	103,15	103bG
F 8 B.Obl. 80 S.2	2/85	100,25G	100,25
8½ dgl. 80 S.3	2/85	100,3G	100,3
9½ dgl. 80 S.4	3/85	100,6	100,6
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	100,75	100,75
8½ dgl. 80 S.6	5/85	100,8	100,8
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,85	100,8bG
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,85	101G
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	101,75	101,75
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,95G	102,95
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,15	103,15
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,45	104,45
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,65	104,65
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,4G	104,4
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,85	104,85
10½ dgl. 81 S.16	6/86	106,2	106,2
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,5	107,5
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,4bG	107,4
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,65	106,65
9½ dgl. 81 S.20	11/86	106G	106
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,2G	107,2
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,75G	106,75
9½ dgl. 81 S.23	12/86	106,1G	106,1
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	106,85	106,8bG
9½ dgl. 82 S.25	3/87	106,55bG	106,55
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	106,2	106,2
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,6	105,6
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,45	104,45
9½ dgl. 82 S.29	7/87	107,05	107,05
9 dgl. 82 S.30	8/87	106,05	106,05
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	105,7	105,65
8½ dgl. 82 S.32	10/87	104,75	104,75
8 dgl. 82 S.33	11/87	104	104
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	103,45bG	103,4
7½ dgl. 82 S.35	12/87	102,8	102,8
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	102,2bG	102,1bG
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	100,8bG	100,7bG
7 dgl. 83 S.38	5/88	101,4	101,4
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	102,1	102,1
7½ dgl. 83 S.40	6/88	102,85	102,85
8 dgl. 83 S.41	8/88	104,1	104,05
8 dgl. 83 S.42	9/88	104,3	104,3
8 dgl. 83 S.43	12/88	104,6	104,6
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	105,25	105,25
8 dgl. 84 S.45	3/89	104,1bG	104,05
7½ dgl. 84 S.46	4/89	102,2	102,2
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	103,25	103,25
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	103,15bG	103,1bG
7½ dgl. 84 S.49	10/89	102,25	102,25bG
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	101,35	101,3bG
7 dgl. 84 S.51	12/89	100,35	100,25

Bundesbahn

		19. 12.	18. 12.
F 6½ Bdbahn 79	2/85	100,05G	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,25	100,25
7 dgl. 77	2/87	101,5	101,55
6 dgl. 77	9/87	99,5	99,5
6 dgl. 78 II	7/88	99	99

Renten weiter freundlich

Die sich verstärkenden Hoffnungen auf einen abwärts gerichteten Zinstrend in den USA haben nicht nur dort die Kurse der festverzinslichen Papiere anziehen lassen, sondern auch die Tendenz am deutschen Rentenmarkt positiv beeinflußt. Die Kurse öffentlicher Anleihen wurden bis zu 0,15 Prozentpunkte heraufgesetzt, allerdings bei geringen Umsätzen. DM-Auslandsanleihen lagen bis zu einem Viertelpunkt befestigt, in einigen Emissionen scheint eine gewisse Kursreserve entstanden zu sein. Pfandbriefe gelegentlich freundlicher, doch auch hier nur geringe Umsätze.

	19. 12.	18. 12.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
7 dgl. Pf 31	100,75G	100,75
8 dgl. Pf 34	97,5	97,5
6½ dgl. Pf 37	99,25G	99,25G
8 dgl. Pf 51	100,15	100,15G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,75G	95,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	88,25G	87,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	84G	84bG
6½ dgl. Pf 123	93G	93G
6½ dgl. Pf 141	92,5G	92,5G
7 dgl. Pf 143	97,5G	97,5G

	19. 12.	18. 12.
Hn8 dgl. Pf 10	100,5bG	100,5bG
9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90G	90G
6 dgl. Pf 85	83G	83G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	127,5G	126G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
8 dgl. Pf 26	98,5G	98,5G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	126,5G	126,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	77,5G	77,5G

	19. 12.	18. 12.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 80	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 99	100,2G	100,2G
8 dgl. 101	104G	104G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	106,15G	106,15G
D 8 LAG TS 76	101,6	101,6G
6½ dgl. TS 77	100,35	100,3G
5½ dgl. 78	97,4	97,4G
7 dgl. 79	101,1	101,25G

Industrieanleihen

	19. 12.	18. 12.
F 8 Badenwerk 78	97,5G	97,25G
F 8 Chem. Hüls 71	100,6	100,6T
7¾ Cont. Gum. 71	100,75	100,8G

	19. 12.	18. 12.
4½ C F Dt. Bk. 77 m0 $	126,5T	
4½ dgl. 77 o0 $	86,75	
3¾ Dt. Bk. 83 m0	130,5	
3¾ dgl. 83 o0	88,2	
6¼ Dt. Bk. 83 m0	109G	
6¼ dgl. 83 o0	78,25	
4 Dresd. Bk. 83 m0	112G	
4 dgl. o0	90,9	
8 dgl. 84 m0	133	
8 dgl. 84 o0	104	
3½ Hoh Fuel 84 m0	97,5T	
3½ dgl. 84 o0	90T	

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

		19. 12.	18. 12.
...			
F dgl. 84		103.95	103.95G
dgl. 81		112,95G	112,95
...rd.Wied.aufb. 82		107,16	107,1
dgl. 83		101,75G	101,75
dgl. 83		105,25	105,25G
dgl. 84 I		102,85G	102,6T
dgl. 84 II		102,5T	102,5T
...Rentbk. RS 14		98,76	98,76
RS 15		99,75G	99,75G
RS 16		99,7G	99,7G
RS 19		99,5G	99,5G
RS 21		100G	100G
RS 36		99,95G	99,95G



Axel Springer-Ullstein Unterstützungseinrichtung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.
Berlin, den 23. Oktober 1984
Der Liquidator
Günther Klenke
Kaiser-Wilhelm-Str. 6
2000 Hamburg 36

Warenpreise – Termine

Erneut schwächer schlossen am Dienstag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee deutliche Verluste hinnehmen mußte, konnte sich Kakao knapp behaupten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 12.	17. 12.
Dez.	347,75	343,25
März	343,25	340,75
Mai	337,50	336,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	18. 12.	17. 12.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence I CW	240,46	240,86
Amber Durum	251,34	251,34

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	142,80	143,00
März	148,30	148,50
Mai	152,40	153,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,50	124,50
März	127,40	126,90
Mai	128,50	128,10

Hafer Chicago (c/bush)	18. 12.	17. 12.
Dez.	183,25	183,25
März	178,50	178,25
Mai	174,00	173,75

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	257,00	258,00
März	268,50	269,50
Mai	275,50	276,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 12.	17. 12.
Dez.	140,50	140,00
März	136,20	136,30
Mai	136,80	136,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 12.	17. 12.
Terminkontr. Dez.	142,00	146,00
März	138,60	141,25
Mai	136,85	138,80

Kakao New York ($/t)	18. 12.	17. 12.
Terminkontr. Dez.	2050	2050
März	2070	2071
Mai	2075	2071
Umsatz	1582	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	3,72	3,70
März	4,41	4,37
Mai	4,75	4,75
Juli	5,07	5,04
Sept.	5,34	5,32
Umsatz	7320	8556

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 12.	17. 12.
	3,45	3,56

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	18. 12.	17. 12.
Jan.	2221-2223	2232-2234
März	2211-2213	2226-2228
Mai	2201-2202	2216-2219
Umsatz	2073	1099

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1838-1840	1826-1827
März	1833-1834	1821-1822
Mai	1841-1843	1829-1830
Umsatz	2272	2836

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	125,20-125,40	124,80-125,00
Mai	133,00-133,40	132,40-132,80
Aug.	143,20-143,80	142,80-143,00
Umsatz	–	1925

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 12.	17. 12.
schw. Sarawak spez.	427,50	427,50
weißer Sarawak	857,50	857,50
weißer Muntok	665,00	665,00

Orangensaft New York (c/lb)	18. 12.	17. 12.
Jan.	159,90	160,20
März	162,40	163,20
Mai	163,30	163,80
Juli	163,50	163,90
Sept.	161,50	161,50
Umsatz	500	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	18. 12.	17. 12.
Südstaaten fob Werk	41,00	39,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,25	29,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,85	27,35
Jan.	26,50	25,63
März	25,84	25,05
Mai	25,50	24,80
Juli	25,20	24,50
Aug.	24,85	24,10
Sept.	24,80	23,80

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	28,50	28,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	26,00	26,00
Choice white hog 4% fr. F.	20,25	20,25

Talg New York (c/lb)		
top white	21,00	21,00
fancy	20,75	20,75
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	52,50	53,40
Febr.	51,75	52,25
März	48,15	48,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	73,30	74,05
März	73,20	73,90
Mai	73,40	74,35

Rinder Chicago (c/lb)	18. 12.	17. 12.
Ochsen einh. schwere River Northern	46,50	46,00
Kühe einh. schwere River Northern	49,00	49,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	593,75	590,00
März	607,50	602,50
Mai	620,00	616,00
Juli	630,50	626,00
Aug.	631,50	627,50
Sept.	622,50	616,00
Nov.	623,00	618,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	144,00	144,50
Jan.	145,20	145,80
März	151,00	151,80
Mai	156,50	157,40
Juli	161,30	161,80
Aug.	163,00	163,50
Sep.	164,00	165,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 12.	17. 12.
Dez.	350,80	350,50
März	361,00	359,40
Mai	369,20	367,30

Kokosöl New York (c/lb)	18. 12.	17. 12.
Westküste fob Werk	42,00	46,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	19. 12.	18. 12.
jegl. Herk. cif	910,00	910,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	700,00	705,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	620,00	610,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	226,00	222,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	950,00	950,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,00	296,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	18.12.	17. 12.
März	69,75	66,35
Mai	66,82	67,10
Juli	67,49	68,00
Okt.	68,25	68,40
Dez.	68,40	68,50
März	68,60	69,70

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	42,00	42,00

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 12.	17. 12.
Dez.	501-509	502-507
Jan.	507-509	502-509
März	516-517	516-518
Umsatz	509	44

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 12.	17. 12.
Dez.	52,45	52,45
März	53,50	53,50
Mai	–	53,50
Juli	–	53,50
Umsatz:	0	0

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 12.	17. 12.
Dez.	570,00-573,00	571,00-574,00
März	–	–
Juli	–	595,00-596,50
Umsatz:	2	5

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 12.	17. 12.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 12.	17. 12.
Dez.	12 367	12 541
Jan.	12 390	12 432

Kautschuk London (p/kg)	18. 12.	17. 12.
Nr. 1 RSS loco	61,00-65,00	61,00-65,00
Jan.	63,50	60,00-63,50
Febr.	–	61,00
März	–	–

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	17. 12.	14. 12.
Jan.	191,00-191,50	192,50-192,75
Febr.	196,00-196,75	197,50-192,75
Nr. 2 RSS Jan.	183,50-184,50	184,50-185,50
Nr. 3 RSS Jan.	180,00-181,00	181,00-182,00
Nr. 4 RSS Jan.	173,00-174,00	174,00-175,00

Tendenz: etwas leichter

Jute London (£/lgt)	18. 12.	17. 12.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	18. 12.	18. 12.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	338,17-338,35	339,38-339,74
drittfolg. Monat	346,01-346,19	347,62-347,80
Blei: Basis London		
laufend. Monat	124,51-124,69	128,02-128,21
drittfolg. Monat	119,04-119,22	122,16-122,34
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1525,85-1527,67	1510,99-1512,82
drittfolg. Monat	1527,67-1529,50	1518,68-1520,15
Zink: Basis London		
laufend. Monat	247,93-248,28	248,72-248,90
drittfolg. Monat	247,56-247,75	248,50-248,72
Produz.-Preis	278,46	278,86
Reinzinn 99,9%	4097-4137	4109-4150

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 12.	18. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	416,38-418,20	415,21-417,04
Blei in Kabeln	132,25-133,25	135,75-136,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	19. 12.	18. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	399	398-399
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	438-439	437-439
MS 63	425-431	425-430

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	18. 12.	17. 12.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 12.	18. 12.
Leg. 225	390-400	398-400
Leg. 226	392-402	392-402
Leg. 231	425-432	425-432
Leg. 233	435-442	435-442

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	19. 12.	18. 12.
Platin (DM je g)	32,108	31,908
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 250	31 100
Rücknahmepr.	30 500	30 350
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 350	31 310
Rücknahmepr.	30 570	30 530
verarbeitet	32 880	32 840
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30 820	30 745
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	651,30	645,30
Rücknahmepr.	632,20	626,40
verarbeitet	679,00	673,60

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	18. 12.	18. 12.
10.30	308,75	308,25
15.00	309,30	309,00
Zürich mittags	309,30-309,80	307,60-308,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 200	94 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	543,85	534,50
3 Monate	558,00	546,90
6 Monate	570,30	560,80
12 Monate	597,80	586,80

Platin (£-Feinunze) London	18. 12.	17. 12.
fr. Markt	248,40	251,25
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	109,90	111,35

New Yorker Preise	18. 12.	17. 12.
Gold H & H Ankauf	309,00	315,00
Silber H & H Ankauf	649,00	654,50
Platin fr. Händlerpr.	308,00-314,00	308,00-314,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	130,00-131,00	132,50-133,50
Produz.-Preis	150,00	150,00

Silber (c/Feinunze)		
Dez.	629,00	642,00
Jan.	631,50	644,00
Febr.	635,80	648,30
März	639,00	651,00
Mai	648,00	661,00
Juli	660,00	672,00
Sept.	669,90	685,00
Umsatz	28 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	18. 12.	17. 12.
Dez.	58,65	58,45
Jan.	58,80	58,60
März	59,50	59,40
Mai	60,20	60,10
Juli	60,95	60,90
Sept.	61,70	61,60
Dez.	62,75	62,75
Umsatz	8000	11000

Londoner Metallbörse

	19. 12.	18. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	927,50-928,00	925,00-926,00
3 Monate	949,00-949,50	947,00-948,00
Blei (£/t) Kasse	341,50-342,00	347,00-348,00
3 Monate	326,50-327,00	331,00-331,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1129,5-1130,0	1112,5-1113,0
3 Monate	1143,5-1144,0	1127,0-1128,0
abends Kasse	–	1125,5-1126,0
3 Monate	–	1140,0-1140,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1136,0-1138,0	1131,0-1133,0
3 Monate	1148,0-1148,0	1145,0-1146,0
Zink (£/t) Kasse	680,00-681,00	682,00-683,00
3 Monate	679,00-679,50	682,50-683,00
Zinn (£/t) Kasse	9900-9901	9905-9940
3 Monate	9880-9882	9910-9920
Quecksilber $/Fl.)	–	300-310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70-80

Grete Stratmann

geb. Miele

* 23. 12. 1911 † 18. 12. 1984

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter.

Gott der Herr nahm sie, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, zu sich in sein Reich.

In Dankbarkeit und Liebe

Gregor Stratmann
Siegfried und Margret Aulbach geb. Stratmann
Heinz und Hildegard Fischedick geb. Stratmann
Martin und Stephanie Fischedick

4000 Düsseldorf 1, Goethestr. 81
Nörtershausen, Miltenberg, Wiesloch

Das Seelenamt wird am Samstag, dem 22. Dezember 1984, um 11 Uhr in der Pfarrkirche Nörtershausen gehalten.

Im Anschluß daran findet die Beisetzung statt.

Am 18. 12. 1984 verstarb unerwartet

Hans Mensinga

Architekt BDA

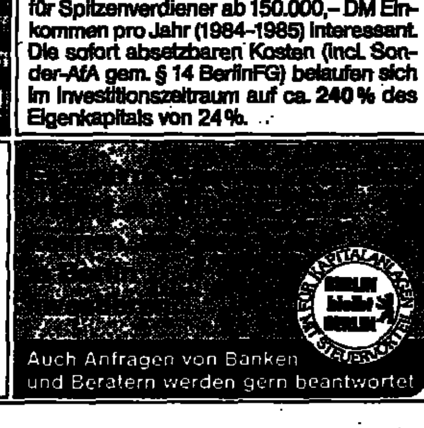
Wir sind tief betroffen und erschüttert.

Wir verlieren in Hans Mensinga einen engagierten Architekten, Partner und Kollegen, einen rechtschaffenen Menschen und guten Freund.

Wir gedenken seiner in Hochachtung und Dankbarkeit.

Mensinga, Rogalla & Partner
Architekten BDA

Faaßweg 8, 2000 Hamburg 20





STADT OSLO

(Königreich Norwegen)

8¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1980/90
– WKN 466 031/38 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 12. Dezember 1984 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 1 – WKN 466 031 –

mit den Stücknummern

1– 4000 zu je DM 1.000,–
32001–33200 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von DM 9.460.000,– zur Rückzahlung zum 1. März 1985 ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. März 1986 uff. zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 28. Februar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag gekürzt.

Die am 1. März 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Serien 2 und 5 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Oslo, im Dezember 1984

STADT OSLO

JYDSK TELEFON-AKTIESELSKAB

Aarhus

6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
– WKN 461 051/60 –

Auslosung

Bei der am 12. Dezember 1984 unter notarieller Aufsicht durchgeführten Auslosung sind die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 2 – WKN 461 052 –
Serie 10 – WKN 461 060 –

mit den Stücknummern

4001– 8000
36001–40000 zu je DM 1.000,–

im Nennbetrag von DM 1.642.000,– und DM 2.168.000,– zur Rückzahlung zum 1. März 1985 ausgelost worden. Weitere nom. DM 584.000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. März 1986 uff. eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

Den Danske Provinsbank A/S, Aarhus
S. G. Warburg & Co. Limited, London

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 28. Februar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. März 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 8 und 9 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Aarhus, im Dezember 1984

JYDSK TELEFON-AKTIESELSKAB

STADT OSLO

(Königreich Norwegen)

9% Deutsche Mark-Anleihe von 1975/87
– WKN 461 091 / 100 –

Auslosung

Gemäß § 3 (4) der Anleihebedingungen wurden am 12. Dezember 1984 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 7 – WKN 461 097 –
Serie 8 – WKN 461 098 –

mit den Stücknummern

42001 – 49000
49001 – 56000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von DM 6 110 000,– und DM 6 059 000,– zur Rückzahlung zum 1. März 1985 ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. März 1986 uff. zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

Christiania Bank og Kreditkasse
Den norske Creditbank
Schweizerische Kreditanstalt
S. G. Warburg & Co. Ltd.
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Banca Commerciale Italiana
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise
Société Générale
Société Générale de Banque S.A.

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 28. Februar 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.

Die am 1. März 1985 fälligen Jahreszinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Serien 2, 3, 4, 5, 9 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Oslo, im Dezember 1984

STADT OSLO

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

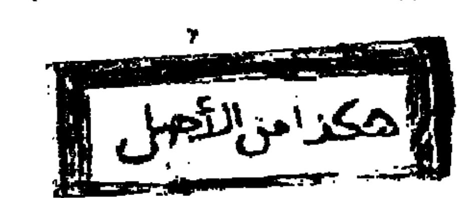
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Grimmig Niesmitlust

P. D. – Sie haben den „süßen Brei" nicht erfunden, aber sie haben uns davon erzählt. Und nicht nur vom „Tischlein deck dich" erfahren wir, daß es voller leckerer Speisen ist, denn auch sonst wird an königlichen Tafeln in den Märchen der Brüder Grimm wacker geschlemmt. Doch nach welchen Rezepten diese Leckereien bereitet werden, blieb uns verborgen.

Aber ein Taschenbuch erlaubt uns jetzt kennenzulernen, was in „Grimms Küche" gekocht wurde. Willi Stubenvoll hat für den Knaur Verlag 210 Originalrezepte aus dem Haus der großen deutschen Märchenerzähler zusammengetragen, denn aus der Familie sind zwei handschriftliche Kochbücher erhalten. Viele Torten und viel Pudding sind da versammelt, auch reichliche Tips zum Einmachen. Aber Märchenhaftes sucht man vergebens.

Deshalb hätten die Küchenfeen der Brüder Grimm kaum eine Chance, bei dem „Wettbewerb anläßlich der Brüder-Grimm-Jahre 1985/86", den die Hessische Landeszentrale für Fremdenverkehr ausgeschrieben hat, einen Preis zu gewinnen. Er steht nämlich unter dem Motto „Märchenhaft essen in Hessen" und verlangt ein Menü mit vier Gängen und einen daraus abgeleiteten Kinderteller; beide müssen eine Beziehung zur Märchenwelt der Brüder Grimm haben und hessische Produkte berücksichtigen.

Da mögen findige Köche und Kochmamsellen nun nachdenken, was nur in Hessen und nicht jenseits der Landesgrenzen gedeiht. „Die Brosamen auf dem Tisch" können da kaum als Wegweiser dienen, und wohl auch kaum der Umgang des Catherlischens *mit dem* Käse. Wer aber seine Hoffnung auf die Pastete Souzeraine, die „Königin der Pasteten", setzt, wird nicht nur an der Schwierigkeit scheitern, das Kräutlein Niesmitlust am Fuße alter Kastanien zu finden, mögen sie *auch in Hessen stehen.* Viel schlimmer ist, daß die Kochkünste des „Zwerg Nase" von dem Schwaben Hauff erfunden würden.

Ob da den Hessen nicht nur das Sprüchlein der Ziege bleibt: „Wovon soll ich denn satt sein..."?

Rockband aus Polen

Maanams schwarze Lieder

Vor der schummrigen Bühne ist das Publikum schier aus dem Häuschen. Eine polnische Nationalfahne wird geschwenkt mit der Titelzeile eines Lieds der gerade spielenden Band: „Kocham ci, kochanie moje" – „Ich liebe dich, meine Geliebte."

Nicht bei jedem der Konzerte, die die polnische Rockband Maanam in diesen Tagen in der Bundesrepublik absolvierte, waren Deutsche und Polen derart innig vereint durch die Rockrhythmen der Boten des polnischen „New-Wave" wie bei diesem Auftritt in der Krefelder „Kulturfabrik". Doch verstanden wird die Botschaft der Band fast immer. „Es läuft so langsam an", freut sich Gitarrist Marek Jackowski, der Primus der fünfköpfigen Gruppe. Er ist vor allem für die Kompositionen zuständig: hart, doch nicht undifferenziert, auf rhythmischen Spielfluß mehr setzend als auf überlange Soli.

Doch der Magnet, an dem sich Augen und Ohren festsaugen, ist die Sängerin Kora. Ganz in Schwarz, verkörpert sie selbst die Düsterheit ihrer mit Assoziationen und Anspielungen getränkten Lieder – und gleichzeitig auch ein geballtes Maß an Erotik, wenn sie den Mikrophonständer streichelt, sich lasziv auf einem Stuhl niederläßt oder sich in die hochgereichte Fahne einwickelt. Die Stimme klingt natürlich und voller spielerischer Freude. Mal ist sie spröde, mal gestoßen und tremolierend oder beschwörend *hauchend.*

Die Texte, abwechselnd in Polnisch und Englisch vorgetragen, sind dem Alltagsleben und -lieben gewidmet. Doch in ihnen steckt mehr. „Stoj, stoj – Steh", heißt es da. In einem anderen Lied schleicht sich jemand durch die nächtlichen Straßen, schaut in jedes Fenster: „Schlaf still, es ist die Nachtpatrouille" lautet der ironische Kommentar. Gitarrist Riszard Olesinski schmückt dazu seinen Kopf durch eine Phantasie-Polizeimütze. Einige im Saal heben gar die Finger zum *„Victory"*-Zeichen.

Ob sie etwas mit Punk zu tun haben *wollen? Sängerin Kora* hält da Distanz. „Die meisten Polen sind romantisch" – so wie auch sie trotz aller zur Schau getragenen Unnahbarkeit und Härte. Das macht sie bei den jungen polnischen Fans zu idealen Vorbildern, könnte ihnen aber auch im Westen Sympathie eintragen. „Wir wollten den Leuten zeigen, wie unsere Sprache klingt", meint Kora, verweist dann aber auf den englischsprachigen Gesang: „Wir wollen, daß man uns auch im Westen versteht."

HERMANN SCHMIDTENDORF

Karlsruhe: Das erste Festival funktioneller Musik

Leichtere Geburt mit W. A. Mozart

Ein Reizwort nicht nur für Musiker: Funktionelle Musik. Jene Musik also, die nicht nach feiner Art *der Kunst Selbstzweck ist, sondern* eine Funktion erfüllen soll. Die nur Mittel zum Zweck ist. Musik am Arbeitsplatz soll das Arbeitstempo fördern, Musik im Supermarkt die Kauflust stimulieren oder die Kaufhemmnisse abbauen, was wohl nur für Psychologen zweierlei ist. Von seiten der unentwegten Philanthropen wird scharf Front gegen die funktionelle Musik gemacht.

Wenn sie *allerdings dazu dient,* im Fernseh-Krimi die Spannung zu steigern – auch das ist schließlich funktionelle Musik –, hört man der Klagen weniger. Und daß etwa in schwedischen Kreißsälen leise Mozarts Klavierkonzerte erklingen und damit *krampf- und schmerzlosere Entbindungen* erreicht werden, ist ebenso eine höchst menschenfreundliche Funktion der Musik wie das weite Feld der Musiktherapie in sonst oft aussichtslosen Fällen der Psychiatrie.

Diesen ganzen Komplex der funktionellen Musik einmal sine ira et studio zu untersuchen, hatte sich Manfred Reichert für sein diesjähriges Karlsruher Festival „Musik auf dem 49ten" vorgenommen. „Musik der Zukunft" lautete das anspruchsvolle Motto.

Reichert, aus dem Lager der *modernen* Musik hervorgegangen, sagt klipp und klar, daß funktionelle Musik unser Leben heute schon wesentlich nachhaltiger beeinflusse als die Musik sämtlicher Avantgarde-Festivals zusammengenommen. Und *damit hat er fraglos recht. Wahr*scheinlich auch damit, daß die funktionale Nutzung von Musik sich in Zukunft noch verstärken wird, dies also tatsächlich die „Musik der Zukunft" ist.

Ein Festival hat freilich seine Schwierigkeiten bei einem solchen Thema. Wie läßt sich eine Musik im Konzertsaal präsentieren, die nicht für den Konzertsaal geschrieben wurde? In manchen Fällen, etwa bei der Kaufhausmusik, gar nicht. Reichert hatte deshalb zusätzlich zu den Konzerten, Workshops, Vorträgen und Diskussionen eine Ausstellung eingerichtet, die es ermöglichte, auch solche Erscheinungsformen von funktioneller Musik einzubeziehen.

Da gab es zum Beispiel zwei verdunkelte Räume, und in beiden wurden die gleichen Dias von Kaufhaus-Innenräumen, Flughäfen oder Autosalons an die Wand projiziert. Aber nur in einem Raum erklang dazu die übliche leise Berieselungsmusik. Im anderen kam ebenso leise ein weiches Rauschen aus den Lautsprechern – jeder konnte anhand seiner eigenen Reaktionen überprüfen, wie die unterschiedliche Beschallung auf ihn wirkte.

Die Ausstellung griff auch das Thema „Musik und Spiel" auf: Der amerikanische Multimedia- und Happening-Künstler Joe Jones hatte eine umfangreiche Schlagzeug-Batterie aufgebaut, die sich vom Besucher über ein Schaltpult bedienen ließ. Nach Lust und Laune konnte man sich so sein eigenes Perkussions-Konzert zusammenstellen – auch der spielerische Umgang mit Klang ist schließlich funktionelle Musik.

Andere Spielarten, wie etwa die Filmmusik, ließen sich leichter in konzertähnlichen Veranstaltungen *unterbringen. Während die mühsam* rekonstruierte Fassung von Friedrich Wilhelm Murnaus Stummfilm „Der letzte Mann" gezeigt wurde, spielten drei Mitglieder des „ensemble 13" dazu die originale Filmmusik von Giuseppe Becce – und zwar live, wie in den *zwanziger* Jahren.

Musik, so wird uns schon in der Schule beigebracht, wird von Genies gemacht, die nicht nach Funktionen und auch nicht nach Aufführungsmöglichkeiten fragen, sondern die schreiben, weil sie eben schreiben *müssen.* Diese Vorstellung muß man bei den Schreibern funktioneller Musik vergessen. Die Entwicklung führt zwangsläufig dahin, daß nicht beste*hende Musik funktionell eingesetzt* wird, sondern speziell auf ihre Funktion zugeschnittene Musik komponiert wird. Diese Musik hätte dann eine meßbare Effizienz, auf der wiederum ihre Qualität beruhte. Musik würde zur naturwissenschaftlichen Disziplin.

Aber Reichert geht noch weiter: „Man muß sich doch mal klarmachen, daß die vor allem im 18. und 19. Jahrhundert entstandene Darbietungsmusik, also unser Konzertrepertoire, einen Sonderfall der abendländischen Musikgeschichte darstellt. Bis ins 17. Jahrhundert hinein war alle Musik an Funktionen gebunden – als Kirchenmusik, als rituelle Musik oder als Tanzmusik."

Außerhalb des abendländischen Kulturkreises sind diese Traditionen *oft noch ungebrochen – wie in den* Beiträgen zum Thema „Musik und Meditation", etwa beim Konzert der polnischen Gruppe Osjan, nachzuhören war. Diese Musik, die sich nicht am klassisch-romantischen Dualitäts- und Kontrastprinzip orientiert, die statt dessen monochrom, *als* lange, kaum merkliche Steigerungskurve angelegt ist, erfordert auch eine gänzlich neue Hörhaltung, zu der wir im übrigen kaum mehr fähig sind: Versenkung statt intellektueller Mitvollzug, Entspannung und innere Ruhe statt Geschäftigkeit.

Die perkussive Musik der Polen wurde im Lauf des Abends um den Aspekt „Tanzmusik" erweitert: Ronald (Black Horse) Chavers, ein Amerikaner afro-indianischer Herkunft und nebenbei Doktor der Philosophie, tanzte zur Musik von Osjan mit ekstatischen, trancehaften Bewegungen – Tanzmusik, auch dies ist eine Karlsruher Erfahrung, kann weit mehr sein als Walzer oder Disco-Rock, mehr auch als klassisches Ballett.

Was ist dann eigentlich nicht-funktionelle Musik? „Je länger ich mich mit diesem Thema beschäftige", sagt Manfred Reichert, „desto schwerer fällt mir eine Antwort. Schließlich ist inzwischen ja sogar das traditionelle Konzert-Repertoire – von Beethovens Fünfter bis zu Stockhausens ‚Tierkreis' – zur funktionellen Musik geworden, und zwar nicht nur, wenn sie zur Hintergrundmusik degradiert wird; selbst im Konzert hat sie für den Besucher eine Funktion, ebenso wie für den Musiker, der damit sein Geld verdient."

STEPHAN HOFFMANN

Salzburg: Ein Theaterkrach und Purcells „Artus"

Merlins Traumfabrik

Bis zuletzt bemühte sich Lorin Maazel um die Verbreitung der Meinung, er sei aus politischen Gründen als Direktor der Wiener Staatsoper gescheitert. Natürlich ein Unsinn. Daß es aber um die künstlerische Autonomie österreichischer Theaterdirektoren tatsächlich nicht allzugut bestellt ist, zeigen die seit Sommer laufenden Auseinandersetzungen um den Salzburger Landestheater-Intendanten Federik Mirdita. Nun zog dieser selbst den Schlußstrich, als er den freiwilligen Verzicht auf weitere Vertragsverhandlungen ankündigte.

Der umstrittene Mirdita, gegen den sich zuletzt eine Front unter den Salzburger Kommunalpolitikern gebildet hatte, wird im Sommer 1986 resignieren. Wer ihm Publikumsschwund, mangelnde Präsenz und selbstgenehmigte überhöhte Intendanten- und Regiegagen vorwerfen möchte, darf aber nicht vergessen, daß in den vergangenen Jahren am Salzburger Landestheater Dinge passierten, die den Rahmen vergleichbarer Bühnen sprengten. Da gab's den bemerkenswerten *Mozart-Zyklus mit* Ralf Weikert, eine Purcell-Produktion mit Nikolaus Harnoncourt, die Uraufführung von Franz Hummels „König Übü", und schließlich gelang mit Händel-Kirchenopern sogar der Einzug in den hehren sommerlichen Festspielbezirk.

Die eigentliche Bombe zündete jedoch der sozialistische Salzburger Bürgermeister, der am Tag von Mirditas jüngster Premiere, „König Artus" von John Dryden und Henry Purcell, eine mögliche Vertragsverlängerung an eine *Art Erfolgsklausel geknüpft* wissen wollte. Der Vertrag dürfe nur dann weitergelten, wenn in der jeweils zurückliegenden Saison ein Mindestmaß an Zuschauern verzeichnet wurde. Mirdita, der weniger auf Provinzmagneten wie Léhar und Kálmán setzte und lieber als Kontrastprogramm zur Mozartwoche Bergs „Wozzeck" ansetzt, wich daher der Gewalt von Salzburger Zuständen.

Funken geschlagen hatte zuvor schon sein vorweihnachtlicher Purcell-Abend, der die Landestheaterbühne in eine Traumfabrik und Illusionsmaschinerie verwandelte. Ein Ausstattungsspektakel von grenzenloser Phantasie wurde für die alte Keltensage bemüht: Theater zum Herzeigen und bis zur Selbstpersiflage, wenn Merlin seinen Neon-Zauberstab linkisch andrehte. Irgendwie stimmte daher auch das Etikett vom barocken Musical, wenn aus der Artussage die erzählerischen und theatralischen Momente herausgefiltert und wieder neu gemischt wurden. Grell, witzig und schließlich ironisch Stile und Zeiten mixend wurde historisches Gepäck auf- und umgeladen.

Auf Hans Hoffers Drehbühne schufen Stahlplatten, Alufolien und Plexiglas einen griffigen Rahmen für Merlins Zauberwelt. Mirditas Regie muß nicht aufs Tempo drücken, sie kann sich genüßlich im glitzernden Neobarock niederlassen. Alles schien auf einen hübschen Nenner gebracht: Herbert Feuersteins deutsche Übersetzung, Gera Grafs Kostümkonglomerat, Wolfgang Rots musikalische Leitung und ein aufgewecktes Ensemble. Um Excalibur und die blinde Guinevra fochten Kelten und Sachsen einen abwechslungsreichen Kampf – und verloren bloß gegen die Salzburger Politiker.

WALTER GÜRTELSCHMIEDD



Der privaten Katastrophe entgegen: „Weihnachten im Bordell" von E. Munch FOTO: KATALOG

Der Hamburger Kunstverein zeigt das Spätwerk des Malers Edvard Munch

Pistolenschuß aus grünem Zimmer

Im Schaffen von Edvard Munch bildet die Phase einer psychischen und physischen Krise, die 1908 in einem Nervenzusammenbruch und leichtem Schlaganfall kulminierte, eine in künstlerischer Hinsicht wesentliche Zäsur. Daß das danach entstandene Werk des Malers sehr viel schwächer und großenteils nur eine Wiederholung früherer Bildgedanken sei – dieses vermeintliche Vorurteil versucht gegenwärtig eine Ausstellung im Hamburger Kunstverein zu widerlegen, die Uwe M. Schneede nach fast elfjähriger Tätigkeit als Direktor des Instituts zu seinem Abschied von Hamburg veranstaltet.

Die Retrospektive umfaßt insgesamt 57 Werke, darunter als Schwerpunkt 37 Ölbilder aus dem Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zu den letzten Selbstbildnissen, die aus dem Nachlaß im Munch-Museum in Oslo stammen und nun zum ersten Mal außerhalb Norwegens gezeigt werden. Den Auftakt und ersten Höhepunkt bilden Gemälde aus dem autobiographischen Zyklus „Das grüne Zimmer", in denen Munch das spannungsvolle Verhältnis zwischen Mann und Frau mit Bitterkeit und Abscheu schildert.

Der Lebenskrise voraufgegangen war *ein heftiger Streit mit seiner* Freundin Tulla Larsen, bei dem sich ein Pistolenschuß löste, der dem Maler ein Fingerglied der linken Hand abriß. Das Ereignis regte den Maler zu Darstellungen zum Thema „Marat" an, in denen er sich selbst mit Marat und Tulla Larsen mit Charlotte Corday identifizierte und den Mann als wehrloses Opfer der mörderischen Frau schilderte. Bilder wie „Die Mör*derin", „Frauenakt am Bett", „Be*gierde" und „Eifersucht", die 1907 in Warnemünde entstanden, knüpfen einerseits noch an frühere Motive des Geschlechterkampfes aus den neunziger Jahren an, lassen andererseits aber auch ganz neue Ansatzpunkte einer fauvehaften Malweise von unmittelbarer Lebendigkeit und Farbfrische erkennen.

„Seit 1902 bin ich ja lange mit leckgeschlagenem Schiff unter Vollzeug gesegelt", schreibt Munch im April *1909* an seinen Freund Jappe Nilssen aus dem Sanatorium in Kopenhagen, „aber vor sechs Monaten ist das Schiff auf Grund gelaufen und die Maske fiel..." Von nun an löste sich die Spannung, und es entstanden zahlreiche Bilder, vor allem Landschaften, die in ihrem expressiven Pinselduktus jene abgründige Intensität vermissen lassen, die aus den *psychischen Spannungen des Malers* resultierte.

Um seine These von der Gleichwertigkeit des späteren Schaffens von Munch zu stützen, hat Schneede in Oslo hervorragende figurative Bilder ausgewählt. Diese Höhepunkte konzentrieren sich auf drei Bereiche: die Gemälde aus dem Zyklus „Das grüne Zimmer" von 1907/08, die Bilder zum Thema Maler und Modell, die zwischen 1912 und 1921 entstanden und im Gemälde „Der Künstler und sein Modell" (1919/21) gipfeln, und schließlich die späten Selbstporträts, die den Maler an der Schwelle zum Tode zeigen und als Metaphern der Vergänglichkeit aufzufassen sind.

In der Tat veranschaulichen auch die Werke der zweiten und dritten Gruppe malerische Höhepunkte im Schaffen von Munch. *Anders als im* frühen jugendstilhaften Symbolismus werden Farbe und Pinselduktus nunmehr mit einer neuen Freiheit und Frische als direktes Ausdrucksmittel spontan eingesetzt, ohne jene beziehungsreiche Hintergründigkeit aufzugeben, die Munchs frühere Leitmotive der Angst, Unrast und Sexualität kennzeichnete. Munch hat sich in diesen Bildern zu einem nordischen Expressionisten ganz eigener Prägung entwickelt (bis 3. Februar; Katalog 34 Mark).

HANNS THEODOR FLEMMING

Stuttgart: „Nabel", ein Stück von Anouilh über die „Mandarine" von Paris

Heißt hier einer Groucho Marx?

Anouilh-Premieren haben Tradition in Stuttgarts Altem Schauspielhaus. Jetzt hat Elert Bode dort das neueste Stück des nun 74jährigen Anouilh als deutsche Erstaufführung herausgebracht. Es geht um Leon, den alten „Boulevardier", der – geplagt von der Gicht im rechten Fuß und von der Versuchung durch Zigaretten und Whisky – dabei ist, ein neues Stück zu schreiben: „Die Elenden" nach Hugo.

Immer wieder wird er von der Arbeit abgehalten. Die eigene „elende Familie" bricht mit Getöse in seine Häuslichkeit ein, und alle wollen sie etwas von ihm: jeweils so zwischen 20 000 bis 50 000 Franc. Die Ehefrau, von der sich Leon getrennt hat, seine beiden Töchter, sein Sohn, sein alter Schulfreund Gaston, der ebenfalls Schriftsteller geworden ist – sie alle zerren an ihm herum.

Nicht zufällig hängt auf der Bühne auf halber Höhe ein „Ölporträt" nach einem Foto Anouilhs (aus den 60er Jahren). Nur hat man ihm eine Allonge-Perücke übergestülpt. Schon bekommen das dreimalige Stockaufklopfen und die gezirkelte Hofmusik, die das Spektakel einleiten, ihren Sinn: Hier wird klassisch à la Molière gespielt. Leon ist ein „eingebildeter" kranker Orgon.

Objekt seiner Aggressionen ist aber weniger die Familie als vielmehr die werte Kollegenschaft. Es geht mit Sottisen gegen Beckett, gegen Ionesco, gegen Sartre oder gegen Aragon. Der „Nabel", von dem das Stück seinen Namen hat, ist natürlich zunächst einmal Anouilh selbst, dann aber auch die ganze Pariser Literaten-Schickeria, die sich für den Mittelpunkt, eben für den Nabel, der Welt hält.

Alle bekommen ihr Fett ab: die Nobel- und die Goncourtpreisträger, die Schauspieler, die Ärzte, die Journalisten, die Gewerkschaft, die Sozialversicherung. Manchmal erinnert das an Thomas Bernhardt, aber es ist besser, bühnenwirksamer. Es wird palavert, daß sich die Wände biegen. Unter anderem werden Konrad Lorenz und seine Graugänse „thematisiert", und zwar in so irren Kontexten, wie das eigentlich nur noch in Monologen von Groucho Marx hätte passieren können. Anouilh ist Groucho; so genau fiel einem das noch niemals vorher auf.

Elert Bode setzt alles ins rechte Licht. Er selbst spielt den Leon, der sich genußreich selber spielt. Er ist spröde, nörgelnd, beherrscht, unbeherrscht, müde, sarkastisch, witzig, geistreich, töricht, naiv – und das alles auf einmal. Und – o Wunder! – er behält dabei so gut die Contenance und die Übersicht, daß sich neben ihm auch alle anderen Mitspieler gut behaupten können.

Renate Heilmeyer gibt Leons Frau Ardèle als enttäuschte, mini-mondäne, geld- und ruhmgierige Dichtersgattin und Muse, die auch noch enttäuschte Frau und Mutter zu sein vorgibt. Als Lucie, die Tochter, sehen wir Petra Ulich mit gespitztem Mäulchen, indes die andere Tochter (Dorothea Senz) pelzumweht vor sich hin kümmert. Hans Dieter Asner spielt den plappernden Gaston, der schließlich den Prix Goncourt erhält, so gekonnt in all seiner gleißenden Mittelmäßigkeit, *daß kein Auge* trocken bleibt angesichts dieser Karikatur auf den modernen Literaturbetrieb.

REINER NERVAL



Balladen vom quälenden Großstadtleben: „Talking Head" David Byrne FOTO: WEA

„Stop Making Sense": J. Demmes Film über die Pop-Gruppe „Talking Heads"

Mit Afro kommt Lebenslust ins Kino

Ein erstaunlicher Film, der wie selbstverständlich seine schier unüberbietbare filmische Sprödig*keit als Tugend verkauft.* Der *keine* Handlung und kein Wort des Dialogs hat und nur aus dem Zusammenschnitt von vier kalifornischen Konzertauftritten der New Yorker Gruppe „Talking Heads" besteht. Der völlig auf die bei solchen Filmen üblich gewordene Videoclip-Technik verzichtet. Der nicht Musik visualisieren, sondern Musiker beim Musikmachen zeigen will. Der selbst die schon konventionellen Mittel zum Erzeugen von Spannung, als da wären der schnelle Gegenschnitt, die Kamerafahrt oder der Schwenk, nur höchst sparsam einsetzt.

Dem entspricht das im Äußeren *höchst zurückhaltende Auftreten der* Gruppe. Keine exotische Haartracht, keine papageienhaften Gewänder, kein Dampfgewaber, kein Lasergezucke, kein ohrenbetäubendes Phongewitter aus übersteuerten Anlagen – nur einmal der Lichtzerhacker und ein paar Dias im Hintergrund, das ist schon alles. Kein Kommentar auch *und kein Musikerinterview, in dem* wichtigtuerisch selbstgestrickte Leitartikel vom Stapel gelassen würden. Und je mehr „keins" man hier aneinanderreiht, desto mehr wird einem auch bewußt, wie gut dieser Film ist.

Gewiß einer der besten Musikfilme überhaupt. Er lebt vor allem von der Stärke der Gruppe – und wie er lebt (vorausgesetzt natürlich, man hat ein Kino mit einer einwandfrei funktionierenden Dolby-Anlage erwischt). Eigentlich möchte man meinen, ein solcher Film brauchte überhaupt keinen Regisseur, er mache sich von selbst. Aber dennoch ist die ordnende Hand, die von Jonathan Demme, un*merklich zu spüren:* Wie er aus den vier Auftritten ein Ganzes gemacht hat, in dem die Spannung sich ständig steigert und den Zuschauer so in das Geschehen hineinsaugt, daß man am liebsten aus dem Sessel aufstehen und mittanzen würde. Aber das tut man schließlich nicht in einem deutschen Kino.

Geboten wird eine Art Geschichte der „Talking Heads", die es geschafft haben, so unterschiedliche Musikstile wie Funk, Rock, Soul, New Wave und Afrosound unter einem Dach zu vereinen. Da steht am Anfang der Sänger David Byrne allein auf der Bühne *und singt* von den psychischen Zerquältheiten des Großstadtlebens – das waren die New-Wave-Anfänge von „Talking Heads".

Dann kommt die Bassistin Tina Weymouth, schließlich Drummer, Keyboardmaster und die farbigen Mitglieder, die Afro-Lebenslust mitgebracht haben. Und dann startet das Programm, und wenn am Schluß auf der Leinwand Gruppe, Publikum, Roadies und Jonathan Demmes Kamerateam miteinander vereint sind, dann, ja dann gehört man im Kinosaal eigentlich auch schon mit dazu.

SVEN HANSEN

JOURNAL

Hamburg: Peter Zadek wird Schauspielchef

DW. Hamburg

Peter Zadek wird 1985 die Leitung des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg übernehmen – das gab, wie in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe schon berichtet, die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt bekannt. Zadeks Stellvertreter wird Volker Canaris, bisher Mit-Direktor am Kölner Schauspiel. Zadek bringt die Erfahrungen einer Intendanz in Bremen (1963-1967) und Bochum (1972-1977) mit. Der jetzige Hamburger Schauspiel-Intendant Niels-Peter Rudolph hatte signalisiert, seinen Vertrag nicht verlängern zu wollen.

Choräle von J. S. Bach in Amerika entdeckt

SAD, New Haven

Bisher 33 unbekannte Choräle von Johann Sebastian Bach hat ein Forscher in einer Bibliothek der Yale-Universität in New Haven entdeckt. „Dies ist eine der bedeutendsten Ergänzungen zur Sammlung der Werke von Bach seit der Vollendung des Katalogs im Jahr 1899 durch die Bach-Gesellschaft", erklärte Christian Wolff, der Vorsitzende des Musik-Fachbereichs der Harvard-Universität. Wolff fand die Werke in einem Originalmanuskript, das der „Beinicke Rare Book and Manuscript Library" der Yale-Universität gehört. Das Buch war im Jahr 1867 in den Besitz der Uni*versität gekommen, als der ameri*kanische Komponist Lowell Mason seine Sammlung deutscher Kirchenmusik des 18. Jahrhunderts der Universität vermachte. Das Buch enthält insgesamt 83 Kompositionen, 38 davon sind von Bach, von denen wiederum bereits fünf bekannt sind. Vier weitere Werke stammen von Johann Christian Bach, einem Onkel von Johann Sebastian, und 26 Kompositionen stammen von Johann Michael Bach.

Claus Leininger wird Intendant in Wiesbaden

Hä. Wiesbaden

Claus Leininger (54), Intendant des Gelsenkirchener Musiktheaters *im Revier, wird 1986 die Leitung* des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden übernehmen. Er übernimmt die Nachfolge von Christoph Groszer, der 1986 an die Zürcher Oper wechselt. Leininger, der vor seiner Tätigkeit in Gelsenkirchen Schauspielchef in Mannheim war, hatte die bis dahin provinzielle Revierbühne zu einem Brennpunkt modernen Musiktheaters und zu einem Sprungbrett für junge Sänger gemacht.

Viktoria Mullowa in Berlin gefeiert

dpa, Berlin

Die 1983 in den Westen geflüchtete russische Geigerin Viktoria Mullowa wurde bei ihrem Debüt in der *Berliner Philharmonie stürmisch* bejubelt. Sie spielte, unter dem Dirigenten Seiji Ozawa, Mendelssohns e-Moll-Konzert. Die 26jährige Geigerin war während einer Skandinavien-Tournee abgesprungen und hat in den USA Asyl erhalten.

Bayern beteiligt sich an Bavaria-Atelier

AP, München

Der Freistaat Bayern wird sich mit 20 Prozent an der Bavaria-Atelier GmbH beteiligen. Der Bayerische Ministerrat gab einen entsprechenden Auftrag an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), vorbehaltlich der erforderlichen Beschlußfassung in den Gremien der Bavaria und ihrer Gesellschafter. Die technische und finanzielle Durchführung des Erwerbs der Beteiligung solle sich in der Weise vollziehen, daß die Bava*ria ihr Kapital von derzeit 25 Millio*nen Mark um 6,25 Millionen Mark auf 31,25 Millionen Mark erhöht.

Zwischen Kassenklingeln und schweren Seufzern

DIHT legt Denkschrift zur Attraktivität der Städte vor

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Trotz der fleißig klingelnden Kassenglocken zur Weihnachtszeit hat der „Einkaufsmagnet City" in der letzten Zeit so viel von seiner Anziehungskraft verloren, daß ein sorgenvoller Appell auf die Zeit nach dem Fest einstimmt: Der „Deutsche Industrie- und Handelstag" hat in Bonn eine von ihm in Auftrag gegebene Denkschrift vorgelegt, in der Wege aufgezeigt werden, um die Verödung der Innenstädte aufzuhalten und den Einkaufsbummel wieder mit „Erlebnischarakter" zu versehen.

Kochbuch mit Rezepten

In der richtigen Erkenntnis, daß der Kunde „beim Einkauf nicht nur Geld hinlegen will", so DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser, wird in der Denkschrift, die er ein „Kochbuch mit Rezepten für jeden Fall" nannte, unter anderem vorgeschlagen, daß Restaurationsbetriebe „Küchenstudios" anschließen und Friseure auch eine Boutique im gleichen Landenlokal betreiben. Ebenso sei es denkbar, daß ein Textilgeschäft nebenbei mit Modenschauen winke und eine „Strickschule" betreibe.

In der Erwartung, „daß wir vielleicht im Einzelhandel vor dem größten Umbruch seit Einführung der Selbstbedienung stehen" und ein heftiger Kampf um Marktanteile zu erwarten ist, wird in der Denkschrift unter dem Titel „Attraktive Innenstadt" auch gefordert, daß die Innenstädte besser erreichbar sein müssen. Das Parkplatzangebot soll weniger durch Ausdehnung als durch bessere Nutzung des Raumes verbessert werden. Auch Einkaufsgebiete, die Fußgängerzonen benachbart sind, müßten attraktiv ausgebaut sein, und es müsse einen „ausreichenden Gestaltungsraum für die Kaufleute in den Werbe-, Straßen- und Gestaltungssatzungen der Gemeinden" geben.

Vor der Presse sagte der DIHT-Hauptgeschäftsführer, durch die vielen Einkaufszentren „auf der grünen Wiese" sei ein Umsatz-Einbruch vor allem in Städten zwischen 100 000 und 150 000 Einwohnern zu verzeichnen. Verstärkt werde diese Erscheinung auch durch das „starre Festhalten der Kommunalverwaltungen am System der zentralen Orte", durch das der Attraktivitätsverlust der Citys weder aufgehalten noch beseitigt werden könne.

Da ein Großteil der Probleme des Einzelhandels in den betroffenen Städten auch durch die steigenden Mieten bedingt ist, die der traditionelle Fachhandel nicht mehr tragen könne, schlägt der Deutsche Industrie- und Handelstag in seiner Denkschrift vor, daß zum Beispiel Architekturbüros sich mit Inneneinrichtungshäusern zusammenschließen, wobei mietgünstigere obere Etagen und Souterrainräume miteinbezogen werden könnten.

Büros, die hinter Schaufenstern ehemaliger Einzelhandelsgeschäfte in Städten arbeiten, erhalten den Rat, im Interesse der Attraktivität der Stadt Kunst und Antiquitäten, Schmuck, Sportartikel und andere Waren, die von Fachhandelsgeschäften zur Verfügung gestellt werden, bei sich auszustellen.

Chaos durch zuviel Dekor

Schließlich wendet sich der DIHT auch an Verwaltung und Polizei, um Umsatzauswirkungen zu minimieren, die in Städten durch die immer zahlreicher gewordenen Demonstrationen auftreten. Häufig würden solche Veranstaltungen ohne präzise Zeit angekündigt, „so daß Passanten dann generell vom Besuch der Stadt abgehalten werden".

Bei der städtebaulichen Gestaltung sollte nach Ansicht des DIHT berücksichtigt werden, „daß Uniformität langweilig, ein Chaos hingegen, wie es auch durch zuviel Dekor entsteht, unübersichtlich und abstoßend wirken kann".

Sinkt der Boden unter dem norwegischen Erdölfeld Ekofisk? Ein Bericht in einem Fachblatt wirft viele Fragen nach der Sicherheit der Bohrinseln auf. Die Folgen für den Konzern Phillips Petroleum wären gravierend.

Phänomen im Ekofisk überrascht die Experten



Die Teilansicht dieser Ekofisk-Förderanlage zeigt den Zentralsockel (Bildmitte) und den Wohntrakt (rechts) FOTO: DPA

Von FLORIAN NEHM und TORSTEN W. KRAUEL

Entgegen bisherigen Erfahrungen der Branche sinkt der Meeresgrund in den Ölfeldern von Ekofisk in einem noch nicht erlebten Ausmaß. Ein Artikel im „Norwegian Journal of Commerce & Shipping" meldete unter Berufung auf nicht genannte Quellen die Hiobsbotschaft und sprach von „monatlich zehn Zentimetern", die seit 1980 zu einer Absenkung des Feldes um drei Meter geführt habe.

Der im Ekofisk arbeitende US-Konzern Phillips Petroleum bestätigte der WELT den Vorgang, widersprach jedoch den Zahlen. Phillips führte aus, der Boden habe seit 1974, also im Laufe von zehn und nicht drei Jahren, um „mehr als zwei Meter" nachgegeben, und präzisierte, innerhalb der letzten zwölf Monate sei eine Absenkung von lediglich vier bis sechs Zentimetern festgestellt worden. Der Konzern erklärte, daß die Ekofisk-Förderung seit 1980 um zwei Drittel auf 270 000 Barrel pro Tag gedrosselt worden sei. Dies entspreche 27 Prozent der weltweiten Fördermenge des Unternehmens. Sollte sich die pessimistische Version zur Gewißheit verdichten, wäre der Betrieb der Bohrinseln aus Sicherheitsgründen in Frage gestellt.

Die Ursache für das Sinken liegt dem Konzern zufolge wahrscheinlich in der Zersetzung der mächtigen Tonerdeschicht unter dem ausgebeuteten Gebiet. Die Absenkung wurde offenbar erst während der vergangenen Wochen in ihrer ganzen Dimension erkannt. Allgemein galt bis jetzt eine Absenkung dieses Ausmaßes als äußerst unwahrscheinlich. Das norwegische Öldirektorat in Stavanger und die Fördergesellschaften hatten sich daher mit Routinemessungen durch das ständig an der Plattformunterseite angebrachte „Wellenmeter" zufrieden gegeben, bei der die lichte Höhe zwischen Plattform und Wasseroberfläche festgestellt wird.

Diese Methode ist wegen des jahreszeitlich bedingt schwankenden Wasserstandes der Nordsee jedoch nicht vollkommen zuverlässig. Selbst die seit zehn Jahren mit dieser Methode gewonnenen Magnetbandaufzeichnungen wurden augenscheinlich im Vertrauen auf die geringe Sinkgeschwindigkeit der übrigen Nordsee-Fördergebiete nicht überprüft. Sie werden erst seit etwa drei Wochen einer umfangreichen Nachuntersuchung unterzogen. Das Öldirektorat hat auf Anweisung der Regierung in Oslo ein Sonderkomitee eingesetzt, dessen Bericht für Januar erwartet wird.

Die mit einem Beamten des Energieministeriums verheiratete Autorin des Artikels im „Norwegian Journal of Commerce & Shipping", Nina Heggelund, beharrte in einem WELT-Gespräch auf der Richtigkeit ihrer Darstellung. Obwohl die Autorin ihre Quellen nicht nannte, scheinen die Informationen aus Kreisen des Öldirektoriums oder der Fördergesellschaften selbst zu stammen. Hingegen sagte der Stockholmer Korrespondent der französischen Nachrichtenagentur AFP zur WELT, seinen Informationen zufolge sinke der Boden statt zehn nur etwa fünf Zentimeter im Monat. Allerdings haben am Ekofisk kommerziell beteiligte Firmen wie Norsk Hydro Produksjon, Elf Aquitaine Norge und auch Phillips Petroleum AFP gegenüber angedeutet, die Größenordnung von zehn Zentimetern im Monat „könne in einem Bericht verwendet werden".

Sollten die Zahlen des zitierten Artikels zutreffen, besteht für sämtliche Bohrinseln die Gefahr, den Sicherheitsbestimmungen nicht mehr zu genügen. Der Sicherheitsabstand orientiert sich an der höchsten je gemessenen Sturmwelle. Er wurde nach der Katastrophe der am 27. März 1980 im Orkan mit 123 Mann gesunkenen Plattform „Alexander Kielland" durchschnittlich um drei Meter heraufgesetzt. Daher genügen die älteren Bohrinseln bereits jetzt den Sicherheitsanforderungen nicht mehr.

Das Unternehmen wollte erst 1987 mit der Einspritzung von Luft und Erdgas in die Erdschichten unter dem Ekofisk beginnen. Das Projekt ist aber vorgezogen worden und läuft seit November 1984. Man „hoffe" die Absenkung mit dieser Maßnahme aufhalten zu können. Ein Sprecher des Öldirektorates wollte sich zu den Erfolgsaussichten vor Abschluß der Untersuchungen nicht äußern. Für die Ekofisk-Bohrarbeitergewerkschaft sei die Betriebssicherheit, so ein Sprecher zur WELT, derzeit kein Grund zur Beunruhigung.

Ein Sprecher der im niederländischen Assen beheimateten NAM (Nederlandse Aardolie Maatschappij) hielt die Zahlen für „höchst unwahrscheinlich" und verwies auf die Absenkung ihrer Erdgasfelder bei Groningen um lediglich einige Dezimeter. Auch in der Erdöl-Außenstelle der Bundesanstalt für Geowissenschaften in Hannover wurden die Zahlen aus dem Ekofisk mit Skepsis aufgenommen. Der Normwert für die Gesamtabsenkung von Förderfeldern liege nach allen Erfahrungen höchstens im Dezimeterbereich.

Norwegen bleibt Energiemacht

Die 30 Millionen Tonnen, die Norwegen im vergangenen Jahr förderte, nehmen sich im Vergleich mit den großen Erdölförderländern wie der UdSSR (618 Millionen Tonnen) oder Saudi-Arabien (246 Millionen Tonnen) bescheiden aus. Dennoch rückt dieses Land mit seinen immensen Öl- und Gasvorkommen zur führenden Energiemacht Europas auf.

Im norwegischen Schelf wurden Ölgesellschaften Ende der sechziger Jahre nach 32 Probebohrungen im Ekofisk-Feld fündig. Es verzeichnete jedoch in den vergangenen Jahren bereits einen Förderungsrückgang. Ein eventueller Rückgang wird freilich durch Steigerung der Förderraten aus den neuerschlossenen Feldern Frigg und Statfjord ausgeglichen.

1974 entdeckte der US-Konzern Mobil Oil 160 Kilometer vor der norwegischen Küste das Ölfeld Statfjord. Dafür erwarten norwegische Experten eine jährliche Förderung von 30 Millionen Tonnen Erdöl, wenn die letzte der drei großen Bohrplattformen, die Statfjord C, die Produktion im Oktober 1985 aufnimmt. Die Gesamtölreserven liegen hier nach vorsichtiger Schätzung bei 470 Millionen Tonnen und 100 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Die Investitionen verschlangen bisher weit über 20 Milliarden Mark.

Zusätzlich erschließt Norwegen derzeit das gewaltige Gasfeld „Troll" vor der Westküste nördlich von Bergen. In diesem Gebiet vermuten die Experten 1,6 bis 2,0 Billionen Kubikmeter Gas, eine Menge, die den deutschen Verbrauch für etwa vierzig Jahre decken würde. Zusätzlich lagern dort auch mindestens 150 Millionen Tonnen Erdöl.

Eine Sicherung der Ölförderung bis in das nächste Jahrhundert schließlich verspricht das kürzlich erfolgreich prospektierte Haltenbanken-Feld. Diese neue Lagerstätte soll vom Volumen her dem Statfjord-Feld mindestens ebenbürtig sein.

HARALD WATERMANN

LEUTE HEUTE

Hochzeit in der Pfalz

Der zum Jahresende aus seinem Amt scheidende Generalsekretär des Weltkirchenrats, **Philip Potter** (63), heiratet am kommenden Samstag die württembergische Pastorin **Bärbel von Wartenberg** (41). Die Trauung in der Kirche von Ludwigswinkel in der Pfalz wird vom ehemaligen langjährigen Stellvertreter Potters beim Weltkirchenrat, dem Bochumer Theologieprofessor **Konrad Raiser**, vorgenommen.

1 Million für Äthiopien

Das erfolgreiche englische Pop-Duo „Wham" hat der Hungerhilfe in Äthiopien mehr als eine Million Mark zur Verfügung gestellt. **George Michael** und **Andrew Ridgeley** spenden die gesamten Tantiemen ihrer Weihnachtssingle „Last Christmas", die in der englischen Hitparade auf Platz zwei steht.

Frau mit Schere

Sie wird die Frau mit der Stahlschere genannt: **Solange Maria Teixeira Hernandes**. In dreijähriger Tätigkeit an der Spitze der staatlichen Zensurbehörde verbot sie 2517 Schlager, 173 Spielfilme, 42 Theaterstücke und 87 Folgen bekannter TV-Serien. Besonders Anspielungen auf Sex, Gewalt und Rauschgift streicht sie rigoros.

Kennedy am Bett

„Der Zustand **Peter Lawfords** ist ernst, und die Prognose ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungewiß", sagte ein Sprecher des bekannten „Cedars Sinai Hospital" in Los Angeles. Seit der Einlieferung des bekannten Schauspielers, der sich bereits in den 40er Jahren einen Namen gemacht hatte, weicht seine frühere Frau **Patricia Kennedy**, eine Schwester des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, nicht von seiner Seite.

Dreharbeiten verweigert

Frankreichs bestverdienender Filmschauspieler **Alain Delon** hat Ärger mit einem kommunistischen Bürgermeister. KP-Genosse Marcel Houel hat dem weltberühmten Filmstar untersagt, im Lyoner Vorort Venissieux einen Krimi zu drehen. Delon hat sich kürzlich in mehreren Interviews offen als „politisch rechts stehend" bezeichnet und gilt seitdem bei Frankreichs Kommunisten als „Klassenfeind".

WETTER: Naß

Wetterlage: In einer zügigen westlichen Strömung wird mit den Ausläufern eines umfangreichen atlantischen Tiefs verhältnismäßig milde Meeresluft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Donnerstag:
Meist stark bewölkt bis bedeckt und vor allem in der Mitte und im Süden länger andauernde Niederschläge, die bis in die Hochlagen der Mittelgebirge in Schneeregen und Regen übergehen. Im Norden in der zweiten Tageshälfte Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern. Tageshöchsttemperaturen bis 9 Grad. Nachts 4 bis null Grad.

Weitere Aussichten:
Zurückgehende Temperaturen, schauerartige Niederschläge, in den Alpen als Schnee.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	0°	Kairo	18°
Bonn	4°	Kopenh.	4°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	2°	London	10°
Frankfurt	3°	Madrid	4°
Hamburg	4°	Mailand	7°
List/Sylt	3°	Mallorca	14°
München	2°	Moskau	-5°
Stuttgart	3°	Nizza	11°
Algier	13°	Oslo	-3°
Amsterdam	6°	Paris	5°
Athen	16°	Prag	1°
Barcelona	9°	Rom	15°
Brüssel	5°	Stockholm	2°
Budapest	2°	Tel Aviv	21°
Bukarest	2°	Tunis	16°
Helsinki	-1°	Wien	5°
Istanbul	11°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.25 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr; **Mondaufgang:** 7.27 Uhr, Untergang: 15.07 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Warum das Christkindle nicht zart besaitet sein soll

HORST BIALLO, Nürnberg

Ein paar Stofftiere sitzen auf der rosa Couch im Mädchenzimmer. Rosa ist auch der Bezug der beiden zierlichen Sessel und der Stoff der Vorhänge. Rosa ist die Lieblingsfarbe des Christkindles. Das ist in diesem Jahr 17 Jahre alt.

Privat trägt das Christkind Jeans und weite Sweatshirts. Von gut hundert Mitbewerberinnen zwischen 16 und 19 bekam die Schülerin Claudia Stühler die meisten Stimmen aus der Bevölkerung und von einer strengen Jury. Schließlich geht es nicht um irgendein Christkind, sondern um das Nürnberger Christkindle von Deutschlands traditionsreichstem Weihnachtsmarkt.

Alle zwei Jahre wird es spannend für die Nürnberger Mädchen. Dann geht es darum, wer die fränkische Heimatstadt im Goldbrokatgewand, mit Krone und Lockenperücke zwei Amtszeiten lang repräsentieren wird. Zwölf Bewerberinnen kommen in die engere Wahl und zieren mit ihren Fotos die Tagespresse. Die sechs, die von den Lesern die meisten Stimmen bekommen, stellen sich dann einem Männer-Gremium, das die jugendlichen Schönen auf Charme, Schlagfertigkeit und Heimatkunde prüft. Der Fremdenverkehrsdirektor ist dabei, nicht zu vergessen der Intendant des Nürnberger Schauspielhauses. Wer zu zart stimmbesaitet oder nicht schwindelfrei ist, scheidet aus. Denn das Christkindle muß den Christkindlesmarkt mit dem Rezitieren eines Prologs vom hohen Balkon der Frauenkirche herab eröffnen.

Schließlich ist der Markt glanzvoller touristischer Anziehungspunkt und das Christkindle ein goldiger Werbefaktor. „Schön, aber auch ganz schön anstrengend" findet denn auch Claudia ihre Rolle: „Oft komme ich erst abends gegen 22 Uhr aus dem Kostüm heraus. Da merkt man dann, wie schwer die Krone ist. Und morgens ist ja auch noch die Schule dran." An den Wochenenden reist die 17jährige zu anderen Weihnachtsmärkten. So war sie in den letzten Tagen in Düsseldorf und Bochum. Was den Rheinländern ihre Weinkönigin, ist den Nürnbergern das Christkindle.

An den Wochentagen ist sie ausgebucht. Das macht sie mit gelassener Routine und stetem Lächeln. Begrüßungsworte, Lieder singen, Hände schütteln, frohe Weihnacht wünschen und bescheren. Dann ab zum nächsten Termin, wo das gleiche von vorne losgeht. „Da muß man sich eigentlich schon ein Jahr im voraus anmelden," erklärt Frau Hüsch, die Claudia für eine Feier im Altenheim abholt. „Meine Tochter wollte sich vor einem Jahr auch bewerben, aber ihre Firma hatte nicht mitgespielt. Der Arbeitsausfall wäre doch zu groß." Nach dem Altersheim geht es zum Markt, wo täglich um 17 Uhr die Stadt Bescherung abhält.

„Das war zu meiner Christkindlezeit noch ganz anders", erinnert sich die bekannte Nürnberger Schauspielerin Sophie Keeser (aus der TV-Serie „Die Schreiers"). „Als ich 1948 den ersten Christkindlesmarkt nach dem Krieg eröffnete, gab es ja fast nichts. Da standen die Menschen in Lumpen auf dem Platz, drum herum alles zerbombt, ein paar Kugeln und Christbaumschmuck, das war es. Aber als dann die Weihnachtslieder gesungen wurden, war das so bewegend wie wohl nie wieder danach."

Angefangen hat es mit dem Nürnberger Weihnachtsmarkt schon Anfang des 17. Jahrhunderts. Unter dem Einfluß Martin Luthers wurden die Kinder nicht mehr zu Neujahr vom Heiligen Nikolaus, sondern zu Weihnachten vom Christkind beschenkt. Die dadurch erst entstandene Nachfrage nach „Docken", wie die Puppen genannt wurden, und Spielsachen führte dazu, daß während der Vorweihnachtszeit zusätzliche Geschenkartikel im Anschluß an den Markt feilgeboten wurden.

Als Christmesse, zu der extra Buden aufgestellt wurden, ist der Markt vom Jahr 1639 an erwähnt. In den dort aufgeführten Christ-Bescherungsspielen tauchte schon bald das Christkindle auf, das in Verschmelzung mit der Figur des begleitenden Verkündigungsengels dann zur Gestalt des Nürnberger Weihnachtsengels, der berühmten Rauschgoldfigur, wurde.

1792 verzeichnete die Chronik, daß ein Goldschmied den Vorschlag gemacht hatte, eine Lotterie während des Weihnachtsmarktes zu veranstalten. Das wurde entrüstet abgelehnt. Und bis heute haben sich die Nürnberger ihren Markt nicht verramschen lassen. Grade deshalb ist der Christkindlesmarkt auch außerhalb Deutschlands bekannt und beliebt. Längst hat die Zahl der Gäste die Millionengrenze überschritten.

Erste Spuren von Hartmut Görs in Südtirol

lz. Augsburg

Eine neue Spur gibt es vom Augsburger Regierungsrat Hartmut Görs, der unter dem Verdacht steht, Ende September seine Ehefrau und seine beiden Kinder ermordet zu haben: Der 30jährige Beamte des Münchner Finanzministeriums wohnte vier Tage unerkannt in einem Sporthotel im Schnalstal bei Meran (Südtirol) und verschwand am 12. Dezember, ohne seine Rechnung zu bezahlen. In seinem Zimmer fand die Polizei mehrere Gepäckstücke und 40 handbeschriebene Zettel, auf denen er unter anderem seinen Selbstmord ankündigt: „Man wird mich so finden, daß man mich nicht wiedererkennt." Über Interpol wurde eine Großfahndung nach Görs eingeleitet, eine erste Suchaktion in dem Südtiroler Feriental bleib jedoch erfolglos. Der junge Beamte hatte sich am 24. September krank gemeldet und ist seither verschwunden. Die zum Teil verstümmelten Leichen seiner drei Angehörigen wurden später an verschiedenen Plätzen nahe der Autobahn Würzburg–Hannover gefunden.

Schließung von 15 Zechen

AP, Taipeh

Als Folge des zweitgrößten Grubenunglücks auf Taiwan, bei dem Anfang Dezember 92 Bergleute ums Leben kamen, hat die Regierung in Taipeh gestern die Schließung von 15 Zechen angeordnet. Sie entsprachen nicht den Sicherheitsvorschriften.

Giftgas umgewandelt

AP, Bhopal

Im Chemiewerk des US-Konzerns Union Carbide in der indischen Stadt Bhopal ist der Prozeß zur Umwandlung des Giftgases Methylisocyanat ohne Zwischenfälle fortgesetzt worden. Bis zum Dienstag abend wurden zwölf der insgesamt 16,2 Tonnen der Flüssigkeit in ein Schädlingsbekämpfungsmittel umgewandelt.

U-Bahn-Geisterfahrer

dpa, Frankfurt

Ein offenbar betrunkener Autofahrer hat gestern morgen in Frankfurt den U-Bahnverkehr stundenlang blockiert, nachdem er mit seinem Wagen etwa 350 Meter in einen U-Bahntunnel gefahren war. Der Schaffner der nächsten Bahn bemerkte das ungewöhnliche Hindernis rechtzeitig und blieb mit seinem Zug im Bahnhof stehen.

Krawall in Donau-Auen

dpa, Wien

Bei der Räumung des Baugeländes für das Kraftwerk in den Donau-Auen bei Hainburg (Niederösterreich) ist es gestern zu Zusammenstößen zwischen Polizisten und rund 1500 Umweltschützern gekommen. Polizeiangaben zufolge wurden fünf Beamte und ein Demonstrant verletzt.

Sarkophag des Mykerinos

dpa, Madrid

Die spanische Regierung ist entschlossen, den seit 1838 nach einem Schiffbruch vor dem Hafen von Cartagena im Mittelmeer liegenden Sarkophag des Pharaos Mykerinos für spanische Museen zu bergen. Ägypten hat ebenfalls Ansprüche auf den Sarkophag angemeldet.

Absturz im Urwald

AFP, Lima

21 Menschen sind am Dienstag beim Absturz eines Flugzeuges im peruanischen Amazonasgebiet rund 900 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Lima ums Leben gekommen. Es gab keine Überlebenden.

Zehn Jahre Jugendstrafe

AP, Nürnberg

Wegen Mordes an zwei sieben- und achtjährigen Kindern im Schrebergarten seiner Eltern ist der 16jährige Schüler Bernd S. von der Jugendkammer am Landgericht Nürnberg-Fürth zu zehn Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Er wurde in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen.

Freie Fahrt

dpa, Bonn

Seit gestern ist der rechtsrheinische Straßenengpaß zwischen Bonn und Königswinter beseitigt. Bundesverkehrsminister Dollinger (CSU) gab den letzten Teil der insgesamt 5,2 Kilometer langen autobahnähnlich ausgebauten B 42 frei.

ZU GUTER LETZT

„Wir sind keine Kastanien-Killer". Ein Sprecher der Grünen zum Streit um eine Prachtkastanie, die vor der Bonner Parteizentrale der Grünen durch den Bau von Garagen für Informationsmaterial in ihrem Bestand gefährdet sein soll.

